

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 5,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 23 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgründige Kolonelle
 zeile oder deren Raum 30 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Geschäfts-An-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Internationale Verständigung.

Am Sonntag und Montag tagte in Nürnberg zum zweiten Male der Verband für internationale Verständigung. Städtische und Landesbehörden — bis hinauf zu dem Trio Hertling-Soden-Sknilling — hatten der Tagung ihren Segen gegeben und ihre Grüße überandt. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte die Unterzeichnung der Kongress-Einladung durch Vertreter der Stadt und der Kreisregierung schon vor Wochen zum Anlaß genommen, um diesen Herren den Kopf zu waschen. Aber die Aufregung der „Deutschen Tageszeitung“ war übel am Platze. Der Verband — oder wenigstens seine Leitung — verfolgt so harmlose Ziele, daß selbst ein schwarzer Regierungsrat da ruhig mitmachen kann.

Die offizielle Programmrede, die der Sekretär des Verbandes, Professor Rippold, hielt, begann gleich mit einem begeistertsten Lob der glorreichen Regierung unseres Friedensfahrers. Und sie verflocht auch, daß der Verband nicht für den „Frieden um jeden Preis“ sei; wenn die „Ehre des Vaterlandes“, wenn seine „Lebensinteressen“ es erforderten, habe er nichts gegen den Krieg einzuwenden. Viel mehr jagten die Chauvinisten schließlich auch nicht. Dabei sei allerdings gern zugegeben, daß sie den Begriff der „Ehre des Vaterlandes“ etwas anders umschreiben müßen als die Herren vom Verbande für internationale Verständigung; die aber ihrerseits vergaßen, genau zu sagen, was sie sich als billigenwerte Voraussetzung für einen Krieg dächten. Um den Reigen beruhigender Versicherungen voll zu machen, ließ der Vorsitzende des Verbandes die erschienenen „Spitzen der Behörden“ dann auch noch wissen, daß man nichts gegen die Rüstungen der Nationen einzuwenden habe: Würde doch ausdrücklich immer wieder von den „maßgebenden“ Stellen versichert, daß sie nur dem Frieden dienen sollten. Wenn maßgebende Stellen das sagen, muß es natürlich wahr sein. So können auch die Verständigungsfreunde für das Wett-rüsten eintreten; nur möchten sie neben das „si vis pacem para bellum“ (Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor) ein „si vis pacem, para pacem“ (Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden) stellen — neben die Kriegsrüstung „zur Wahrung des Friedens“ die Verständigungspropaganda.

Töne wie diese beherrschten die ganze Tagung, deren meiste Teilnehmer Professoren und liberale Politiker waren. Freilich, in die Harmonie dieser Stimmen klangen zum Schluß auch ein paar Mißtöne. Das war in der öffentlichen Versammlung am Montagabend. Die Veranstalter waren sicher unschuldig daran. Um ja den Einklang der Meinungen nicht zu stören, wurde in letzter Stunde sogar die erst angekündigte Diskussionsfreiheit wieder aufgehoben. Trotzdem passierte das Malheur. Man war in der Auswahl der Redner noch nicht vorsichtig genug gewesen.

Der Baron d'Estournelles de Constant wahrte noch ganz den Ton der vorherigen Sitzungen. In pathetischen Worten feierte er die Friedensliebe der Regierungen, der deutschen im besonderen. So viele schöne Gelegenheiten zum Kriegsführen hätten die letzten Jahre gebracht. Aber der Friedenswille der Regierungen hätte alles auf dem Wege der Verständigung erledigt. Selbst der Balkankrieg hätte wieder diesen Friedenswillen gezeigt: Frankreich und Deutschland hätten Hand in Hand gearbeitet und einem Zusammenstoß aller europäischen Mächte glücklich vorgebeugt.

Aber nach d'Estournelles kam Konrad Haußmann. Vielleicht gedachte er früherer Reden, die er oder seine Fraktionskollegen gegen die Regierung gehalten; wahrheitslieblicher noch: er fühlte das Bedürfnis, die Zustimmung der Fortschrittler zu den Rüstungsvorlagen zu rechtfertigen — nach dem System, das er schon vor Monaten im „März“ angewandt. Die Fehler der Regierung verpflichteten uns, für die Heeresvorlage zu stimmen. . . . Jedenfalls: Er dementierte den Vorredner. Er tat es vorsichtig, verhielt, aber er tat es doch. Und die glorreichen Regierungen schrumpften zusammen, arg, arg zusammen, als Herr Haußmann darrte, wie die Generalführer überall den leitenden Männern ihre Haltung diktierten, und die Sätze aussprach: Für eine gute Politik bleibt kein Spielraum mehr übrig; nirgends sehen wir eine große Staatskunst, nirgends ein aufwärtsführendes Ziel. Auch die schöne Mär von der Friedenswehr der Großmächte während der Balkanwirren löste sich in Wohlgefallen auf; es war gar nicht ungeschickt, wie Haußmann die Rivalitäten der Mächte untereinander zeigte, ihre Ohnmacht, den Frieden auf dem Balkan zu wahren, ihr klägliches Versagen, so oft es eine Willenskundgebung durchzudrücken galt.

Und dann sprach noch Herr Dr. Walter Schüding, Professor der Rechte in Marburg. Der nahm wieder seinen Freund Haußmann zart, aber fühlbar bei den Ohren. — Haußmann und all die anderen, die direkt oder indirekt das System der Rüstungen gedeckt hatten. Walter Schüding, selbst Fortschrittler, fand zwar nicht die Kraft, mit aller Deutlichkeit die letzte Rüstungsbewilligung zu verurteilen. Aber was Ohren hatte, zu hören, das hörte das Verdammungsurteil dennoch deutlich genug heraus. Mit Worten, für einen preussischen Professor aller Ehren wert, geißelte er den Wahnsinn des Wett-rüstens, während für Kultur-

aufgaben nichts übrig bleibe. 350 000 Säuglinge sterben alljährlich in Deutschland, 35 000 Wöchnerinnen dazu — zum guten Teil nur aus Mangel an geeigneter Pflege. Kein Krieg habe noch solche Opfer gefordert, wie jahraus, jahrein bei uns das Fehlen einer hinreichenden sozialen Fürsorge. Was das Reich aufwende für seine gerühmte Arbeiterversicherung, mache im Jahr noch nicht soviel aus, wie ein einziges modernes Panzerschiff koste. Scharf verurteilte Schüding die Ablehnung der Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung; mit beihendem Hohn kennzeichnete er die Witwenversicherung als eine leere Klappe: Um dann daneben zu halten jene Milliarden, die jahraus, jahrein für Rüstungszwecke verschwendet würden.

Das Publikum — lauter Bourgeois — war zunächst ein wenig betreten. Aber dann siegte doch der Beifall. Warum auch nicht? Schließlich waren es ja nur Worte — Worte . . . Worte. Das war schließlich auch der Eindruck der ganzen Tagung auf den Hörer mit einem anderen als dem bourgeoisem Gesichtsfreis. Den löblichen Willen dieser Verständigungsfreunde in allen Ehren, manch treffliches Wort, das in den Versammlungen fiel, auch gern anerkannt — aber es ward doch nicht der Finger in jene Wunde gelegt, die am weitesten klappt, ohne deren Heilung keine dauernde Verständigung möglich ist.

Die Weltgeschichte ist nicht, wie der Hofrat Dr. Friedländer in einem Vortrage sich darzutun bemühte, bloß eine Folge von „Massensuggestionen“ durch die großen Führer der Menschheit, sondern das Resultat wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse und daraus entsprungener sozialer und nationaler Kämpfe; die Suggestion spielt eine recht geringe Rolle dabei. Auch der Chauvinismus, die Kriegstreiberieien, sind nicht das Resultat einer „Massensuggestion“, wie Herr Dr. Friedländer glauben machen wollte, — einmal, weil sie gar nicht in Massen wurzeln, und sodann, weil sie herauswachsen aus wohlbedachten wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Schicht von Kapitalisten. Es kann auch nicht genügen, wenn andere Redner dann wieder darzutun bestrebt waren, daß die für den Frieden sprechenden Interessen stärker seien als jene, die eine imperialistische Ausdehnung heischen. Das ist recht gut und schön. Aber Tatsache ist, daß die Vertreter der imperialistischen Interessen diejenigen sind, die in einem kapitalistischen Staatswesen wiederum unseren, auch die politische Macht haben und auf die Politik einen weitgehenden Einfluß ausüben, der jeden Tag den Kampf herbeiführen kann. Es kann nicht genügen, die zum Frieden drängenden Interessen recht schön und leuchtend hinzuzumalen, noch auch schöne Reden über das „Sich-Kennen-Lernen“ der Völker zu halten: Es heißt, den Interessenten des Imperialismus den Einfluß nehmen, die Macht entwenden und statt dessen maßgebend machen die Massen des Volkes, die nach ihren wirtschaftlichen Interessen den Frieden wollen müssen.

Gewiß ist die Propaganda friedlicher Verständigung mehr als Parteiarbeit, ist wahrhaft Kulturarbeit. Aber dies Stück Kultur kann wie so manches andere nur erobert werden auf dem Wege über den politischen Kampf — durch die Partei, die das Interesse des Proletariats vertritt, durch die internationale Sozialdemokratie. Wer den Frieden will, muß die Herrschaft des Proletariats wollen, das mehr und mehr eins wird mit der Volksgesamtheit: Durch Volksherrschaft zum Frieden!

Bericht der Dubliner Untersuchungskommission.

London, 7. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die mit der öffentlichen Untersuchung über die wirtschaftlichen Konflikte in Dublin betraute Kommission ist gestern mit ihrem Bericht zu Ende gekommen. Aus demselben geht hervor, daß die Unternehmer sich nach wie vor weigern, die Vorschläge der Kommission anzunehmen. Die drei Kommissare erkennen an, daß die Arbeiter der Stadt in verschiedenen Industrien allen Grund zur Klage hatten. Der Bericht verurteilt allerdings den Sympathiestreik, aber ebenso auch das Vorgehen der Unternehmer, die ihre Arbeiter zwingen wollten, den Transportarbeiter-Verband zu verlassen; dieses Verhalten verstöße gegen die individuelle Freiheit des Arbeiters. Die Kommission schlug sodann die Errichtung eines Einigungsamtes vor, über dessen Tätigkeit ein Plan entworfen wurde. In der darauf folgenden privaten Sitzung der Unternehmer erklärten dieselben, daß das Einigungsamt keine Lösung darstelle und daß es ihnen viel mehr um Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten als um künftige Probleme zu tun sei. Die Arbeitervertreter nahmen jedoch den Kommissionsbericht als Basis für weitere Verhandlungen an. Der Kampf geht also vorläufig weiter.

Es ist nicht zu verkennen, daß durch die öffentliche Untersuchung und durch ihre Weigerung, den Vorschlag der Kom-

mission anzunehmen, sich die Position der Unternehmer in den Augen der Öffentlichkeit sehr verschlechtert hat.

Die kriegsmäßige Übung der Reservebrigade.

Endlich hat die Militärbehörde sich entschlossen, Aufklärung über die Folgen der Manöverübung zu geben, die die Reservisten und Landwehrlente Thüringens auf ihre militärische Brauchbarkeit im Kriegsfalle erproben sollte. Die Aufklärung — offenbar rührt sie vom Generalkommando des XI. Armeekorps her — zeichnet sich zwar durch militärische Kürze, weniger aber durch Klarheit aus. Denn die in ihr enthaltenen Feststellungen stehen in scharfem Gegensatz zu den Mitteilungen, die in unseren Thüringer Parteiblättern jetzt von Teilnehmern an der Übung veröffentlicht werden. Wir sind die anderen Parteiblätter hatten nicht behauptet, daß die Übung 18 Tote und über 300 Kranke ergeben habe. Wir hatten nur Aufklärung über die tollen Gerüchte, die unter der Thüringer Bevölkerung umliefen, verlangt. Die Militärbehörde erklärt darauf folgendes:

1. Es ist kein Todesfall vorgekommen.
2. Ueber den Entlassungstermin (1. Oktober) sind wegen Krankheit insgesamt 48 Mann zurückbehalten worden. Davon sind 21 inzwischen entlassen worden, 27 befinden sich noch in Behandlung.
3. Es handelt sich durchweg um leicht Erkrankte, meistens Fußkränke. Der Gesundheitszustand während der Übung war durchaus gut.
4. Von Ueberanstrengung der Leute kann keine Rede sein. Die Anzahl der Fußkranken, der Erkrankten überhaupt, ist im Verhältnis zur Gesamtstärke der Infanteriebrigade (sechstausend Mann) eine äußerst geringe.

Die Feststellung, daß kein Todesfall vorgekommen sei, steht im Widerspruch zu der gestrigen Mitteilung des „Berliner Tageblatt“, dem von „gut unterrichteter Seite“ aus Thüringen zwei Todesfälle gemeldet wurden. Ueber die Ueberanstrengungen und Krankheitsfälle können unsere Thüringer Parteiblätter Einzelheiten veröffentlichen, zu denen die amtlichen Angaben nicht recht stimmen wollen. So sind der „Erfurter Tribune“ noch eine ganze Anzahl Schreiben zugegangen, die den von ihr veröffentlichten Bericht eines Teilnehmers an der Übung bestätigen. Sogar Beamte und Mitglieder von Kriegervereinen befinden sich unter den Briefschreibern.

Auch in der „Eisenacher Volkszeitung“ veröffentlicht ein Eisenacher Reservist ein Bild über seine Beobachtungen in der Kompagnie, mit der er die Reserve- und Landwehr-Brigadeübung mitmachte. Der Reservemann führt aus, daß, trotzdem seine Kompagnie als „stramm“ galt, fast die ganze Kompagnie „verpfästerter Fische“ hatte. Im ersten Divak sei ein Mann an Augenentzündung erkrankt. Sein Feldwebel erlitt einen Verrenkschlag, der Hauptmann stürzte vom Pferde und wurde durch Huftritte arg zugerichtet. Mehrere Leute erkrankten an Fieber. Bei Ausmärschen stellte die Kompagnie des Eisenachers 240 Gewehre zusammen, beim Verladen am Dienstag voriger Woche in Ehrdruf waren es nur noch 200. Zum Schluß teilt er noch mit, „daß er persönlich ein Geheim schreiben gelesen habe, worin stand, daß in den umliegenden Garnisonen je 15 bis 20 Betten bereit stehen für die Kranken. Man hatte also im voraus erwartet, daß es viele Kranke gibt.“

Wenn nach dieser Schilderung schon eine einzige Kompagnie 40 Mann Abgang gehabt hat, können die 24 Kompagnien der Brigade nicht bloß 48 Kranke aufzuweisen haben, wie die amtliche Erklärung behauptet.

Es kann bei militärischen Übungen, auch solchen von Reservisten und Landwehrlenten, ohne Strapazen nicht abgehen. Das wird sich auch in einem reinen Volksheere nicht vermeiden lassen. Im Falle der Thüringer Reservebrigade scheint aber der Bogen zu sehr überpaant worden zu sein. Der Hauptgrund dafür ist zu suchen in dem Prinzip der Schnelligkeit um jeden Preis und in der Verständnislosigkeit, die das exklusive Offizierkorps den sozialen Erwägungen des Volkslebens entgegenbringt. Die Herren Offiziere und Generale haben doch nur in den seltensten Fällen eine Ahnung von den Lebensbedingungen, unter denen die Reservisten und Landwehrlente im Zivilstande sich durchschlagen müssen. Die Forderung der „Kriegsmäßigkeit“ ist vom militärischen Standpunkt aus gewiß begrifflich, sie zerfällt aber an den harten Tatsachen sozialer und wirtschaftlicher Mißstände, unter denen das Volk zu leiden hat. Die Ausbeutung von Millionen im Wirtschaftsleben und die Rücksichtslosigkeit des militaristischen Systems werden die militärische Leistungsfähigkeit eines modernen stehenden Heeres stets beeinträchtigen. Nur ein auf der Grundlage allgemeinen sozialen Wohlstandes und demokratischer Gerechtigkeit aufgebautes wirkliches Volksheer wird in Krieg und Frieden am leistungsfähigsten sein.

Die reaktionären Zeitungen bemühen — übrigens die Thüringer Manöveraffäre, um eine Verschärfung der Gesetze gegen die Presse zu verlangen, damit künftig die Veröffentlichung solcher Nachrichten unmöglich gemacht werde. Die Reaktionäre rennen damit offene Türen ein, denn ein solcher Gesetzentwurf ist bereits fertig, es ist der Entwurf des neuen

Spionagegeheimnis, der jede Veröffentlichung militärischer Mitteilungen unmöglich machen würde. Die Bestimmungen des neuen Entwurfs sind so behärd, daß selbst die bürgerlichen Zeitungsverleger sich dagegen gewendet haben. Der Vorfall in Thüringen beweist aber gerade, wie dringend notwendig es ist, daß der Presse die Möglichkeit der Kritik gewahrt wird.

Enthüllungen zum neuen Krupp-Prozeß.

Der wichtigste Zeuge im neuen Krupp-Prozeß, Hauptmann a. D. v. Mehen, der ehemalige Vorgesetzte des Herrn Brandt, hat sich zu einer Flucht an die Öffentlichkeit genötigt gesehen. Er veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ folgende Darstellung:

„Als nationalgesinnter Mann wollte ich anfangs schweigen. Ich sagte mir, daß durch mein Hervortreten leicht einige Direktoren von Krupp fallen würden, und daß das in den Augen der Urteilslosen einer Beurteilung der Firma Krupp gleichgestellt werden könne. Dabei würde verkannt werden, daß durch die Maßnahmen einzelner die Firma nicht verächtlich gemacht werden kann, die ihre großen Verdienste sich erworben hat. Die nationale Forderung scheint mir eher zu sein, daß die Leitung eines großen Werkes, das zahlreiche Taten mit den Behörden der Landesverteidigung verbindet, nicht in falsche Hände gerät. Leider ist es

nicht nur der Fall Brandt,

der das ausweist, wenn auch die öffentliche Meinung durch einen Zufall nur über diese Angelegenheit unterrichtet worden ist. Jedenfalls habe ich eingesehen, daß mein Schweigen zu allerhand Mißdeutungen Anlaß gegeben hat. Deshalb habe ich auf Drängen meiner Freunde, Verwandten und Bekannten mich entschlossen, niemanden mehr zu schonen.

Bezeichnend dafür, wie gegen mich gearbeitet und Stimmung gemacht wurde, sind drei Episoden, die sich gelegentlich meiner Zivilklage beim Essener Landgericht gegen die Firma Krupp abgespielt haben. Wenige Tage vor dem ersten Verhandlungstermin im Juni legte mein Essener Anwalt, Herr Dr. Ballach II, das Mandat nieder, wie er mir sagte, nach wiederholter Rücksprache mit seinem Bruder, Justizrat Ballach, der es ungern sehen würde, daß er die Klage vertrete, weil er (der Bruder) gewisse Rücksichten zu nehmen habe. Es erging dann Versäumnisurteil, wie das nur natürlich war; wie hätte ich bei der Kürze der Zeit und der Schwierigkeit des juristischen Tatbestandes einen neuen Vertreter instruieren können? Dann übernahm Herr Dr. Bell-Essen meine Vertretung und überreichte nach Einlegung des Einpruchs einen längeren Schriftsatz, in dem sich die nachstehenden Ausführungen befanden:

„Der Kläger ist auch in der Lage nachzuweisen, daß er schon vor dem 22. Juni 1912 der Beklagten wiederholt mitgeteilt hat, daß er mit dem System, das in Berlin eingerichtet worden sei, nicht einverstanden sei und daß er

vor diesem System gewarnt

hat. Ein näheres Eingehen hierauf wird sich erübrigen, da der Beklagten (der Firma) die fraglichen Briefe bekannt sind und sie die Behauptung des Klägers nicht bestreiten wird. Trotzdem hat die Beklagte das System in Berlin nicht geändert. Der Kläger, der in der Beklagten die erste Firma Deutschlands gesehen hat, mußte daher annehmen, daß die Beklagte das System, obwohl sie auf diese Bedenken aufmerksam gemacht war, nicht für geschäftlich unzulässig ansah. Es ist danach weiter zu erwägen, daß die Dinge in Berlin nicht das einzige gewesen sind, was der Kläger in den Diensten der Beklagten gesehen hat und was bei ihm Bedenken ausgelöst hat, sondern daß noch eine ganze Reihe anderer Dinge ihm zur Kenntnis kam, die gleichfalls seine Bedenken erregten, die aber nach den Anschauungen der Beklagten Firma doch zulässig sein mußten.“

Von diesem Schriftsatz erhielt auch, wie das in Essen üblich ist, die Firma Krupp eine Kopie. Anderen Tages erschien ein Abgesandter von ihr bei Rechtsanwältin Bell und fragte ihn, ob er selbst der Verfasser wäre. Dr. Bell wies darauf hin, daß er ja seine Unterschrift darunter gesetzt habe. Darauf sagte der Herr: „Dann müssen wir unsere Konsequenzen daraus ziehen!“ Ich muß auch annehmen, daß der Vorsitzende der Kammer, Landgerichtsdirektor Deitmar, befangen war. Vor Eintritt in die Verhandlung, am 19. September, während Dr. Bell gerade einen Augenblick den Sitzungssaal verlassen hatte, fragte er mich: „Sind Sie Offizier?“ — „Ja, ich war aktiv und bin Hauptmann a. D.“ — „Schwebt nicht ein Verfahren beim Ehrengericht gegen Sie?“ — „Nein, weshalb sollte es denn?“ — „Nun, das

wird schon noch kommen,

das kennen wir!“ Damals wußte ich nicht, daß ich die Möglichkeit hatte, wegen dieser Äußerung den Landgerichtsdirektor Deitmar als befangen abzulehnen, sonst hätte ich Dr. Bell sofort darauf hingewiesen. Später, als ich es erfuhr, war es zu spät. Auch jetzt noch bringen einige Zeitungen die völlig unrichtige Behauptung, ich sei in eine ehrengerichtliche Untersuchung verwickelt. Selbst wenn das so wäre, könnten die Zeitungen gar nicht in der Lage sein, es zu melden. Denn alle Beteiligten müssen selbst über die Tatsache, daß eine Untersuchung schwebt, unverzüglich schweigen. Oder soll das ein Wink mit dem Zaunpfahl sein? Selbstverständlich werde ich gegen das klageabweisende Erkenntnis Berufung einlegen.

Daß die gesamte Öffentlichkeit in solch ungünstiger Weise gegen mich beeinflusst wurde, hat zum größten Teil seine Ursache in den unverantwortlichen Äußerungen des Rechtsanwalts Ulrich zu Berlin in seinem Schlussplädoyer vor dem Kommandanturgericht, der damals sagte:

„Auf der einen Seite steht Herr v. Mehen, der wegen schwerer Verfehlungen plötzlich von Krupp entlassen worden ist, und der aus rein expressiverischen Motiven eine Anzahl der Kornwalzer in Abscheuen an sich genommen und für sich zurückgehalten hat, um die Firma Krupp in der Hand zu behalten. Diese Absicht spielte Herr v. Mehen dem Abgeordneten Liebnecht in die Hände.“

Gegen Herrn Rechtsanwalt Ulrich ist wegen dieser schwer beleidigenden Äußerungen, für die ihm noch einmal der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite steht, an das Amtsgericht Berlin-Mitte unterm 16. September die Privatklage eingereicht worden.

Ich bin an der Lieferung der Kornwalzer an den Abgeordneten Liebnecht

nicht beteiligt.

Die Anzeige dieser Sache war für mich im Gegenteil ein schwerer Schlag. Ueber die Tätigkeit Brandts war ich unterrichtet. Darum hielt ich es für meine Pflicht, die Firma Krupp mündlich und schriftlich auf die meinem Gefühl nach unmöglichen Zustände,

die in dem Militärprozeß zum Teil aufgedeckt worden sind, aufmerksam zu machen. Dies tat ich schonend und behelid. Trotzdem wurden meine Wahrungen falsch ausgelegt, und man benutzte die Angelegenheit mit Wingen, um sich meiner zu entledigen. Im Termin am 23. wird sich manches aufklären.

Wilhelm v. Mehen.“

Diese Darstellung, für die ja Herr v. Mehen auch die beweiskräftigen Unterlagen in der Hand haben dürfte, spricht so sehr für sich selbst, daß wir uns einwaisen jeden Kommentars enthalten können.

Nur ein Moment sei hervorgehoben: Die Firma Krupp, das heißt die leitenden Direktoren der Firma, hatten bereits im Juni 1912 erfahren, welche Herr Brandt in Berlin trieb, es fiel ihr jedoch gar nicht ein, dem Treiben ihres Werkzeugs das Handwerk zu legen! Erstaunlich ist es freilich, daß nach solch frühzeitigen Warnungen bei der berühmten „Hausfuchung“ in Essen überhaupt noch „Kornwalzer“ gefunden wurden. Aber offenbar dachten die Herren von der Firma Krupp, „uns kann ja doch keiner“.

In der Tat ist die Affäre, ja erst durch das Eingreifen des Genossen Liebnecht ins Rollen gebracht worden. Hätte nicht ein Anonymus — der nach der obigen Erklärung mit Herrn v. Mehen nicht identisch ist — Liebnecht eine Kollektion Kornwalzer zugesandt, so triebe trotz aller Vorstellungen und gerichtlichen Eingaben des Herrn v. Mehen Herr Brandt im Auftrage der Firma Krupp wahrscheinlich noch immer in Berlin sein Unwesen!

Politische Uebersicht.

Eine Idylle in der Fortschrittspartei.

Unter dem Eindruck der starken Bewegung gegen den schwarz-blauen Block und unter dem Einflusse der liberalen Intellektuellen hat bei der letzten Reichstagswahl ein großer Teil der Liberalen Köpfe der Sozialdemokratie geholfen, das Zentrum in seiner deutschen Hochburg zu besiegen. Nach dieser Ausfrennung war es jedoch mit dem „Liberalismus“ in Köln bald wieder vorbei. Bei der letzten Landtagswahl haben sich die Fortschrittler sowohl wie die Nationalliberalen überhaupt nicht am Wahlkampf beteiligt, und bei der jetzt bevorstehenden Stadtverordnetenwahl stehen sie in der dritten Klasse dem Wahlkampf fast apathisch gegenüber. Gegen diese Apathie hat sich nun innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei selbst eine Rebellion erhoben. In einem Rundschreiben an die „geehrten Parteifreunde“ liest man:

Der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei hat sich bei den letzten Landtagswahlen überhaupt nicht gerührt. Die Schuld trägt einzig und allein der Vorstand und besonders der jetzige Vorsitzende Herr Schaaf. In § 10 der Statuten heißt es wörtlich: „Die Hauptversammlung beschließt über das Verhalten bei den Wahlen“. Die Hauptversammlung ist überhaupt nicht gefragt, es hat überhaupt keine Hauptversammlung stattgefunden. Dieser Fall ist aber nur einer von den vielen. Ohne die Mehrheit zu fragen, tut der Vorstand, was ihm zweckmäßig erscheint. Zweckmäßig erscheint ihm aber, gar nichts zu tun. Man hat den Eindruck, als wenn seit den Reichstagswahlen die Fortschrittliche Volkspartei in Köln überhaupt von der Erdoberfläche verschwunden wäre. Eine einzige öffentliche Versammlung hat der Verein seitdem veranstaltet, und die war schlecht besucht. Woher kommt das? Daher, daß in dem Verein selbst jegliches politische Leben erloschen ist. Etwa 20 bis 30 Herren sitzen jeden Montagabend beim Bierische zusammen und beraten über das Wohl der Stadt. Das ist alles.

Um die Rebellion gegen sich niederzuhalten, macht der Vorstand des Vereins der Aufnahme neuer Mitglieder allerhand Schwierigkeiten. Er sucht buchstäblich den Bezug vom Verein fernzuhalten. Um das zu erreichen, hat er, wie es in dem Rundschreiben heißt, die Neugemeldeten mühen erst auf ihre Unbescholtenheit geprüft. Wörtlich wird berichtet:

So hat er einem unbescholtenen Manne, der sich angemeldet hatte, erklärt, er nehme die Anmeldung nicht an. Den eingekommen Mitgliedsbeitrag hat der Vorstand zurückgewiesen, und den Mann, als er zur Wahrung seiner Rechte einen Vereinsabend besuchte, unter Androhung von Polizeigewalt hinausgewiesen.

Dieser Hinausgewiesene ist der Rechtsanwalt Dr. Diezang, der noch im Jahre 1912 in Solingen gegen den Genossen Scheidemann für die Fortschrittliche Volkspartei kandidiert hat. Er war bis dahin Mitglied des fortschrittlichen Jugendvereins.

Ueber das sozialpolitische Verständnis des fortschrittlichen Vorstandes sagt das Rundschreiben:

Sozialpolitik — dem jetzigen Vorstande ein Buch mit sieben Siegeln. Der Vorsitzende hat erklärt: „Arbeiter sind ein notwendiges Uebel“. Von den neu gegründeten liberalen Arbeitervereinen hat er in der Vereinsführung erklärt, mit dem Vereine sei doch nicht viel zu wollen. Das seien die „Hirsh-Dunderschen“, da läme nicht viel bei heraus. Von unserer Sozialpolitik befürchte er Erschwerung der Konkurrenz mit dem Ausland.

Am 19. Oktober wollen deshalb die Rebellien in einer Generalversammlung den alten Vorstand stürzen zum Zweck der Bildung „eines starken Einheitsblocks“ in Köln.

Nomen über Anittel.

Der Geheime Kriegsrat Dr. Nomen, der es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, jede reaktionäre Maßnahme zu verteidigen, bestreitet, daß es sich im Falle Anittel um einen politischen Prozeß handle, denn es könne gar keine Rede davon sein, daß dem Amtsrichter Anittel seitens der Militärbehörde ein Unrecht zugefügt worden sei. Schließlich prägt Dr. Nomen folgenden Satz:

„In einem stark ausgeprägten Rechtsbewußtsein gehört in erster Linie auch die Achtung der Rechte, insbesondere der Ehre anderer.“

Das sagt derselbe Nomen, der als Staatsanwalt in Hamburg sich vor Gericht dazu verstieg, zu behaupten, die Sozialdemokratie billige und fördere den Meineid. Wer also leichtfertig mit der Ehre anderer umging, der ist ganz besonders dazu berufen, einem anderen, der sich im Kampf um sein Recht befand, Vorhaltungen zu machen. Seinen kritischen Betrachtungen legt dieser militärische Richter aber damit die Krone auf, daß er dem Faustrecht das Wort redet, indem er ausführt:

Viel ist in der Gegenwart geklagt worden, daß von den Gerichten die Angriffe auf die Ehre anderer zu gering bestraft werden, und nicht mit Unrecht ist dies in vielen Fällen als die Quelle unrechtmäßiger und unerlaubter Selbsthilfe hingestellt worden. Auch die Bestrafung des Amtsrichters Anittel zu einer Geldstrafe kann als eine entsprechende Genugtuung für die Beleidigten nicht angesehen werden. Und man wird sich in der Tat nicht wundern dürfen, wenn solch milden Urteilen gegenüber bei schweren Beleidigungen dieser oder jener es vorzieht, sich auf andere Weise selbst Genugtuung zu verschaffen.

Diese Auffassung eines militärischen Richters, der die Verletzung der Ehre, also auch die Duellvergehen, sühnen soll, verdient festigenagelt zu werden.

Welche Strafe würde übrigens den Amtsrichter Anittel wohl erteilt haben, wenn er einer Strafkammer überliefert

würde wäre, die aus fünf Richtern vom Schlage des Dr. Nomen bestanden hätte!

Ein Posten für den Regenten von Braunschweig.

Der Arbeitsnachweis für die Regierenden scheint zu klappen. Wie die „Post“ aus „absolut sicherer Quelle“ erfahren haben will, soll der durch den kaiserlichen Schwiegerjohn verdrängte Herzog Albrecht von Braunschweig Statthalter von Elbfürstentum werden. Die Nachricht wurde schon einmal verbreitet, damals aber prompt demontiert. Die „Post“ und ihre Gewährleute behaupten jedoch, bestimmt zu wissen, daß der jetzige Statthalter von Elbfürstentum in absehbarer Zeit gehen werde und daß dann gewissermaßen vertretungsweise, bis Prinz August Wilhelm in „reifere Jahre“ gelangt ist, der Herzog Johann Albrecht Statthalter werden soll.

Die Nachricht klingt durchaus wahrscheinlich, man muß doch den jetzigen Regenten von Braunschweig irgendwo unterbringen, wenn der Schwiegerjohn des Kaisers demnächst seinen Thron einnimmt!

Der Gothaer Majestätsbeleidigungs-Prozeß.

Aus Gotha wird uns nachträglich zu diesem Prozeß geschrieben: Der Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen das „Gothaer Volksblatt“ zeigt, daß man auch mit der Auffassung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen bei einigem „guten Willen“ jeden sozialdemokratischen Preßhändler beim Tragen lassen kann. Bei der Begründung jener Vorlage durch den Staatssekretär Dr. Nieberding führte dieser am 23. November 1907 im Namen der Regierung im Reichstage aus:

„Die Verbündeten Regierungen hoffen, daß dieser Gesetzentwurf dazu beitragen wird, die Gefahren zu vermindern, wenn nicht zu beseitigen, welche damit verbunden sind, daß in vielen Majestätsbeleidigungsprozessen Urteile ergehen, die mit dem allgemeinen Rechtsempfinden sich nicht verbinden lassen. . . Wir haben uns bemüht, ganz loyal und unzweideutig einen Ausdruck zu finden, der gegen jede falsche Auslegung geschützt ist. Trotz aller Bemühung ist es uns nicht besser gelungen, als durch die im Entwurf gewählte Fassung.“

Die Absicht der Regierung war durch den Geburtagstagsbesuch Wilhelms II., der seiner Freunde über den damaligen „Wahltag“ durch einen „Gnadenbeweis“ Ausdruck geben wollte, festumrissen vorgezeichnet, hieß es doch in jenem Erlass:

„Es entspricht meinem Wunsch, daß wegen Majestätsbeleidigung oder Verleumdung eines Mitgliedes meines königlichen Hauses nur solche Personen die gesetzliche Strafe erleiden, welche sich jener Vergehen mit Vorbedacht und in böser Absicht, und nicht bloß aus Unverständnis, Unbesonnenheit, Uebereilung oder sonst ohne bösen Willen schuldig gemacht haben.“

Wußte schon die Regierung zugeben, daß es ihr „trotz aller Bemühung“ nicht gelungen sei, eine einwandfreie Fassung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen zu finden, so war es selbstverständlich, daß die Parteipresse auf Grund ihrer reichen Erfahrung den neuen Gesetzentwurf recht pessimistisch beurteilte. Unter dem Protest der enttäuschten, ob des Gnadenlassens in Entschieden schweigenden Patriotenpresse schrieb damals die Leipziger Volkszeitung:

„Wenn ein Unterchied gemacht werden soll zwischen „böswilligen“ und „gutwilligen“ Majestätsbeleidigern, so ist dies nur ein Privilegium odiosum, ein hassenwertes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie. Den Sozialdemokraten wird in Zukunft das aufgedrungen werden, was den „Gutwilligen“ aus altem andern Legern geschenkt werden soll. Doch in Deutschland überhaupt noch ein Gesetz existiert, das die Verleumdung eines Fürsten unter besonders harte Strafen stellt, drückt uns auf die Stufe Rußlands herab. In Kulturländern haben wir derartige Vorschriften überhaupt nicht.“

Unser Leipziger Bruderblatt „ahnte“ die Gothaer Richter von 1913 voraus. Trotzdem der Gesetzgeber ausdrücklich festlegt, daß nur die mit Vorbedacht und in böswilliger Absicht getane Äußerung als strafbar angesehen werden dürfe, kam das Gericht zu einer Beurteilung des Genossen Weitzner. Dabei schilderte unser Genosse ausführlich und drastisch die Post und Uebereilung, mit der er während einer mehrere Monate langen Tagung der sächsische gothaischen Landtage zu arbeiten gezwungen war.

Während er nämlich mit anderen christlichen Arbeiten beschäftigt war, wurde ihm, der nicht selbst Verfasser der intrinseken Notiz ist, die fragliche Nachricht, die einen geringfügigen Nadelstich mit den obligaten „Hautabkürzungen“ des Herzogs von Koburg-Gotha meldet, vorgelesen. Mit dem Gedanken bei seiner eigenen Arbeit hörte er nur mit halbem Ohr hin. Trotzdem nimmt das Gericht an, daß er mit „Vorbedacht“ und in „böswilliger Absicht“ die „Verleumdung“ begangen habe.

Dabei soll die „Verleumdung“ nicht etwa darin liegen, daß man dem Herzog irgend etwas Ehrenrühriges nachsagt, sondern einzig und allein darin, daß ein Stichwort in gothaischem Dialekt die kurze, nur wenige Zeilen umfassende Notiz einleitete.

Ohne jede Nachprüfung, ob auch die Erfordernisse des Gesetzes die Anklage rechtfertigen, wurde einfach Anklage erhoben und verurteilt. Freilich, so ganz ohne Schwierigkeiten scheint die Anklage nicht durchgedrückt worden zu sein. Am 22. Februar fand die Unfallmehlung im Blatt, am 25. März fand die richterliche Vernehmung statt und erst fünf Monate später, die letzten Tage im August, wurde die Anklage erhoben. Und nicht die gewöhnliche Strafkammer erhob die Klage, sondern ausgerechnet der Kaiserstrafkammer blieb dies vorbehalten. Die ursprüngliche Langsamkeit war nun plötzlich einer fieberhaften Eile gewichen, die nicht früher ruhte, bis der Sünder „gehängt“ war. Als „strafmildend“ wurden nicht etwa die besonderen Umstände angesehen, unter denen die angebliche „Verleumdung“ zu Stande kam, sondern einzig und allein die Unbescholtenheit des noch nicht, resp. ganz geringfügig vorbestraften Angeklagten.

Die bayerischen Königmacher hinter den Kulissen.

Man erinnert sich noch der Tragikomödie, die seinerzeit vom bayerischen Kammerzentrum und dem schwarzen Ministerium aufgeführt wurde, als sich nach dem Tode des Prinzregenten Luitpold Bestrebungen geltend machten, den geisteskranken König Otto zu entthronen und den neuen Prinzregenten Ludwig zum König zu erheben. Es war davon die Rede, daß Prinz Ludwig kurzweg durch eine Proklamation zum König ausgerufen werden solle. Ueber die Art, wie man die Königmacherei betreiben will, hat sich der Abgeordnete Adolf Müller in München ein seinerzeit erhaltenes Gutachten verschafft, aus dem er auf dem sozialdemokratischen Landesparteitag zu Nürnberg einiges mitteilte. Es heißt da:

„Eine Proklamation ohne gesetzliche Grundlage würde bei den Kammerern des Landtages keine einstimmige Billigung, sondern ein schiedenes Widerpruch finden, darüber liegen die Äußerungen, welche die Führer der einzelnen Parteien unverbündlich für deren Stellungnahme verlauten ließen, keinen Zweifel übrig. Insbesondere hat der Führer der liberalen Parteien seine Zustimmungserklärung nachträglich dahin erläutert, daß er den Weg des Verfassungsgesetzes als selbstverständlich vorausgesetzt habe. Auch aus der Mitte der Zentrumspartei sind Äußerungen verschiedener maßgebender Personen dahin laut geworden, daß eine Aenderung, wenn angänglich sei, nur auf dem Wege des Verfassungsgesetzes möglich sei. Die äußerste Linie würde sich gewiß ein Vergnügen daraus machen, sich als Hütern der Verfassung anzupreisen! Daß aber für den Träger der Krone ein Verstreiten der Geschmähigkeit über seines Vorgehens von Hebel wäre, das Ansehen der Krone und der eigenen Person beeinträchtigen würde, bedürfte kaum einer weiteren Ausführung. Die Möglichkeit hierfür könne sich bei den verschiedenen Gelegenheiten ergeben — in den Kammern des Landtags, bei der Beratung des Etats des königlichen Hauses, in Gerichtsverhandlungen, namentlich vor dem Schwurgerichte bei Anklagen

wegen Majestätsbeleidigungen, begangen durch die Presse. Dazu kommt die Gefahr, daß in Ansehung jedes Erlasses des Königs die Frage der Geschmähigkeit vor Gericht und Vollzugsbehörden aufgeworfen werden könnte, ein Zustand, der schon im Interesse der Rechtsicherheit unbillig wäre.

Es kann sich nach diesen Ausführungen daher nur darum handeln, den Weg der Beschneidung zu beschreiten und dafür die angemessene Form zu finden.

Nach der Eidesleistung des Regenten auf die Verfassung ist, wie Genosse Müller im Anschluß an diese Mitteilung betonte, der gesetzliche Weg vorkommend. Bleibt also nur der ungesetzliche, der Weg des Ungehorsams, den beschritten zu sehen den Sozialdemokraten ein besonderes Genuß sein wird.

Eine Zentrumskomödie im bayerischen Landtage.

Am Dienstagmorgen begann der Landtag die Erörterung der Zentrum-Interpellation über den Vollzug der Steuer-gesetze. Obwohl die Steuergesetze noch nicht zwei Jahre in Kraft sind und obwohl sie vom Zentrum gemacht sind und die landwirtschaftliche Bevölkerung durch sie sehr begünstigt ist, interpellierte schon in der vorigen Session das Zentrum über den Vollzug der Steuergesetze, und beginnt die diesjährige Session mit der gleichen Interpellation. Wenn jetzt das Zentrum mit besonderer Schärfe gegen den Vollzug der Steuergesetze vorgeht, so deshalb, weil es die überraschende Niederlage bei den letzten Reichswahlen wesentlich auf die Unzufriedenheit seiner ländlichen Wähler mit den Steuergesetzen zurückführt. Die Verantwortlichkeit für die Weisung will nun die Mehrheitspartei auf den Vollzug der Gesetze abwälzen. Die Interpellation begründete für das Zentrum der Abg. Schlittenbauer, der eine große Anzahl von angebliebenen Mängeln in der Steuerveranlagung zusammenstellte. Er richtete — und das hat allgemeineres Interesse — heftige Angriffe gegen die Bevorzugung des großen Grundbesitzes gegenüber den kleineren und mittleren Bauern. Das Fideikommiß werde geschont. Einem Großgrundbesitzer wurde auf seine Beschwerde hin die Steuer von 2208 M. auf 98 M. herabgesetzt. Ein Besitzer von 1000 Morgen habe nicht mehr Steuern zu entrichten, als ein Bauer mit 17 Morgen. Der Zentrumredner forderte den beim Zentrum in Ungnade gefallenen Minister v. Soden auf, seine Standesgenossen aus Rücksicht durch ein Gesetz zu hindern, Güter zu kaufen, die sich so schlecht rentieren, daß ihre Besitzer keine Steuern bezahlen können. Diese Wendung fand sarkastische Zustimmung auf der linken Seite des Hauses.

Der Finanzminister befrucht in seiner Antwort, daß allgemeine Mißstände sich beim Vollzug der Steuergesetze ergeben hätten, ohne auf die Angriffe des Zentrumredners im einzelnen des näheren einzugehen. Darauf machte sich Genosse v. Haller über den demokratischen Theaterdonner des Zentrumredners lustig, durch den er draußen auf die mißtrauisch gewordenen Zentrumswähler Eindruck machen wolle. — Die Verhandlung geht weiter; zu der Interpellation haben sich rund 30 Redner gemeldet.

Preussischer Polizeigeist in Baden.

Kürzlich sollte in Oriesbach eine sozialdemokratische Versammlung durch den Oriesbacher bekanntgemacht werden, wie das in Baden vielfach geschieht. Als der Oriesbacher sich aufmachte, mit der Schelle seines Amtes zu walten, vergah er sich so weit, sich mit zwei Sozialdemokraten auf dem Schulhose zu unterhalten. Dieses „Verdrehen“ wurde von einem Gendarmenwachmeister entdeckt und der Oriesbacher mußte nun mit dem Herrn Wachmeister auf das Rathaus. Die Besatzung durch den Oriesbacher unterblieb und die Versammlung konnte infolgedessen nicht stattfinden.

Wehr nimmt sich schließlich auch ein preussischer Polizei- oder Gendarmenwachmeister nicht heraus!

Die Balkanfragen.

Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

Athen, 7. Oktober. (P. C.) Die gestrige Zusammenkunft der Vertreter der türkischen Regierung mit den Bevollmächtigten der griechischen Regierung ist verhältnismäßig kurz gewesen, da die griechischen Vertreter nach Kenntnisnahme der türkischen Forderungen und Bedingungen erklärten, daß sie mindestens drei Tage Zeit brauchen, um eine Sichtung des Referatmaterials vorzunehmen. Die Situation ist nach wie vor äußerst schwierig und verwickelt und man müßte jeden Augenblick den erneuten Abbruch der Verhandlungen befürchten, wenn nicht die Großmächte noch gestern in Noten sowohl an die Pforte wie an die griechische Regierung erklärt hätten, daß sie eine direkte Verständigung zwischen Athen und Konstantinopel für absolut notwendig erachteten. Diese deutliche Stellungnahme der Großmächte hat auf beide Regierungen starken Eindruck gemacht, so daß man hoffen kann, daß auf beiden Seiten alles getan werden wird, um die bestehenden Schwierigkeiten, speziell in der Inselfrage, aus dem Weg zu räumen.

Schweiz.

Die „meuternden“ Milizen.

Bern, 7. Oktober. Im Laufe der letzten Gebirgsmanöver im Kanton Graubünden hatten, wie bereits gemeldet, zwei bündnerische Bataillone, als sie bei Schneegösch über auf dem Hüelapah (2000 Meter) nach Abbruch der Mäander, während die Offiziere bei der Kritik waren, längere Zeit auf den Abmarschbefehl warten mußten, gegen die Verzögerung protestiert. Oberst Wille, der Kommandant des 3. Armeekorps, hatte in der „Neuen Zürcher Zeitung“ einen heftigen Artikel gegen die Disziplin dieser Truppen veröffentlicht und ihnen Kriegsunbrauchbarkeit vorgeworfen. Dieser Artikel, der in der Schweizer Presse und im Auslande viel kommentiert wurde, war heute im Nationalrat vorüberfallig Tribünen der Gegenstand zweier Interpellationen. Vital Graubünden versuchte die Haltung der Truppen mit der Rücksicht auf die furchtbaren Witterungsverhältnisse zu entschuldigen, während der zweite Interpellant die Truppen scharf kritisierte.

Bundesrat Hoffmann, der Chef des Militärdepartements, rügte scharf die Disziplin der Truppen. Die amtliche Darstellung der Vorgänge stimme indessen keineswegs mit derjenigen des Obersten Wille überein, der in seinem Artikel von Revolution rede, denn die Mannschaften seien nicht ohne Befehl, sondern auf Befehl in Kantonelemente marschiert. Der Redner betonte, daß die Instruktion der neu in der Schweiz geschaffenen Gebirgstruppen besondere Sorgfalt verlange. Bevor die Einzelausbildung beendet sei, dürften den Truppen keine außergewöhnlichen Strapazen zugemutet werden. Der Bundesrat bedauere den Artikel des Obersten Wille. Zwar seine Absicht, auf die Mängel in der Ausbildung hinzuweisen, sei eine gute gewesen, doch habe er in der Form Totaloffizierien begangen. Eine Maßregelung des Offiziers lehne der Bundesrat aber ab, ebenso ein Verbot an die Offiziere, künftig öffentlich militärische Dinge in Zeitungen zu besprechen, da eine öffentliche Erörterung über Manneszucht und Kriegstüchtigkeit der schweizerischen Armee erpresslich sein könne.

Die Interpellanten erklärten sich hiermit befriedigt.

Frankreich.

Gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 7. Oktober. Die aus St. Etienne gemeldet wird, hat der Generalrat des Departements Haute-Loire mit 13 gegen 8 Stimmen einen Beschlusantrag angenommen, in dem die Regierung aufgefordert wird, in möglichst kurzer Frist die zweijährige Dienstzeit wieder einzuführen. Der Präsekt hatte zum Zeichen des Einspruchs vor der Beratung des Antrages den Sitzungssaal verlassen.

Holland.

Die Wahlreform.

Die holländische Regierung will eine Staatskommission einsehen, welche die Frage des Proportionalwahlrechts zu untersuchen hat. Offenbar will das Kabinett in der zugefügten Vorlage zur Verfassungsrevision das allgemeine Wahlrecht mit der proportionalen Vertretung verbinden. Als Vertreter der sozialdemokratischen Partei ist der Genosse Bliegen aufgefordert worden, in die Staatskommission einzutreten.

China.

Die Wahl des Vizepräsidenten.

Peking, 7. Oktober. Lijuanhung ist mit 610 von 719 Stimmen zum Vizepräsidenten der Republik gewählt worden.

Die Anerkennung.

Peking, 7. Oktober. Nachdem der russische Gesandte von der Präsidentenwahl Kenntnis genommen hatte und ihm durch das Weimaru mitgeteilt worden war, daß die chinesische Regierung ihre Vertragspflichten anerkenne, teilte der Gesandte dem Weimaru mit, daß Rußland die chinesische Republik anerkenne.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

Die Parteigenossen von Leipzig (12. und 18. sächsischer Reichstagswahlkreis) beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit dem Ergebnis des Jenaer Parteitages. Genosse Redakteur Müller referierte. Der Parteitag habe die Gegner infanter stark enttäuscht, als sie eine Spaltung der Partei erhofften; zu ihrem Mißvergnügen habe er aber auf neue den geschlossenen Willen der Partei der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber befestigt. Doch habe die Partei nicht nur die Aufgabe, ihre Geschlossenheit zu dokumentieren, sondern vor allen Dingen auf ihren Tagungen ihre Waffen und ihre Taktik zu prüfen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, werde in dem Urteil über den Parteitag bei den Parteigenossen keine Einmütigkeit herrschen. Die Debatte über den Massenstreik habe von vornherein unter dem ganz bedenklichen Mangel gelitten, daß Scheidemann die Situation völlig verkannte. Dadurch sei die Debatte auf Abwege geraten und in ihr rechter Hand, linker Hand alles veriauscht gewesen. Pauers Rede habe gezeigt, was von dieser Seite in der Frage des Massenstreiks zu erwarten sei. Als ein besonderer Fortschritt wäre nicht zu preisen die Annahme der Parteivorstandesresolution. Eine fruchtbarere Tat des Parteitages sei dagegen die Behandlung des Arbeitslosenproblems und die Forderung der Arbeitslosenversicherung gewesen. Im Gegensatz dazu habe die Steuerfrage unter einem ungünstigen Stern gestanden. Die Debatte habe darunter gelitten, daß die theoretische Seite der Frage vernachlässigt war mit der Frage, ob die Fraktion richtig gehandelt hätte oder nicht. Zudem hätten die Referenten ihre Ausführungen zu einer Rechtfertigung der Fraktion eingerichtet. Die Tendenz der Resolution Wurm deckte sich mit den Auslassungen Kolds in den „Monatsheften“, obgleich Wurm noch 1910 geschrieben habe, die Sozialdemokratie verweigere grundsätzlich den Militarismus alle Mittel.

In der zweiten Versammlung bemerkte Genosse Bögel als Diskussionsredner, die Partei habe einen Sprung nach rechts gemacht. Wenn Scheidemann gesagt habe, hinter dem Massenstreik ständen die maßgebenden Organisationen, so habe er mit derselben Redensart bei der Kaiserfeier entsprechende Erfahrungen gemacht. Die Gewerkschaften würden, wenn es einmal zum Massenstreik komme, sagen: Der Massenstreik steht nicht im Statut, deshalb lehnen wir die Unterstützung ab! Bedauerlich sei, daß der Parteitag den ausgeschlossenen Lokalfaktionen keine Gelegenheit gegeben habe, sich zu verteidigen. Man gehe gegen sie scharfer vor, als gegen Christliche oder Dirich-Dunkerische und schaffe Ausnahmegerichte gegen einen Teil Parteigenossen.

Genosse Geher wandte sich zunächst scharf gegen den Vordrucker, soweit dieser die Lokalistenfrage behandelte. Zum Parteitag bemerkte er, es sei nicht zutreffend, daß dieser eine Klärung gebracht hätte, wie einige Parteiblätter behaupten. Die Massenstreikresolution des Parteivorstandes habe auf den Parteitag stark dämpfend gewirkt. Erst die Erklärung Scheidemanns in dessen Schlussrede habe ihr einen anderen Charakter gegeben. Von einer Klärung sei da aber keine Rede. Ähnlich sei es in der Steuerfrage gewesen. Die Resolution Wurms sollte eine gewisse Direktive geben; sie gäbe aber keine Orenge für die Bewilligungslustigen. Sie werde wohl kaum die Probe aufs Exempel erfahren, denn die Regierung würde sich nunmehr nach der Haltung der Sozialdemokratie richten. So wie bei der letzten Rüstungs- und Deckungsvorlage werde sie nicht wieder handeln, und die Fraktion würde vor Aufgaben gestellt, für die die Resolution Wurm nicht zutrifft. Der Abzug 10 unseres Programms genüge nicht für bestimmte Fälle. Wir werden die Partei programmatisch auf gute Grundgedanken stützen müssen. Man habe ihm gesagt, daß er sich seit 1909 gewandelt; das sei aber nicht der Fall. Damals habe er an Stelle indirekter Steuern direkte Steuern empfohlen, aber nicht für eine neue Militärvorlage, sondern um das Defizit zu bedenken. Nun habe man gesagt: wenn die Militärvorlage einmal bewilligt war, dann hatte man dafür sorgen müssen, daß dem Volke nicht noch indirekte Steuern aufgeschult würden. So auch Kautsky in der „Neuen Zeit“, der daran festhalte, diesem System keinen Mann und keinen Groschen, aber hinzufüge: am allerwenigsten Arbeitergroschen. Was sei das für ein Standpunkt? Sollen wir sagen: wenn Arbeitergroschen in Frage kommen, dann bewilligen wir lieber andere? Das sei ein innerer Widerspruch zu dem Worte: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Von einer Klärung könne also keine Rede sein; die müsse erst die zukünftige Diskussion bringen. Geher wendet sich noch scharf dagegen, daß ihm die Parteispaltung und die Absicht, eine neue Partei gründen zu wollen, vorgeworfen worden sei. Er habe nur von einer Gefahr gesprochen, daß sich eine neue proletarische Partei bilden könne, wenn die Partei von ihrem Programm abweiche. Diese Zweibereit seien gegen ihn inszeniert worden, weil die Leipziger Parteigenossen ihn in die Kontrollkommission vorgeschlagen hätten.

Genosse Buhl bemerkt, daß ihm das Referat von Südekum am besten gefallen, woraus zu ersehen sei, daß die Gegensätze von rechts und links nicht mehr so scharf seien wie früher. Er sei nicht der Meinung wie Geher, daß es ein Fehler gewesen, der Resolution Wurm zuzustimmen. Wenn die Fraktion sich einen großen Verstoß zuschulden kommen lassen würde, dann würden die Parteigenossen gewiß entschiedenen Halt rufen. Die Abstimmung der Fraktion war kein politischer Fehler. Die Frage des Massenstreiks werde in Deutschland nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Frank habe mit Recht betont, daß er keine bedauerlichere Rede gehört habe, als die Pauers. Dessen Rede sei der Niederschlag eines Systems, der geeignet sei, den Arbeitern

Mutlosigkeit einzulmpfen. Von einem Sieg des rechten Flügels könne bei den Vorstandswahlen keine Rede sein.

In der weiteren Diskussion begreift Genosse Kahl die Durchführbarkeit des Massenstreiks, weil die Arbeiter in Deutschland noch so zerstückelt sind. Genosse Schmidt meint, wenn man vom Massenstreik rede, müsse man auch die Masse hinter sich haben. Aber gerade die Leute, die jowil davon redeten, hielten die Massen nicht. Wir brauchen nicht bloß die Leute, die in die Versammlungen der Genossen Luxemburg kommen, sondern die vielen Tausende, die uns noch fernsehen. Diese aber werden von den Gewerkschaften herangeholt. Wir scharfen das Kampfmittel nicht, wenn wir fortgesetzt damit drohen.

Im Schlusswort wendet sich Müller gegen Kahl. Die ausländischen Delegierten hätten besonders betont, daß sie mit dem Massenstreik keine schlechte Erfahrung gemacht. Wenn man ein Kampfmittel anwenden wolle, müsse man es vorher kennen. Wenn die Abstimmung der Fraktion kein Fehler gewesen sei, so verweise er darauf, daß schon wieder neue Militärvorlagen angekündigt sind, was davon zeige, daß unsere Haltung der Regierung nicht gerade imponiert habe. Auch sei er überzeugt, daß mit der nächsten Militärvorlage indirekte Steuern kämen.

Eine Resolution lag nicht vor.

In Aitona berichteten über die Parteivorbereitungen die Genossen Schönsfeld und Genosse Thomas. Sie stellten sich im wesentlichen auf den Boden der gefassten Beschlüsse. Sie wertete meinte, daß die Genossen Luxemburg und andere nicht die wirkliche Stimmung der Massen kennen, da sie ihr Urteil nur aus der Begeisterung in den großen Versammlungen herleiteten. Er bedauerte die Entscheidung in der Kaiserfeierfrage, die ihm nicht weit genug geht. Die Arbeiterschaft sei reich genug, sich den 1. Mai zu erkämpfen. Dr. Herz findet, daß die Entscheidung in der Adels-Angelegenheit nicht den geringsten Rechtsbegriff entspricht. Wenn die Massenstreikbehalte auch nichts Neues gebracht habe, so sei sie doch sehr zu begrüßen, weil in ihr die fortschreitende Kampfstimmung, Aufrüstung und Aktionsfähigkeit der Massen zum Ausdruck komme. Die Debatten würden sich deshalb auch noch wiederholen. Frölich meint, daß seit 1905 in der Massenstreikfrage in der allgemeinen Auffassung der Fortschritt gemacht sei, daß man im Massenstreik nicht nur eine Verteidigungswaffe, sondern auch eine Angriffswaffe sieht. Leider habe der Parteitag dies nicht auch in der Resolution ausgesprochen. Die Richtung Luxemburg wüßte mit Recht, daß die Parteipolitik statt im Zeichen der Dämpfung in dem der Massenaaktionen liege. Man habe keine Ursache mehr, über die der Luxemburgern mit einer verächtlichen Handbewegung hinwegzumachen. Gegen die Entscheidung im Fall Adels wendet er sich mit großer Schärfe. Thomas überläßt die Richtungsfrage den Leuten, die an theoretischem Spintisieren Gefallen finden. Wenn in Soden Adels ein Fehler vorliege, so treffe die Schuld die Bescheidungskommission und nicht den Parteitag. Er selbst habe auch dagegen gestimmt, daß dem Beschluß rückwirkende Kraft gegeben wurde. Pieper bedauert, daß Adels nicht vor ein deutsches Parteigericht gestellt wurde. Er begrüßt die Debatten über die Bildungsarbeit unter den Genossen von 18 bis 21 Jahren. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Der Sozialdemokratische Verein für Kiel hielt am letzten Donnerstag vier Versammlungen ab, die sich mit den Verhandlungen des Parteitages in Jena beschäftigten. Die Delegierten sprachen sich sämtlich sehr befriedigt über die Verhandlungen des Parteitages aus. Nur in der Frage des Massenstreiks war der Delegierte Frölich anderer Meinung als seine Kollegen. Er habe für die Resolution Luxemburg gestimmt, weil ihm die Resolution des Parteivorstandes nicht weitgehend genug war. Zwei Redner kritisierten in der Debatte scharf, daß durch Unachtsamkeit sozialdemokratischer Kommissionsmitglieder im Reichstagswahlkreis keine Bestimmungen ins Stempelsteuergesetz hineingekommen seien. Ein Redner bedauerte, daß auf dem Parteitag nicht genügend zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die Stagnation in der Parteiorganisation mit auf die sich herabziehende Anteilnahme an der persönlichen Parteiarbeit zurückzuführen sei. Alles Reden über Abneigung der Gewerkschaftsführer gegen die Arbeiterschaft am 1. Mai und gegen Massenstreikdiskussionen nütze gar nichts, hier helfe nur die Erziehungsarbeit der in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Parteigenossen, die jede Gelegenheit wahrzunehmen müßten, die Gewerkschaftsmitglieder mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Die Beschneidung der Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai nur auf die Beamten der Partei und Gewerkschaften wurde allgemein bedauert. Mehrere Redner sprachen sich auch dagegen aus, daß der durch den Fall Adels hervorgerufene Beschluß rückwirkende Kraft erhalten hat. Ein Antrag, der einen Protest erhebt gegen die Ausführungen des Genossen Pauers von der Generalkommission in der Massenstreikdebatte des Parteitages über den Verstoß der Gewerkschaften, weil diese Ausführungen Unwahrheiten enthalten sollten, wurde abgelehnt.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Tollwutfall.

Der Kellner Bader in Hohen-Neuendorf bemerkte vor einigen Tagen, daß sein Hund ein verändertes Wesen zur Schau trug und benachrichtigte, da alle Symptome auf Tollwut hingenweisen schienen, die Polizei. Der Hund wurde getötet und der Kopf des Tieres nach Berlin ins Institut für Infektionskrankheiten geschickt. In der Waisenschule stellte man fest, daß tatsächlich Tollwut vorlag. Es wurden deshalb sofort entsprechende Berichte an den Landrat des Kreises Niederbarnim und an den Regierungspräsidenten in Potsdam geschickt, die nun die weiteren Maßnahmen treffen werden. Bemerkenswert sei noch, daß der Hund einen Maulkorb getragen hatte und weder Mensch noch Tier von dem Hunde gebissen worden sind.

Reichstagsersatzwahl in Baden.

Karlsruhe, 7. Oktober. (B. Z. B.) Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis bei der heutigen Reichstagsersatzwahl für den 13. badischen Reichstagswahlkreis erhielt Reuhaus (Zentrum) 18.298, Unser (liberaler Block) 3873 und Müller (Sozialdemokrat) 4560 Stimmen. Reuhaus ist somit gewählt.

Japan erkennt die chinesische Republik an.

Peking, 7. Oktober. (Meldung des Meinerischen Bureaus.) Japan hat die chinesische Republik eine Viertelstunde nach der Wahl Huanshikais anerkannt.

Vergarbeiterstreik in Böhmen.

Prag, 7. Oktober. (B. Z. B.) In Rummerpüsch sind auf dem zum Brucker Kohlenbergwerk gehörigen Schacht „Venus-Tiefbau“ von siebenhundert Arbeitern neunzig Prozent wegen Lohn-differenzen in den Ausstand getreten.

Frank Talenti dementiert.

London, 7. Oktober. (B. Z. B.) Der Londoner Vertreter des Reichs Rat erklärt, daß die frühere Kronprinzeßin von Sachsen ihn erucht hat, festzustellen, daß sie nicht eine einzige Zeile der Operette „La Principessa Bizzarra“ geschrieben habe. Der Text dieser Operette sei von Paolo Nani aus Mailand verfaßt. Es habe der Prinzessin den größten Verdruß bereitet, daß ihr Name mit diesem Ergebnis verknüpft worden sei.

Modernste ULSTER 1913 1914

Erzeugnisse unserer einzig in ihrer Art dastehenden
Kleiderwerke, welche die größten Deutschlands sind

Ulster Nr. 3. Dunkel und hell gemusterte Cheviots mit gestreifter Abselze.	M. 24	Ulster Nr. 10. „Spezial-Marke B. S.“ in Flausch und Cheviot, ganz besond. schöne Ausmuster.	M. 50
Ulster Nr. 4. Fein gemusterte Cheviots in den neuesten Farbestellungen ...	M. 27	Ulster Nr. 12. „Echt englische Cheviots“ mit bunten Effekten	M. 60
Ulster Nr. 5. Grau, Oliv und braune Phantasiestoffe, sehr schick	M. 30	Ulster Nr. 13. Karleie oder gestreife Cheviots od. Flauschstoffe, vornehme Ausstattung	M. 70
Ulster Nr. 7. Flauschstoffe in 18 neuesten Farbestell. ganz besonders empfehl.	M. 36	Ulster Nr. 15. „Schottischer Cheviot“ in vielen Mustern und Farben	M. 80
Ulster Nr. 8. Dunkelgrau matterer Cheviot mit feinen farbigen Streifen	M. 40	Ulster Nr. 16. „Echt englischer Cheviot“, neueste Farben, extra feine Ausstattung	M. 90



BaerSohn

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- u. Knabenkleidung
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Str. 20 gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Winter-Joppen
warm gefüttert, in ver-
schiedenen Formen von **7.50** an
Pelz-Joppen
in vielen Fellarten
**Knaben- u. Jünglings-
Joppen** in großer Auswahl

Sonntag nur v. 12-2 geöffnet!

Sonntag nur v. 12-2 geöffnet!

Der soeben erschienene Hauptkatalog Nr. 48 (Herbst- und Winter-Moden 1913-14) kostenfrei.

Ziehung schon 21. Oktbr.

**Bodensee-
Flug-
Lotterie**

3669 Gewinne im Werte von Mark

60000

20000

10000

Los 1 M. 11 Lose aus ver-
schied. Tausd. 10 M.

Porto und Liste 30 Pf. extra.

H. C. Kröger

BERLIN W 8, Friedrichstr. 193a

Erhältlich auch in allen durch
Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

**Land-
und
Bauparzellen**

für Vormünder schon mit
100 Mark Anzahlung,
keine jährliche Teilzahlung, im
weithinigen Vorort, direkt am
Bahnhof. Guter Boden, größte
Wertsteigerung zu er-
warten. Bevor Sie ander-
weitig beschäftigen, prüfen Sie
dieses Angebot, da streng reell.
Schreiben Sie sofort an
M. Buchholz, Berlin,
Amprobstr. 19, Pläne, Prospekte,
Auskunft kostenlos.

Kostüme, modern
Ulster, äußerst schick
Plüschmäntel, elegant
Kinder-Paletots
Blusen und Röcke
direkt aus Arbeitsstuben
billigst

Meyer,

Blücherstr. 13, I. Etage.

Sonntags geöffnet.

Kein Laden.

Parteilmitgl. erhalten 5%, Ermäßigung

Achtung! Zimmerer.

Der Kassierer der Zentralfranken-
kasse der Zimmerer, Weg. 4,
Karl Gutheill, wohnt jetzt
Alt-Moabit 125, parterre.
253/5* Der Vorstand.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Zeile
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Städt. Bänke.)

JOSETTI
cigaretten
KOM-
LINON
Juno 2 Pfg

Persil

das selbsttätige
Waschmittel

Nicht selbst waschen!
Das besorgt viel schneller, besser und billiger
Persil. — Nur einmaliges etwa viertelstündiges
Kochen und die schmutzigste Wäsche ist
im Nu blendendweiss
frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.
Überall erhältlich, nie loss, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Nuch Fabrikanten der allbeliebten
Henkel's Bleich - Soda

Ich soll doch noch etwas mitbringen?

Rauer's Mischungen

Marke Gelb: pro Pfund m. 1.00
Ja, das war's!

Bitte probieren Sie:
Rauer's feinste Mischung
pro Pfund 1,10 Mark.
Rauer's Marke weiß
pro Pfund 80 Pfennig.

Kaffee-Rösterei Rauer & Co.
Spezialgeschäft mit Kaffeemischungen, bestehend
aus Bohnenkaffee mit bewähr. Kaffeezusatzstoffen
Nur C 54, Neue Schönhauser Str. 3.
Wir bitten, auf die Hausnummer achten zu wollen,
da wir weder Filialen noch Niederlagen unterhalten.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten
vom
Riesengebirge, Harz,
Sächsische Schweiz,
Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.

Möbel auf Kredit

Komplette **Wohnungseinrichtungen**
Farbige Küchen und Polsterwaren
Einzelne Möbelstücke
Anzahlung schon
von 5 Mark an.
F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23,
erste Etage.

Inserat mitbringen! Wert 5 M.

Siems Kraftfleisch

alleiniger Fabrikant **J. G. Siems,**
Hoflieferant,
Apen i. Oldbg.

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert frischem Rindfleisch. Zu haben in sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beedigter Gerichts-
Chemiker, enthält
„Siems Kraftfleisch“
alle natürlichen Bestandteile
des rohen Fleisches, überragt
letzteres an Nährwert und ist
leicht u. fast restlos verdaulich!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Wautschler Tarif und die heutige Konjunktur.

Seit 1907 ist noch keine richtige Konjunktur für die Wautschler gewesen. So sind von 352 Betrieben in Groß-Berlin allein 81 eingegangen, des weiteren sind ca. 25 Prozent der Wautschler arbeitslos. Diese schlechte Situation suchen nun die Unternehmer noch weidlich anzumalen. So werden Submissionsarbeiten, besonders solche, die in der heutigen Krisenzeit zum Teil als Notstandsarbeiten vergeben werden, nicht nur schlecht bezahlt, sondern auch von hiesigen Unternehmern weiter nach auswärts gegeben. Wie unter dem Tarif gearbeitet wird, beweist folgendes: Die Firma Hedke bezahlte bei einer Gemeinbearbeitung für je ein neunfüßiges Fenster 8,85 M. weniger, als im Tarif vorgegeben. Bei der Firma Kabe zahlte man statt 26 M. nur 10 M., statt 28,55 M. nur 14 M., statt 21 M. nur 9 M., statt 18 M. nur 10 M. usw. Auch streben die Unternehmer an, jetzt in Lohn arbeiten zu lassen, weil sie dadurch in der Lage sind, die Löhne noch mehr zu drücken. Zum Teil tragen die Kommunen die Schuld an den schlechten Verhältnissen. So lief man, daß bei den verschiedensten Ausschreibungen der höchste Anschlag 177 602 M., der Zuschlag 93 448 M. (Irrenanstalt Goerden), der höchste Anschlag 9356, der Zuschlag 9322 M. (Trepotow), der höchste Anschlag 55 723 M., der Zuschlag 24 300 M. (Schöneberger Rathaus) beträgt. In Charlottenburg wurde eine „Notstandsarbeit“ (Rathausanbau), da die höchste Forderung 52 575 M. betrug, prompt nach Treuenbriegen und Velten vergeben, da hierbei vermeintlich 32 200 M. „erspart“ werden. Vorher hatte der Magistrat der Stadt Charlottenburg hoch und heilig versprochen, derartige Sachen von hiesigen Firmen ausführen zu lassen. Daß bei solchen Preisen solide Arbeit nicht geliefert wird, daß die Löhne gedrückt werden, ist wohl ganz klar. Es sollen, wie der Referent Reich in einer Grandenversammlung der Wautschler ausübte, in Neudönn Schulturnen usw. geliefert worden sein, die ein Weibmann nicht abgenommen hätte. Da wäre nun die Frage aufzuwerfen, was ist dagegen zu tun, wie kann weiter der Arbeitslosigkeit gesteuert werden? Einmal müssen, so führte Reich aus, in den Kommunen die Arbeitervertreter noch mehr als bisher darauf dringen, daß vor allen Dingen tariffreie und hiesige Firmen die Aufträge erhalten. Zum anderen dürfte es aber unter keinen Umständen mehr geschehen, daß Verbandsmitglieder pro Tag 2 1/2 Ueberstunden machen. Das ist höchst verwerflich. Weiterhin müssen auch die Schritte gegen Unternehmerergreifungen mit mehr Bedacht angefaßt werden, als wie es vor einiger Zeit geschehen ist.

Der Streik der Glasarbeiter beendet.

In einer am gestrigen Tage abgehaltenen Versammlung der Streikenden erstattete Gribig Bericht. Das Ergebnis der neuerlich gepflogenen Verhandlungen ist wie folgt: Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1914 um eine Stunde und im folgenden Jahre um eine weitere Stunde, innerhalb drei Jahren also um zwei Stunden vergrößert und auf 51 Stunden herabgesetzt.

Der Arbeitslohn wird am 1. Oktober 1918 um 1 Pf., und in jedem der beiden nächsten Jahre um je 2 Pf., innerhalb der dreijährigen Vertragsdauer demnach insgesamt um fünf Pfennige erhöht.

Die Kommission der Unternehmer hatte erklärt, daß sie die Zustimmung ihrer Kollegen zu diesen Vorschlägen nicht habe, daß sie aber dieser Zustimmung gewillig sei. Die Arbeitsaufnahmen habe am heutigen Mittwoch, nachmittags um 1 Uhr, zu erfolgen, widrigenfalls die Unternehmer sich nicht mehr an die Abmachungen gebunden sehen.

Nach längerer Debatte, in der eine Anzahl Redner die Vorschläge scharf bekämpften, wurden dieselben mit 159 gegen 49 Stimmen angenommen. 7 Stimmen waren unglücklich. Der Streik ist damit beendet.

Der Zentralverband der Glasarbeiter sendet uns folgende Erklärung: Der Kollege Adamczyk erklärt, daß er betreffs der Arbeit, welche die Glaser angefertigt haben sollen, falsch unterrichtet worden sei. Die Arbeit, welche angefertigt worden, sei auch früher gemacht worden; es handelt sich um Begnehen des Grades an gebogenen Scheiben.

Deutsches Reich.

Achtung, Wäslenarbeiter! In den Wäslenwerken A. Gramberg, Mastenberg, haben die Arbeiter infolge Entlassung der Lohnkommission, welche über die eingereichten Forderungen mit der Firma verhandelte und zu keiner Einigung kam, die Arbeit niedergelegt.

Kleines feuilleton.

„Dienstlich“. In Diedenhausen hat ein Leutnant einen Fähnrich erschossen. Bei einer nächtlichen Sauseier: der Leutnant erklärte schlafend, er wolle sich nunmehr das Leben nehmen. Nun, das sagt man schon so des Nachts um halber zwölf. Aber dem da schien es ernst zu sein, denn er zog einen Revolver und suchte damit herum. Der Fähnrich, der das Unheil kommen sah, nahm seinem betrunkenen Vorgesetzten das Schießgewehr weg. Darauf wurde der nächste und besaß wiederholt dem Fähnrich dienstlich, ihm den Revolver zurückzugeben. Was dieser auch tat, — der Leutnant holte sich von seinem Wutigen Patronen und schoß den Fähnrich tot. Es wird Sache der Gerichte sein, sich mit diesem Tatbestand näher zu befassen. Wir haben uns bloß mit dem Wort „dienstlich“ zu beschäftigen. Es steht immer in diesen Verichten, die wir zur Genüge kennen. Wenn ein Offizier eine Weibergeschichte hat, einen Zusammenstoß mit Vorgesetzten aus privaten Gründen, — immer wird die Sache irgendwo dienstlich. Wie dahin stand man sich als Rittmeister und Gegner gegenüber. — Wenn man aber nicht mehr weiter kann, beschließt man „dienstlich“. Praktisch: die Kommandogewalt gilt immer. Das ist eine gefährliche Waffe in Händen von Leuten, die noch nicht weit genug sind, um zwischen Privatverhältnissen und dem Dienst zu unterscheiden. Im Gegenteil: nichts um zwei, wenn man nicht mehr gerade stehen kann, hört die Gemütslichkeit, aber auch der Dienst auf.

Das Wort imponiert. Niemand nimmt mehr Anstoß daran, wenn so ein junger Leutnant nachher im Gerichtssaal erklärt: „Ich befehl dem Angeklagten dienstlich“. Und wenn man näher hinsieht, sehen sie alle zusammen beim Teu und waren alle zusammen heillos betrunken. Das ist eine Farce, die abgetan werden muß. Sie bilden einen Staat im Staate — denn wenn jemand bei einer Kauferei sich auf den Postamenten ausstreckt, wird er ausgelacht. Hier siegt der andere in den Kassen, wenn er nicht noch im Rinnstein mit den Händen an der Hosenkante salutiert: „Zu Befehl, Herr Leutnant!“ — Der Dienst gehört in die Kaserne. Beim Sekt hat er nichts zu suchen.

Die Zahnpflege im Heere. Die Zahnpflege genießt heute im allgemeinen noch nicht die Würdigung, die sie verdient. Erst in letzter Zeit hat man damit begonnen, sich die eminenteste Wichtigkeit des normalen, sowie die Folgen des defekten Gebisses für den Organismus vor Augen zu führen. Auch Staat und Gemeinde nehmen sich seit einigen Jahren dieses Zweiges der Volkshygiene an. In letzter Zeit haben Militärärzte Untersuchungen über die Beschaffenheit der Zähne von Soldaten vorgenommen. Es wurde nach einem Bericht vom Militärarzt Dr. Müller in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ festgestellt, daß nur circa 6 Prozent der Untersuchten normale, d. h. nicht kariöse Zähne besitzen. Es wurde dabei nicht berücksichtigt, ob das Gebiß lückenlos war oder ob schon Zähne fehlten. Im Durchschnitt hatte jeder deutsche

gelegt. Da die Firma versucht, von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen, so ist Zugang nach Rastenburg streng fernzuhalten.

Verband der Brauerei- und Mälzenarbeiter und verwandten Berufsgruppen. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Sie wollen keine guten Katholiken sein.

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, und mit ihm ein ganzer Kranz von christlichen Gewerkschaftsführern hat gegen einige Parteiblätter Beleidigungsklage erhoben. Grund: Diese Blätter haben im Anschluß an einen Artikel des römischen Korrespondenten der „Wartburg“ behauptet, die katholischen Gewerkschaftsführer (Giesberts, Stegerwald, Imbusch usw.) hätten sich in bezug auf die Gewerkschaftsfrage im Geheimen durch bindende Erklärungen ihren katholischen Kirchenoberen unterworfen. Nur in der Öffentlichkeit spielten sie die Unabhängigkeit weiter.

Ueber diese eigenartige Beleidigungsklage spotteten die katholischen „Petrus-Blätter“ (Nummer vom 1. Oktober) so:

„Es ist nicht schon mit der Interkonfessionalität herzlich weit gekommen, wenn Katholiken es als eine Beleidigung oder gar Verleumdung auffassen, daß sie ihrer Gehorsamspflicht gegen die ihnen von Gott gegebene geistliche Obrigkeit nachkommen wollen, so daß sie deswegen sogar gerichtliche Klage erheben? In diesem Beispiele erblickt man, wie gut der Heilige Vater über die Vorgänge in den katholischen deutschen Arbeiterkreisen und über das Ziel und Ende der Kölner M.-Gladbacher Richtung unterrichtet war, als er das Rundschreiben „Singulari“ erließ. Buerst: Indifferentismus, dann Auffestigkeit gegen die geistliche Obrigkeit usw. usw.“

In tatsächlich wehren sich die Stegerwald und Genossen dagegen, treue Söhne ihrer Kirche zu sein.

Ausland.

Allgemeiner Straßenbahnerstreik in Moskau!

Am 2. d. M. traten die Arbeiter und Angestellten der städtischen elektrischen Straßenbahnen in Moskau — über 7000 an der Zahl — in den Ausstand. Es streikten die Arbeiter der elektrischen Kraftstation, die Wagenführer, die Schaffner, die Weichensteller und die Remontearbeiter. Da die Kraftstation auch die städtischen Einrichtungen und große Teile der Stadt mit Licht versorgt, sind ganze Stadtteile in Dunkelheit gehüllt. Da gleichzeitig auch über tausend Wäcker in einen wirtschaftlichen Streik getreten sind, und Gerächte unlaufen, daß die städtischen Wasserleitungen und Gasarbeiter in den Ausstand treten wollen, gibt die Polizei den Einwohnern den Rat, sich mit Wasser und Brot für drei Tage zu versorgen. Das ganze Leben der Millionenstadt ist plötzlich aus seinem gewohnten Gleise gehoben. Der Verkehr, der Handel, stoch, die abenteuerlichsten Gerächte schwirren durch die Stadt, zumal die Polizei droht, mit bewaffneter Macht gegen die Streikenden vorzugehen.

Keufest bezeichnend für die Barbarei der russischen Rechtszustände ist die Entziehungsgeschichte des Moskauer Straßenbahnerstreiks. Schon seit Wochen gärt es unter den Angestellten der Straßenbahnen in vielen russischen Städten, die in Anbetracht der von ihnen geforderten erhöhten Arbeitsleistungen und der zunehmenden Lebensmittelerhöhung um eine Aufbesserung ihrer Arbeitsbedingungen bedacht sind. In einigen Städten ist es bereits zu Ausständen gekommen. In Tiflis, wo die Straßenbahner 17 Tage streikten, hat der Kampf mit einem glänzenden Sieg der Angestellten geendet. Ueber die Bewegung unter den Moskauer Straßenbahnern, die bei einem 10—12stündigen Arbeitstag einen Lohn von 30—35 Rubel monatlich beziehen, war die Stadtverwaltung ausgesprochen unterrichtet. Die liberalen Herren in der Stadtverwaltung rührten aber keinen Finger, um ihren Arbeitern entgegenzukommen. Die Delegierten der Arbeiter erschienen endlich selbst bei dem Deputierten der städtischen Straßenbahnen Ingenieur Poljanow, der ihnen empfahl, ihre Forderungen in einer gemeinsamen Petition der Stadtverwaltung zu unterbreiten. 25 Delegierte versammelten sich daraufhin in einer Privatwohnung, um die Petition auszuarbeiten. Aber die Polizei machte! Sie umzingelte das Haus, verhaftete die Delegierten und übergab sie als schwere „Staatsverbrecher“ der hochwohlgeblichen Gendarmereipolizei. Auf die Nachricht von diesem Gewaltakt legten die Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn wie ein Mann die Arbeit nieder und stellten neben einer Reihe wirtschaftlicher Forderungen in erster Linie die Forderung der Freilassung ihrer Delegierten auf.

Nun möchten die liberalen Stadtväter, die durch ihre verbrecherische Kurzsichtigkeit den Streik heraufbeschworen haben, gerne zu einer Verhandlung mit den Arbeitern kommen, zumal sie die Berechtigung ihrer Forderungen anerkennen. Dem steht aber die Ver-

haftung der Delegierten im Wege. Das stellvertretende Stadthaupt Brjansk veruchte zwar, die Schuld an den Vorgängen den Arbeitern selbst zuzuschreiben und sie in hochfahrendem Tone zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Aber sein Auftrat hatte nur den Erfolg, daß der Streik sich noch mehr ausbreitete. Nun versuchten es die Stadtväter mit Interventionen bei der Polizei. Diese erklärt aber auf das veripetete Lamento der Liberalen lähl, die „Sache“ sei der politischen Polizei übergeben. Und ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, dazu haben die Liberalen nicht die nötige Energie.

Siebenter österreichischer Gewerkschafts-Kongreß.

Wien, 7. Oktober 1913.

Telegraphischer Bericht.

Die zentralistischen Tschechen gaben durch Genossen Viktor Zicin folgende Erklärung ab:

„Durch die Verkrümmung auch der letzten Gewerkschaftsorganisation (Eisenbahner) hat der Separatismus sein verheerendes Werk vollendet; durch seinen unheiligen Kampf gegen die einheitsliche Gewerkschaftsorganisation hat er die ganze Gewerkschaftsbewegung ungemein geschwächt, das Vertrauen der Arbeiter in die Organisation sehr erschüttert; und dadurch den Kapitalismus gestärkt. Langsam, aber sicher regt sich nun auch in den Reihen der zum Separatismus haltenden Arbeiter die Ernüchterung und es leuchtet die Erkenntnis wieder, daß die internationale Organisation der wirtschaftlichen Kämpfe gegen den Kapitalismus eine unabwendbare Notwendigkeit ist. Deshalb ist auch der Kampf gegen den Separatismus ein Kampf für die gesamte gewerkschaftliche Internationale.“

Darauf wird der Gewerkschaftskommission einstimmig die Entlastung erteilt.

Auf Antrag Huegers beschließt der Kongreß einstimmig eine Resolution gegen den neuerlichen Anschlag der Regierung auf die Krankenlaffen. Die Krankenlaffen der Provinz haben sich nämlich dem Verband angeschlossen, den die Wiener Krankenlaffen gebildet haben, um gemeinsam die Krankenkontrolle zu besorgen und das Verhältnis mit den Ärzten zu regeln. Die Ärzte, die ebenso wie in Deutschland seit langem im Kampf gegen die Krankenlaffen stehen, glauben, daß durch diesen Anschlag der Provinzkrankenlaffen an die Wiener ihre Rechte beeinträchtigt werden und sie haben alles unternommen, um diesen Anschlag zunächst zu machen. Derselbe Regierung, die den Anschlag zuerst bewilligt hatte, hat ihn nachträglich als gescheitert erklärt und damit den Wiener Krankenverband um große Aufwendungen, die er für die Provinzkrankenlaffen gemacht hat, geschädigt. Das Vorgehen der Regierung richtet sich in seinen Wirkungen aber auch gegen die Wohnungsfürsorge für die Arbeiter, die von dem Wiener Krankenlaffenverband in großzügiger Weise und mit einem Kapital von 10 Millionen Kronen in Angriff genommen wurde. Gegen dieses Vorgehen also erhebt der Gewerkschaftskongreß scharfsten Protest.

Es folgte das Referat des Genossen Grünwald von der Gewerkschaftskommission über die

Jugendorganisation.

Er bespricht die Jugendabteilung in den Gewerkschaften und erklärt, daß diese den Bedürfnissen der Jugend nicht genügen können, weil die Jugend noch andere Anregungen suche, als sie ihnen dort geboten werden können. Die Jugendabteilungen der Gewerkschaften stellen also noch nicht die letzte Form der Jugendorganisation dar und das Auftreten und Gedeihen der freien Jugendorganisation in Deutschland und des Verbandes jugendlicher Arbeiter Oesterreichs beweisen, daß in der Arbeiterjugend ein starkes Bedürfnis nach solchen speziellen Organisationen besteht.

Es wurde darauf eine Resolution angenommen, die zum Kampf gegen die bürgerliche Jugendverführung durch konsequente Aufklärung und Erziehung der arbeitenden Jugend im proletarischen Sinne auffordert. Da aber den Gewerkschaften Oesterreichs bis jetzt noch Zeit und Kräfte mangeln, um diese Aufklärungsarbeit mit Erfolg vornehmend und zweckentsprechender Art in eigenen Mitwirkungsbereichen planmäßig durchführen zu können, empfiehlt der Kongreß den gewerkschaftlichen Organisationen, die heranwachsende Arbeiterjugend auf den Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs zu verweisen, ferner die sachliche Ausbildung der Lehrlinge zu überwachen und durch unentgeltliche Verteilung fachtechnischer Zeitschriften, unentgeltliche Zulassung zu eventuellen Unterrichten und Ausstellungen usw. zu fördern. Den heranwachsenden Arbeitern soll die Zugehörigkeit zum Verband jugendlicher Arbeiter

obachtet haben. Der muß gesehen und verstanden haben. Begreifen, wie nach all dem Jam, dem Verrger, den häußlichen Schlächten doch wieder alle an der stillstehenden geschäftlichen Hochzeitsstapel zusammenhoden, taosten, Gebächte aufgaben und der Welt — in diesem Falle den Kellnern — ein trauliches Bild deutschen Familienlebens vor Augen führen.

Die ersten zwei Akte haben die Kellner nicht gesehen. Aber wir. Und wenn wir nun wieder von dem traulichen Familienleben lesen, dann wollen wir uns an diese zwei und an den letzten Akt gern erinnern.

Notizen.

— Robert-Roch-Institut. An Stelle Professor Gaffky, der die Leitung des Instituts für Infektionskrankheiten niedergelegt hat, wurde der Greifswalder Professor Dr. Loeffler beurlaubt, der als Entdecker des Diphtheriebazillus bekannt geworden ist.

— Wagner-Vorträge. Im Schilleraal des Charlottenburger Schiller-Theaters finden von Montag, den 8. Oktober, ab abends 8 1/2—10 Uhr einführende Vorträge und musikalische Erläuterungen des Kapellmeisters Willi Starb über Richard Wagners „Der Ring des Nibelungen“ statt.

— Der Schluß der Internationalen Wauschaftsausstellung. Die Leitung der Internationalen Wauschaftsausstellung Leipzig 1913 hat den Schluß der Ausstellung auf den 31. Oktober festgesetzt.

— Ein Seminar für Genossenschaftswesen. Die Regierung des Kantons Zürich hat nach der „Frankf. Zig.“ zum Beginn des Sommersemesters 1914 an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität ein Seminar für Genossenschaftswesen zu errichten beschloßen.

— Das verbannte Zarenkindmal. Zarenkinds Denkmal Alexanders III., das in Petersburg steht, soll, weil es einigen hochstehenden Herrschaften nicht gefällt, nach Wladivostok abgehoben werden. Es fehlt dem Werke nämlich die übliche Heidenpose. Dem Denkmal des anstaltlotternden Heros der Vertheidigung auf administrativen Wege wird es in sibirischen Osten sicherlich nicht an Wirkung fehlen.

— Der neue Komet, der zuerst von einem argentinischen Sternwarte beobachtet wurde, hat sich als identisch mit dem Kometen Wepfhal erwiesen, der eine Umlaufzeit von etwa 61 Jahren um die Sonne hat. Der Komet hat an Heiligkeit inzwischen zugenommen, so daß er bereits in einem Feldstecher zu sehen ist. Der Komet steht zurzeit zwischen den Sternbildern „Wassermann“ und „Pegasus“.

— Ein drahtloses Telegramm über 40 300 Kilometer. Das Braßler Institut für drahtlose Telegraphie unternahm am Dienstag Veruche, mit einem Stunden in Wien (Hinterindien) zu sprechen. Die Entfernung dorthin beträgt 40 300 Kilometer. Es ist das erste Mal, daß ein drahtloses Telegramm auf eine so große Entfernung übermittelte wurde.

Soldat fünf bis acht mangelhafte Zähne, die entweder gezogen oder gefüllt werden mußten. Diese Tatsache ist um so betrübender, wenn man bedenkt, daß der Gesundheitszustand der Mannschaft den des Volkes weit übertrifft. Der Militäroberarzt Dr. Richter teilte die Mannschaften, je nach ihren Zahn- und Mundverhältnissen in drei Gruppen. Er fand, daß die dritte Gruppe mit vollkommen verfallenen Gebissen die geringste Zunahme des Körpergewichts aufwies, nämlich nur um 0,89 Kilogramm vom Diensttritt bis zur Entlassung.

In Würzburg ist zwischen der Garnisonverwaltung und der Unberühmtheit seit dem 1. Januar 1912 ein Vertrag abgeschlossen worden, durch den sämtliche Mannschaften unentgeltliche Zahnbehandlung erhielten. Im ersten Jahre der Durchführung der Einrichtung wurde die Klinik von rund 3000 Soldaten aufgesucht. In München, Nürnberg, Landau sind Militärstationen eingeführt worden. In den meisten Garnisonen aber, namentlich in Preußen, ist noch nichts geschehen. Dr. Müller fordert, daß in jedem Garnisonlazarett eine Zahnstation errichtet wird. Jedem Armeekorps sei eine technische Station anzugliedern, die den zu ihr beordneten Soldaten künstliche Gebisse anfertigt. Solange noch nicht genügend aktive Militärzahnärzte vorhanden sind, die heute noch eine Seltenheit bilden, ist die Leitung der Militärstationen Zivilzahnärzten zu übertragen, die ein bestimmtes Gehalt beziehen.

Theater.

Herrnfeldtheater: „Eine feine Familie“. Im Herrnfeldtheater haben sie jetzt eine neue Posse einstudiert. Aber nicht wieder so eine, wie sie hier schon Tradition geworden war, mit dem obligaten Ehebruch und der Angst der schlotternden Ehemänner und so. Diesmal ist es den beiden ausgezeichneten Brüdern gelungen, ein Symbol darzustellen, ein Symbol der bürgerlichen (speziell jüdischen) Familie.

Sie zeigen, was selten gezeigt wurde: wie diesen Leuten das Zusammengehörigkeitsgefühl in Fleisch und Blut sitzt, wie sie beieinanderboden und sich hassen, aber sie lassen sich nicht, sie lassen sich nicht. Sie wollen alle zusammen verhindern, daß Unkel Leiwald, von dem sie erben werden, wenn er Gottlob! tot sein wird, heiratet. Er soll nicht heiraten! Wozu soll er heiraten? — Und sie grübeln und denken und spintisieren, wie sie ihn daran hindern können.

Nun, es gelang ihnen nicht. Aber anlässlich dieser Intrigen, dieser heimlichen Rabalen enthielt sich uns die ganze Gesellschaft in ihres Lebens Wäienblüte. Zieht man die sawanmäßigen Situationen, die Wige, den Geist der Ueberlieferung ab, dann ist die Bühne ein Spiegel des Parletts.

Aber das wollen wohl die Leute nicht so sehen. Sie meinen, der Spiegel sei ein Bild. Und belachen die Ueberlieferungen, die Wige, den Schwan.

Ohne daß die Herrfeldts Partei genommen hätten — hier ist mehr. Der das Bild gemacht hat, der muß sehr viel und gut be-

Oesterreich auch materiell erleichtert werden, indem den Mitgliedern dieses Verbandes beim Uebertritt zur Gewerkschaft gewisse Vergünstigungen bezüglich der Prüfen für die Bezugsberechtigung eingeräumt werden. Mit allem Nachdruck erklärt jedoch der Kongress, daß die Mitgliedschaft beim Verband der jugendlichen Arbeiter nicht an die Stelle der Mitgliedschaft bei der zuständigen Gewerkschaft, die für jeden seiner Klassenlage bewußten erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter Pflicht ist, treten darf. Vom Verband der jugendlichen Arbeiter wird erwartet, daß er seine Mitglieder verpflichte, nach Erreichung des 18. Lebensjahres beim nach Beendigung der Lehrzeit auch ihrer zuständigen Gewerkschaft beizutreten.

Ueber die

Tätigkeit des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes

referierte Abg. Müller-Wien (Eisenbahner): Der Arbeitsbeitrag, der dem Arbeitsstatistischen Amt angegliedert ist, besteht aus 48 Mitgliedern, und zwar 12 Arbeitern, 12 Unternehmern, 12 höheren Wissenschaftlern und 12 Staatsbeamten. Wir können also seine Tätigkeit immer kontrollieren und er hat auch so manchen wertvolle sozialpolitische Gutachten abgegeben; aber die Regierung legt den Arbeiten dieses von ihr selbst ins Leben gerufenen Rates infolge des zunehmenden Einflusses der Schatzkammer immer geringeren Wert bei. Sie läßt seine Gutachten im Papierkorb ruhen und gibt ihnen bei ihrer Mitarbeit an der Gesetzgebung oder bei ihrer Tätigkeit auf dem Verordnungswege keine Folge. Dazu kommt noch, daß die Regierung ihre Vorlagen jetzt nicht nur der Begutachtung des Arbeitsrates, sondern auch zwei anderen Räten unterbreitet, nämlich dem von Arbeitervertretern völlig freien Industrierrat und dem ebenso beschaffenen Gewerbe- und Arbeitsstatistischer Rat. Das Arbeitsstatistische Amt gibt auch die „Soziale Rundschau“ heraus, die zu einem billigen Preis eine Uebersicht über die Sozialpolitik in der ganzen Welt gibt. Die „Soziale Rundschau“ soll aber bedeutend eingeschränkt werden, weil man in dem Staat der ungeheuerlichsten Kämpfungen, für die man jetzt eben wieder eine Milliarde auszugeben beabsichtigt, für Sozialpolitik kein Geld hat.

Nach einigen Bemerkungen des Genossen Dr. Viktor Adler über die Nützlichkeit der österreichischen Sozialpolitik beschloß der Kongress einen scharfen Protest gegen diesen schmachvollen Zustand und forderte die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, zu geeigneter Zeit im Parlament die nötigen Schritte einzuleiten, damit in den Staatsvoranschlag die für eine geordnete Tätigkeit des Arbeitsstatistischen Amtes nötigen Mittel eingestellt werden.

Die gesetzliche Regelung der Heimarbeiter

war der nächste Gegenstand der Tagesordnung. Abg. Smitta-Wien, der Obmann des Schneiderverbandes, legte als Referent die Gesetze der Heimarbeiter in Oesterreich dar. In anderen Ländern, in Deutschland, Frankreich, besonders aber in Australien und England hat man Heimarbeitsgesetze geschaffen oder wenigstens umfangreiche Vorarbeiten dafür geleistet. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Arbeitsrates haben auch einen vollständigen Entwurf ausgearbeitet und der Arbeitsrat hat auch sonst mancherlei Material zu einem Gesetz über die Heimarbeiter geliefert, die Regierung will aber den Gesetzentwurf nicht vorlegen.

In der hierauf einstimmig angenommenen Resolution werden als Grundzüge für ein wirksames Heimarbeitsgesetz gefordert:

- Festsetzung rechtsverbindlicher Minimallöhne und sonstiger Arbeitsbedingungen durch paritätische Heimarbeiterkommissionen; strenge Vorschriften über die Arbeitsstätten in der Heimarbeit;
- Verbot der Heimarbeit in Räumen, in welchen sich Personen mit ansteckenden Krankheiten aufhalten und Vernichtung aller unter Uebersetzung dieses Verbots hergestellten Waren auf Kosten des Unternehmers;
- Verbot erwerbsfähiger Kinderarbeit;
- Heimarbeitsinspektoren aus Arbeiterkreisen;
- genaue Listenführung der Unternehmer über die Heimarbeiter und Zwischenmeister und regelmäßige Zufindung dieser Listen an den Gewerbeinspektor und an die Krankenkasse;
- Verbot der Ausgabe von Arbeit außer dem Hause durch Zwischenpersonen;
- Lohnbücher und Rundmachung der Lohnsätze;
- Kranken- und Unfallversicherung für die Heimarbeiter, volle Beitragsleistung des Hauptunternehmers für die Heimarbeiter und Zwischenmeister;
- Wohnkonditionen;
- Möglichkeit der Ausdehnung eines in der Heimarbeit abgeschlossenen Kollektivarbeitsvertrages auf sämtliche in Betracht kommenden Unternehmen durch Beschluß der Kommissionen und endlich

• Sicherung der Einhaltung des Gesetzes durch Androhung wirksamer Strafen.

Als Pflicht aller Gewerkschaften wird erklärt, der Organisation der Heimarbeiter besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um auch auf diesem Wege die ungeliebten Verhältnisse in der Heimarbeit beseitigen zu helfen und womöglich bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Jugendbewegung.

Größen und Rätsel.

Stolz hat die Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ am Kopfe ihrer letzten Nummer vermeldet, daß sie 100 000 Leser um sich geschart hat. Manche stürmische Dränger in unseren Reihen hätten gerne in den vier Jahren des Bestehens der „Arbeiter-Jugend“ noch mehr erreicht, aber alle freuen wir uns einmütig des durch gemeinsame Arbeit erreichten Erfolges. Nicht so die Gegner. Mit langen Gesichtern stehen sie da und jammern, daß rein gar nichts die rote junge Garde aufhalten kann. Weil sie am Ende ihres Rates und so furchtbar erschrocken sind, fangen sie gar gotteslästerlich an zu schimpfen. Am besten können das die frommen Zentrumsblätter. In einem Artikel, der gerade bei ihnen die Runde macht, heißt es:

„Massenweise verstricken sich die Jugendlichen, die a h n u n g s - I o s und flatterhaft wie die Fliegen sich am Sonnenlichte haben und mit leidenschaftlicher Vorliebe an neuen Ideen sich berauschen, in dem engmaschigen Netz der organisierten Jugendverführung. Dann kommt die rote Spinne, der Polak Sozialismus, der am Zentrum des Gewebes lauert und springbereit steht, fällt erbaumungslos über die Jugendherden her und saugt ihnen, w o n n e r t r u n k e n von dem Massenwahn, das Blut der Religiosität und christlichen Gesinnung aus, um sie durch und durch mit dem sozialdemokratischen Gift zu durchtränken. Dieses frevelhafte Handwerk organisierter Jugendverführung und systematischen Massenmordes an den Jugendherden treibt die Sozialdemokratie nun schon seit Jahr und Tag. Staat und Kirche konnten diese unheimliche Nierarbeit, die dem einen so gut wie dem andern die Lebensgrundlage für die Zukunft abzuschneiden droht, nicht länger mit ansehen.“

Auf uns und unsere jungen Freunde wird diese Sprache eines ähnelnden Massen die Wirkung haben, daß sie noch recht viele in die organisierte Jugendverführung mitziehen. 100 000 ist gewiß eine große Zahl, aber sie ist nicht groß genug. Es gibt vierzigmal so viel junge Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland. Die müssen erarbeitet werden.

Aus Industrie und Handel.

Kartellpreise.

Wie wir vor einigen Tagen meldeten, ist nach bergelichen Erneuerungsverhandlungen das Rheinisch-Westfälische Zementkartell endgültig aufgelöst worden. Bis zu Ende dieses Jahres sind die Mitglieder noch an die Syndikatspreise gebunden. Für nächstjährige Lieferung ver-

laufen die Werke aber bereits jetzt und zwar zu einem Preise, der mehr als um die Hälfte niedriger ist als die gegenwärtigen Preise. Nach dem „Berl. Tagebl.“ offerieren die Wickingerwerke Vorstandszentrum für 1914 auf Werk zu 120 M. für zehn Tonnen, während der bis Jahresende noch in Kraft befindliche Syndikatspreis sich auf 240 bis 250 M. stellt. Die Gewerkschaft Elba soll sogar schon Zement für 100 M. anbieten. Selbst der mit Auflösung des Rheinisch-Westfälischen Syndikats in Kraft getretene „Verband Westfälischer Portlandzementwerke“ (dem 14 Werke Westfalens angehören) wird seinen Preis auf 125 M. bemessen. Diese plötzliche Ermäßigung um 100 Prozent zeigt, welche Wucherpreise die Syndizierung einer Industrie den beteiligten Werken zu nehmen gestattet.

Internationale Lebensmittelteuerung.

Die agrarische Presse hat triumphierend darauf hingewiesen, daß die Lebensmittelteuerung auch in dem Freihandelsland England während des letzten Jahrzehnts ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Es sei daher unsinnig, wenn die deutschen „Freihändler“ der „bewährten“ deutschen Wirtschaftspolitik irgendwelche Schuld an den steigenden Preisen beimäßen. Nun ist von sachverständiger Seite niemals bestritten worden, daß das Steigen der Lebensmittelpreise eine internationale Erscheinung ist, die keineswegs ausschließlich auf die Schutzolltarife der Welt handelsstaaten zurückzuführen ist. Eine andere Frage ist es, inwieweit diese natürliche Preisentwicklung durch künstliche Tarifmaßnahmen noch verschärft worden ist. Hierzu bringt ein vor kurzem vom Board of Trade veröffentlichtes Blaubeuch sehr lehrreiches und einwandfreies Material.

Wenn die Indexziffer für Nahrungsmittelpreise im Jahre 1900 = 100 gesetzt wird, so hat sich das Preisniveau bis zum Jahre 1912 in den untenstehenden Ländern wie folgt entwickelt:

Großbritannien	118	Norwegen	119
Australien	135	Rußland	121*
Ungarn	187*	Vereinigte Staaten	139*
Belgien	132	Japan	138*
Frankreich	115	Kanada	151
Deutschland	130	Australien	116
Holland	123	Neuseeland	116*
Italien	120		

* Index im Jahre 1911.

Die Lebensmittelpreise sind also in den letzten 12 Jahren in Deutschland um nicht weniger als 15 Prozent oder gerade um das Doppelte mehr gestiegen als in England. Sollten unsere Lebensmittelgüter daran wirklich so ganz schuldlos sein?

Nach einem jüngst vom Department of Commerce and Labor der Vereinigten Staaten veröffentlichten Bericht betrug die Indexziffer der Vereinigten Staaten für 1912 sogar 150!

Erweiterung der Mannesmann-Werke.

Im vergangenen Jahre sind die Mannesmannwerke dem Beispiel der großen Montanunternehmen gefolgt und haben sich durch Anglegerung einer Kohlenzeche von einem reinen Eisenschmelzwerk zum gemischten Großbetrieb entwickelt. Jetzt plant die Verwaltung auch die Fabrikation anderer Eisenerzeugnisse als Röhren. Mannesmann würde damit den großen gemischten Werken wie Gelsenkirchen, Phoenix usw. an die Seite treten. Der Geschäftsbericht sagt über diese Pläne:

„In der Geschichte unserer Gesellschaft wird das Geschäftsjahr 1912/13 einen Markstein bilden. Es brachte uns eine Hochkonjunktur, Rekordziffern in der Produktion und damit die Bestätigung, daß unsere in den letzten Jahren unter Auswendung bedeutender Mittel teils neu geschaffenen, teils verbesserten Herstellungsanlagen und Einrichtungen wirtschaftlich notwendig waren und technisch auf der Höhe stehen. Auf dem Wege, der vom reinen Eisenschmelzwerk zum unabhängigen Großbetrieb führt, ist durch den Erwerb fast aller Werke der Gesellschaft des Eisenschmelzwerks „Königin Elisabeth“ zu Trillendorf bei Essen eine bedeutende Stütze zurückgelegt worden. Unsere Gesellschaft hat ihre Existenz auf einem Spezial-Fertigungsbereich (Röhrenfabrikation) aufgebaut und auf diesem Wege dem Umsatze und dem Ansehen nach nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt eine Ausnahmestellung erreicht. Eine solche Gesellschaft kann der Entwicklung unserer modernen Großbetriebe, die nichts anderes als die gewalttätige Eroberung der Produktion und der Märkte aller Fertigerzeugnisse bedeutet, nicht ruhig Gehen bei Fuß zuschauen. Sie muß beizeiten dafür sorgen, daß sie in der Lage ist, auch ihrerseits auf andere Gebiete überzugreifen, wenn ihr etwa Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten auf ihrem eigenen Tätigkeitsfeld freitig gemacht werden sollten. Wir werden dieses Ziel im Auge behalten und zu gegebener Zeit und Gelegenheit unsere Maßnahmen danach zu treffen haben.“

Der Erweiterung zum Großbetrieb hat die Gesellschaft auch durch die Verkaufsgemeinschaft vorgearbeitet, die sie mit folgenden Werken unterhält: Balde, Tellingner u. Co. A.-G., Venrats, Wittener Stahlröhrenwerke, Witten a. Ruhr, Siegener Stahlröhrenwerke G. m. b. H., Weidenau a. Sieg, Gustav Kuhnle, Wasserbauschmelzwerk L.-G., Borns, Gewerkschaft Grillo, Franke u. Co., Gelsenkirchen-Schale, Gewerkschaft Käfernburg, Eisenhütte in Rastau und Röhrenwerk Raunheim G. m. b. H., Raunheim a. R. Der Umfang der neuen Interessengemeinschaften tritt auch in der Bilanz zutage. Dort zeigt das Konto „Beteiligung an anderen Gesellschaften“ gegen 1912 von 22 auf 32 Millionen Mark.

Zur Syndikatsfrage äußert sich der diesjährige Geschäftsbericht wesentlich anders als der vom Jahre 1911/12. Damals hieß es, die Verwaltung habe der Syndizierung skeptisch gegenüber, da solche Verbände leicht zum Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung einer Industrie würden. Heute bezieht sich die Verwaltung zu betonen, daß das Röhrensyndikat das Berichtsjahr nicht überlebt habe, daß die Verwaltung aber lebhaft an dem Zustandekommen mitgearbeitet habe und die Auflösung nicht auf sie zurückzuführen sei.

Die Gesellschaft hat von dem Hochkonjunkturjahre, wie wir bereits meldeten, außerordentlich profitiert. Der Gesamtumsatz liegt von 96 auf 118 Millionen, der Bruttogewinn von 11 auf 16 Millionen, der Reingewinn von 6,5 auf 9,8 Millionen Mark. Die Aktionäre erhalteten wie im Vorjahre 13½ Proz. Dividende.

Die Hamburg-Amerika-Linie will ihren gesamten Passagierdienst abtrennen und einem Tochterunternehmen übergeben. Unter der Firma „Hapag Schiffsahrtsgesellschaft m. b. H.“ mit dem Sitz in Hamburg ist ein Unternehmen errichtet worden für den Betrieb der Schiffsahrt und aller damit verbundenen Geschäftszweige, insbesondere für den Abschluß von Uebersetzungsverträgen mit Reisenden für die Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Paksfahrt A.-G. (Hapag). Das Stammkapital beträgt 100 000 M. Geschäftsführer ist der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie und Leiter der Passagierabteilung dieser Gesellschaft.

Montanstatistik. Das 3. Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs enthält erstmalig die Ergebnisse der abgeänderten Montanstatistik für 1912. Die Abweichungen gegen früher bestehen darin, daß die Stätten und Hohefen verarbeitenden Betriebe in die Veröffentlichung nicht einbezogen worden sind. Es wird nicht mehr die gesamte Förderung, sondern nur die Förderung der verwertbaren Produkte festgesetzt. Die Produktion an Steinkohle belief

sich auf 174,9 Millionen Tonnen im Werte von 1,8 Milliarden Mark, die Produktion an Braunkohle auf 80,9 Millionen Tonnen im Werte von 175,6 Millionen Mark. An Eisenerz wurden 27,2 Millionen Tonnen im Werte von 110,1 Millionen Mark, an Blei-, Silber- und Zinierz 2,9 Millionen Tonnen im Werte von 59,2 Millionen Mark gewonnen. Dazu kommt die Förderung von Arsen-, Kupfer-, Schwefel-, Wolfram-, Uran-, Zinn- und anderen Erzen im Werte von rund 35 Millionen Mark.

Die Jahresförderung an rohem Erdbit betrug 135 000 Tonnen im Werte von 9,5 Millionen Mark, an Kalkstein 96 000 Tonnen im Werte von 825 000 Mark. Die Salinen erzeugten 671 000 Tonnen Siedesalz im Werte von 17,6 Millionen Mark, während sich die Förderung der Salzbergbaubetriebe auf insgesamt 12,5 Millionen Tonnen im Werte von 125,9 Millionen Mark stellte.

Ein neues Kohlenlager. In Kreuztal (Rothringen) wurde ein neues Kohlenlager von beträchtlicher Ausdehnung angebohrt.

Gerichts-Zeitung.

Vereiteltes Vorgehen gegen ein Gewerkschaftsfecht.

Das Gewerkschaftskartell für Gronau und Umgegend hatte für die Mitglieder der ihm angeschlossenen Gewerkschaften einen Kuntabend mit nachfolgendem Tanz veranstaltet. Man hatte an der Saaltür ein Schild mit der Aufschrift: „Geschlossene Gesellschaft“ angebracht und es wurde auch eine Kontrolle geübt, daß nur die Mitglieder der dem Kartell zugehörigen Gewerkschaften, ihre Familienangehörigen und eingeführte Gäste Zutritt erhielten. Trotzdem wurde gegen den Kartellvorstehenden Anlage erhoben, weil er eine öffentliche Tanzlustbarkeit veranstaltet habe, ohne dazu eine polizeiliche Erlaubnis einzuholen.

Die Strafkammer Gildesheim als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei, indem sie annahm, daß es sich um eine geschlossene Gesellschaft gehandelt habe.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Sie operierte mit dem Begriff der großen und sogenannten loderen Vereine. Bei den Mitgliedern der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften könne nicht von einem nach außen abgeschlossenen Kreise innerlich miteinander verbundener Personen die Rede sein.

Das Kammergericht verwarf jetzt die Revision der Staatsanwaltschaft. Es vertritt den Standpunkt, daß als geschlossene Gesellschaft anzusehen ist ein nach außen abgeschlossener Kreis von Personen, welche nach innen miteinander verbunden sind; das die Gesellschaft zusammenschließende Band kann auf persönlichen Beziehungen beruhen, die bereits bestehen oder durch die Vereinigung hergestellt werden sollen, oder aber auf der Gemeinsamkeit des sachlichen Zwecks. Im vorliegenden Falle habe das Landgericht diesen Rechtsbegriff der geschlossenen Gesellschaft nicht verkannt, indem es tatsächlich feststellte, daß es sich um eine geschlossene Gesellschaft handelte. War es aber eine geschlossene Gesellschaft, dann brauchte eine polizeiliche Erlaubnis nicht eingeholt werden und Angeklagter sei mit Recht freigesprochen worden.

Büdel gegen Rissen und Schlaifer.

Ein Theaterprozeß, der schon fast zwei Jahre die Gerichte beschäftigt, wurde gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schwärze verhandelt.

Es handelt sich um eine Privatbeleidigungssache, welche der Theaterdirektor Dr. Bidel, vertreten von Rechtsanwalt Dr. Rosenberger, gegen den Präsidenten der Bühnengenossenschaft, Hermann Rissen, und den Schriftsteller Erich Schlaifer angestrengt hatte. Rissen, der vom persönlichen Erscheinen entbunden war, wurde von Rechtsanwalt Dr. Scheffinger, Schlaifer von Rechtsanwalt Dr. S. Lewenstein vertreten.

Gegenstand des Verfahrens bildet einerseits ein in dem Genossenschaftsorgan „Der neue Weg“ erschienener Artikel „Die Proschüre Rissen — bestellte Arbeit“, andererseits füßte sich Dr. Bidel durch zwei von Schlaifer in der „Welt am Montag“ veröffentlichte Artikel mit der Ueberschrift: „Entfaltungen aus dem deutschen Theaterleben“ beleidigt. Die Beleidigungssache war seinerzeit vom Schöffengericht bis zur Erledigung der Bidel'schen Konfessionsangelegenheiten ausgesetzt worden. Erst nachdem das Oberverwaltungsgericht bekanntlich zugunsten des Dr. Bidel entschieden hatte, kam das jetzige Beleidigungsverfahren in Fluß. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde auf eine Anregung der Beklagten hier festgestellt, daß inzwischen Verjährung eingetreten war. Dr. Bidel, der damals bedauerlich, daß er durch diesen Einwand nicht in die Lage komme, seine Behauptungen zu beweisen, betrat nun den Instanzenweg und erreichte schließlich durch Beschluß der jetzigen Strafkammer, daß jener Beschluß aufgehoben wurde.

Zu Beginn der Verhandlung wies der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schwärze, den Privatbeklagten Schlaifer darauf hin, daß die in seinen Artikeln aufgestellten Behauptungen inzwischen durch das Urteil in dem Verwaltungsstreitverfahren gegen Dr. B. als unrichtig sich herausgestellt hätten. Schlaifer erklärte, daß er die jetzt zur Anlage bestehenden Artikel auf Grund der damals fast in der gesamten Presse erschienenen Artikel geschrieben habe. Wenn ihm jetzt gesagt werde, daß diese Artikel falsch sind, so sei dies für ihn eine neue Tatsache und er sehe nicht an, dem Dr. B. eine ausreichende Erklärung zu geben. Nach längerem Hin und Her erklärte der Privatbeklagte Schlaifer: „Ich habe die den Gegenstand der Privatklage bildenden Artikel, soweit sie den Privatkläger betreffen, auf Grund der übereinstimmenden Zeitungsberichte der Berliner Presse über das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen in dem Verwaltungsstreitverfahren geschrieben. Nachdem seitens des Herrn Vorsitzenden mitgeteilt worden ist, daß diese Berichte unzutreffend waren und in dem Verwaltungsstreitverfahren nicht erwiesen worden sind, entfallen selbstverständlich die von mir aus diesen Zeitungsberichten gezogenen Schlusfolgerungen.“ — Der Privatkläger Dr. Bidel zog darauf die Privatklage, soweit sie den Beklagten Schlaifer betrifft, zurück.

Während des zweiten Teiles der Privatklage gegen Rissen machte Rechtsanwalt Dr. Scheffinger geltend, daß die Anlage auf Grund des § 415 der Strafprozessordnung überhaupt unzulässig sei. Dr. Bidel hätte sich der wegen des gleichen Artikels anhängig und rechtskräftig eingeleiteten Privatklage gegen Rissen als Kläger anschließen müssen. Da er dies unterlassen habe, so sei auf Grund des § 415 eine nochmalige Klagerhebung wegen dieses Artikels nicht möglich. Das Gericht kam zu der Ueberszeugung, daß die Voraussetzungen des § 415 hier vorlagen und erkannte deshalb auf Einstellung des Verfahrens.

Eingegangene Druckschriften.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift, Wien. Jahrgang 7. Heft 1. Heinrich Beer: Der lebende Gewerkschaftskongress. — Viktor Adler, Der Reichswahl zwischen Marx und Engels. — Edda Uberg (Rom): Oesterreich in italienischer Besetzung. — Hermann Diamond (Kernberg): Der 14. und seine Anwendung. — Siegfried Schab: § 14, Ostruktion und Sozialdemokratie. — Jakob Wisner (Gernowitz): Die Gefahr des § 14. — Otto Lang (Zürich): Der Grundlag der Individualisierung im österreichischen Strafrechtswesen. — Wilhelm Mendogen: Geschorenengedichte und Parteiprogramm. — Jakob Prod: Die sozialhygienischen Zustände im mährisch-schlesischen Steinkohlenrevier. — Dr. J. Dösch: Der Arbeiter und die Kunst.

Aktuelle Geschichte des Balkankrieges 1912-13. Von H. Gumbel. Dieser. 21-25. Erscheint in vier 40 Seiten a 50 M. Hartleben Verlag, Wien und Leipzig.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Möbel

Wir liefern direkt an Private
frei Haus durch eig. Gespann
Stube u. Küche M. 208, 244, 50,
276, 50, 317, 357, 370, 429, 493,
2 Stuben u. Küche M. 280,
309, 359, 427, 50, 501, 500,
Schlafzimmer M. 223, 276,
313, 355, 429, 480, 540,
Küchen M. 51, 58, 75, 92,
Ständ. Lager 300 Einrichtungen.
Reichhalt. Preisb. gratis u. franko.
Abgabe einzelner Stücke ohne
Preisänderung!

Höfner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201,
Veteranenstr. 11, 12, 13.

Bad „Süd-Ost“
40, Mantuffel-Straße 40.
Alle Arten Bäder, täglich: Russisch-
Römische Bäder für Damen u. Herren.
Telegraf. sanitärer Krankenanstalt für
Berlin und Borort.

Garbáty
Cigaretten

Qualität

Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
**Gastwirts-
Artikel.**
L. Katz & Co.,
Spandauer Str. 45 am Molken-
markt.

Filialen: Neukölln,
Bergstraße 65, am Bahnhof u.
Hermannstraße 35,
Ecke Wanlikstraße.

Die schlechte Verdauung, an der nervöse Schulkinder wie auch viele
Erwachsene leiden, bedingt eine vorzügliche Ernährungsweise. Sehr leicht
verdaulich, zugleich aber nahrhaft, wohlschmeckend und billig ist das alt-
bewährte Nahrungsmittel „Kufele“; es regt den Appetit an, hält die Ver-
dauung in Ordnung und trägt wesentlich zur Hebung des allgemeinen
Befindens bei. „Kufele“ ist bequemer in den gewohnten täglichen
Speisen zu nehmen, — bei der Zubereitung bedient man sich des
„Kufele“-Rohbrüchleins, das in den Verkaufsstellen gratis abgegeben wird.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 8. Oktober 1913.

Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Cyrenhaus. Lammhäuser.
Rgl. Schauspielhaus. Ariadne auf
Naxos.
Deutsches. Torquato Tasso.
Deutsches Künstlertheater. Wil-
helm Tell.
Königgräzer Straße. Brand.
Leitung. Peter Bont.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach
New York.
Im Orjool: Dr. W. Berndt:
Der Entwicklungsgedanke im
Wechsel der Zeiten.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Kammerstücke. Maria Magdalena.
Friedrich. Wie einst im Mai.
Zbaita. Die Langobarden.
Deutsches Schauspielhaus. Der
erste Akt. Satans Maske.
Theater am Nollendorfplatz. Die
Heimkehr des Odysseus.
Komödienhaus. Das Paar nach
der Mode.
Theater des Westens. Gräfin Fifi.

Deutsches Cyrenhaus. Die Jüdin.
Schiller O. Cyrano von Bergerac.
Schiller Charlottenburg. Wenn
der neue Wein blüht.
Montis Operetten. Der lachende
Ehemann.
Renes Cyrentheater (Kroß).
Der ewige Junggefall.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Rafino. Der Altentenor oder Caruso
auf Teilung.
Renes. Beende.
Trianon. Seine Geliebte.
Friedrich. Was sagen Sie zu
Neulich?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Eines Apollo-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Eines Friedrich-Wilhelmshaus.
Varieté-Lichtspiele.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Reisende. Im Ehehäuf.
Künstlertheater. 777-10.
Luzifer. Der Hüttenbesitzer.
Rafino. Laura massiert.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Die Mißgeburt. Das Adoptiv-
Kind.
Walhalla. Der Liebesonkel.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Renes Volkstheater. Der ledige
Joh.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eiballett: Flirt in
St. Moritz.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-52

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater in der Königgräzer Straße
7 1/2 Uhr: **Brand.**
Komödienhaus.
8 Uhr: Das Paar nach der Mode.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Freitag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.

**Schiller-Theater
Charlottenburg.**
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Theater des Westens.
8 Uhr: **Gräfin Fifi.**
Sonnt. nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin

Lessing-Theater.
Quete 7 1/2 Uhr:
PEER GYNT.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der erste Akt.
Hierauf: Satans Maske.
Theater am Nollendorfplatz 5.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Heimkehr des Odysseus.
Varieté-Operette.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
8 Uhr: Schauspiel Zul. Spielmann:
Der lachende Ehemann.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo.
7 1/2 Uhr: **Wilhelm Tell.**
8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater**
Im Ehehäuf.
(Les Mariés en cage.)
Schwant in 3 Akten v. Antony Mars
und Maurice Desvalliers
Morg. u. folg. Tage: Im Ehehäuf.

ROSE-THEATER
Brosche Frankfurter Str. 132.
8 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Laura massiert.
Eine heitere Geschichte in
drei Akten von Carl H. Jacoby.
Donnerstag: Die Schiffbrüchigen.
Sonnabendnachmittag: Frau Golle.

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuldiss
der
**Rafael
ohne
Arme**
bel seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Der Mann mit der eisernen Hand
und die anderen Attraktionen.

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Heute Mittwoch, den 8. Oktober 1913:
Die Spione.
Schwant in 3 Akten von Curt Strach.
Sonnabendnachm. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon
und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps Garde-Füsilier-Regiments. Dirig. Oberm. Dippol.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr:
**Populäres Konzert des
Berliner Volks-Orchesters** Dir.
Alfred Hirsch
sowie Gastspiel der Opernsängerin **Ena Hallenleben**,
Dr. Heinz Caspary — Lieder zur Laute — und
Wladimir Dawingoff aus Petersburg, der einzige Kapell-
meister, welcher durch hunderte Vollen und Bewegungen Rufst illustriert.
Abendkasse 50 Pf., Biletts im Vorverkauf a 30 Pf. sind
bei den „Bourdais“-Spezialreuen Zucht, Jannaruehrstraße 12 und
Hansisch, Alsterstr. 174, zu haben.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Odet.
Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Poffe m. Gesang u. Tanz in 8 Akten.

Folies Caprice.
Anfang
8 1/2 Uhr:
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Germania-Prachtsäle
N. Chausseestr. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
lustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitag.**
— Vorzugskarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
anschl. Familientänzchen.

Reichshallen-Theater
Steffiner Sänger
„Alarm!“
Milit. Humoreske
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu er-
mäßigt. Preis:
„Pepita vor
Gericht“.
Beg. 1 W. Ball. 75 Pf. Entree 30 Pf.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 10. Oktober:
Der Aktion-Tenor
u. das glänzende Varieté-Programm.
Freitag, d. 11. Oktober, zum 1. Mal:
Ferdinand der Tugendhafte.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Spree.

**Humoristisch-
Originelles
Kinder-Programm**
Anfang
4 Uhr nachm.
Eintritt frei

**Humoristisch-
Originelles
Kinder-Programm**
Eintritt
frei

**Zirkus
Alb. Schumann**
Heute Mittwoch, 8. Oktober
Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr
Große Sport-Vorstellung.
U. a.
**10 Bengalische 10
Königstiger**
vorgel. von Herrn Sawade.
Zoolog-Potpourri
Mit Octavia.
10 Luftvolleure 10
Hegelmann-Truppe
und weitere 14 Attraktionen.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**
Dr. Ausstattungst. m. Ges. u. Tanz in
19 Bild. m. vollständig. feiler Vermählung
des Jules Verne'schen Romane von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Giampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
Leopold Wolf. Ludwig Wolf.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.
Neu: Von 9-1 Uhr: Neu!
Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Urania Taubenstr.
48/49.
8 Uhr: Mit dem „Imperator“
nach New York.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Der Entwicklungsgedanke im
Wechsel der Zeiten.
Prospekt über Galaktion-Vorträge
(im Wissenschaftlichen Theater) und
naturwissenschaftliche Hörsaalkurse
kostenlos.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, den 8. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Die neue große Luftst.-Pantom.
Aus unseren Kolonien.
Bisher die größten Attraktionen.
In Anbetracht des außerordent-
lichen Andrangs zu den Nach-
mittags-Vorstellungen und des
hierdurch entstehenden Unfortfalls
an den Kassen wird darauf hin-
gewiesen, daß die Nachmittags-
biletts schon täglich an der Kasse
vormittags von 10 bis 1 Uhr im
Vorverkauf zu haben sind.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

UT
Lichtspiele.
UT Weinbergsweg 16-17
(2 Min. v. Rosenth. Tor).
**Emanuel
Reicher**
in
Heimat und Fremde.
Anfang 6 Uhr.

UT Moritzplatz und
Hasenheide.
Quo vadis?
Anfang 6 Uhr.
UT Reinickendorfer
Straße 14.
Carl Clewing
in dem Drama
Der Thronfolger.
Anfang 6 Uhr.

Admiralspalast
Einziges Eispalast
mit prunkvollen Eisballotten.
Flirt in St. Moritz.
Tango auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Zureiter
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Illustrierte Konzerte!

**Mister
„Masetop“
aus Chicago**
konzertiert täglich nachmittags
von 4 Uhr bis abends 9 Uhr
Urkomisch

Kerkau-Palast

Allabendlich:
Pünktlich 9 Uhr
Mr. Glasneck
„Die Original-Kanone“
mit den neuesten u.
beliebtesten
Schlagern

Von
Mitternacht
bis 6 Uhr morgens
mustieren die
„Tegernseer“
(originelle Bayern)
Eintritt frei für
alle Gäste

Unserem Genossen
Ferdinand Bohelt nebst Frau
zur Silbernen Hochzeit am
8. Oktober die herzlichsten
Glückwünsche.
Die Genossinnen u. Genossen
des 322. Bezirks. Teil II.
28. Abteilung.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. G. Berl. Reichstagswahlkreis
Nachruf.**
Am Freitag verstarb unser Ge-
nosse

August Martius
Junglitzstr. 9, Bezirk 688.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des städtischen
Friedhofes in Stahnsdorf statt.
Berner verstarb am 6. d. Mis.
unser Genosse

Johanna Haffner
Salzwedler Str. 11, Bez. 723.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des städt. Fried-
hofes in der Müllerstraße, Ecke
Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
200/17 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.**
Der Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Töpfer

Richard Runkel
(Bezirkt Ostern)
am 5. Oktober im Alter von
45 Jahren an Herzlähmung ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 8. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentralfriedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Filiale Neukölln I.**
Am 6. Oktober starb unser
alter Kollege

Otto Just.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. Oktober, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Neufährer-Gemeinde-
Friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt.
250/1 Die Ortsverwaltung.

Am Montag früh 7 Uhr ver-
schied sanft nach kurzer, schwerer
Krankheit meine liebe Frau, unsere
gute Tochter und Schwieger

Johanna Haffner
geb. Göbel
im Alter von 29 Jahren.
Dies zeigen mit der Bitte um
stille Teilnahme hierdurch an
**Ronrad Haffner
Familie Karl Göbel.**
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 1 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des städt.
Friedhofes in der Seestraße Ecke
Müllerstraße aus statt. 26025

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben, unvergesslichen Frau, unserer
guten Mutter

Hedwig Schillert
sagen wir hiermit allen Freunden, Be-
sammen und Verwandten, insbesondere
dem Männerchor Weihenau und dem
Arbeiter-Radfahrerverein Weihenau
meinen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Otto Schillert nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
die Kranzspenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, des Gast-
wirtes

Wilhelm Tillwick
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten meinen herzlichsten
Dank.
Frau Wm. Tillwick.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme anlässlich des Todes
meines Mannes sage ich allen Freunden
und Bekannten sowie dem Wahl-
verein des letzten Kreises, dem
Berein freier Gastwirte und dem
Vingelerem „Schle“ meinen innigsten
Dank.
Frau Marie Schwandt.

**Sozialdemokr. Kreiswahlverein
Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.**
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Bäcker

Johann Hanke
Suhlestr. 2, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des städtischen
Friedhofes in Lichtenberg, Bornitz-
straße, aus statt. 14/20
Rege Beteiligung erwartet.
Die Bezirksleitung.

Am Sonntag verstarb plötz-
lich infolge eines Herzschlages, in
der Blüte seiner Jahre, ein Mit-
glied unseres Personals, der Bäcker

Johann Hanke
Wir verlieren in demselben einen
von gewissenhafter Pflichterfüllung
durchdrungenen Mitarbeiter.
Sein Fleiß und seine Treue,
seine Verbundenheit mit unserer
Arbeit, sein Bild eines braven, von geistes-
schafflichen Aufgaben erfüllten
Menschen. Er hat sich dadurch ein
dauerndes, ehrenvolles Andenken
bei allen gesichert. 107/77
Die Verwaltung
der Konsumgenossenschaft Berlin
und Umgegend, Lichtenberg.

Am 5. Oktober verstarb plötzlich
infolge Herzschlag unser treuer,
unvergesslicher Kollege

Johann Hanke.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.
Die Kollegen der Konsum-
Bäckerel.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen
Friedhofes, Bornitzstraße, Lichten-
berg, aus statt. 26046

**Zentralverband der Bäcker und
Konditoren.**
Allen unseren Mitgliedern, ins-
besondere der Jugendkonditorer
der 9. Abteilung des Arbeiter-Rad-
fahrerbundes und dem Diskuti-
er „Freie Meinung“ hiermit die
schmerzliche Nachricht, daß unser
langjähriges Mitglied, der Bäcker

Johann Hanke
im Alter von 29 Jahren in der
Nacht zum Sonntag, den 5. Okt.,
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem
städtischen Friedhofe, Bornitz-
straße, statt.
Um zahlreichere Beteiligung bitte
26075 Die Ortsverwaltung

**Arbeiter-
Radfahrer-Bund
„Solidarität“.**
Ortsgruppe Berlin, Abt. 9.
Sektion der Bäcker u. Konditoren.
Unseren Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Bundesgenosse,
der frühere Abteilungsleiter

Johann Hanke
am Sonntag, den 5. Oktober, im
Alter von 29 Jahren plötzlich ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem
städtischen Friedhofe, Bornitz-
straße, statt.
Die Mitglieder treffen sich nachm.
1 1/2 Uhr b. Wicks, Schillingstr. 22.
Rege Beteiligung wünscht
26075 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau

Helene Thiem
sage ich allen Beteiligten, insbesondere
dem Genossen Rintorf für die ein-
drucksvollen Worte am Sarge meinen
herzlichsten Dank.
Willy Thiem.
Steyveden
größte Auswahl, billigst;
auch Reparaturen aller
Steyveden.
Karlstr. Berlin.
Wallstr. 72, zwischen Hoh- u. Inselstr.

Gesangverein „Morgengrauen“.
Die Gesangsstunde am Donnerstag
fällt aus. Die Sänger treffen sich an
diesem Tage um 8 1/2 Uhr Frankfurter
Chaussee 45, bei Glodauer.
Der Vorstand.

Verband d. Hausarztvereine
Am heutigen, wie an allen Zahlabenden halten
unsere Funktionäre keine Sprechstunden ab.
Näheres siehe Sonntagsextrat.

Hausarztverein „Westen“
**Drei öffentliche
Volks-Versammlungen**
mit dem das Tagesgespräch bildenden Thema:
Der Gebärstreik im Arbeiterhause

Referent: Genosse **Dr. Alfred Bernstein**
finden pünktlich 8 1/2 Uhr abends statt
am Freitag, den 10. Oktober, bei Rapp (früher
Nifke), Dennewitzstr. 13,
am Dienstag, den 14. Oktober, bei Ristow, Anhaltische
Reffource, Möckernstr. 114,
am Freitag, den 17. Oktober, in Schöneberg,
Schwarzer Adler, Hauptstr. 144.
Zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Frauen, erwünscht.

Der Hausarztverein Westen gewährt den Familienangehörigen
seiner Mitglieder für einen Monatsbeitrag von 1 M. 10 Pf.
außer vielen anderen Vorteilen freien Arzt und freie Medizin
(laut Status) unbegrenzt der Zahl und Dauer der Ge-
bratungen. 292/3
Aufnahmen nehmen entgegen die Vertrauensmänner für
Westen: Max Erdmann, Köpplerstr. 18, Curgelände III; für
Südwesten: Hugo Töll, Lottoweg Str. 32, Seitenstück II; für
Schöneberg: Max Schmidt, Gernsbergstr. 29, vorn III.
Der Einberufer: Max Erdmann, Köpplerstr. 18.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof,
Rosenthalerstr. 11/12:

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1913. 2. Wahl des 3. Bevollmächtigten.
3. Beschlußfassung über den Antrag betreffs Erziehungshilfe an aus-
geleitete, arbeitslose Mitglieder. 4. Verschiedenes. 187/16*
Die Ortsverwaltung.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Gehlich, Adersstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchschloßstr. 14.
O. R. Gabelbach, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpen-
herze 22. N. Weingels, Gr. Frankfurter Str. 190.
NO. S. Juch, Inmannellstr. 12. J. Reul, Garmischstr. 42.
N. H. Wolgast, Wallstraße 9. G. Fischer, Borkenstraße 6.
Karl Wars, Griesenhagener Str. 22. J. Gontsch, Müllerstr. 31a.
G. Vogel, Sorghstr. 37. H. Fies, Invalidenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshöfener Str. 48.
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Tachn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Preis, Prinzstr. 31. G. Lehmann, Rottbuler Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lantziger Platz 14/15. P. Gorch, Engelstr. 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. G. Hornig, Varienbalestr. 13. I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Rauhstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seelenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Varstr. 6.
Karlshorst. Richard Ritter, Köpplerstr. 9. II.
Köpenick. Emil Wähler, Kiekerstr. 6. Laden.
Lichtenberg. Otto Seidel, Gartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneeweide. Wlth. Harub, Bräudenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Luthstr. 2.
Ober-Schöneeweide. Alfred Vader, Wilhelmshöfenerstr. 17. Laden.
Pankow. Otto Rihmann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Brovingstr. 56. Laden.
Neukölln. M. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
G. Rohr, Stegriedstr. 29/30.
Rammelsburg. H. Roientranz, Alt-Bochagen 50.
Schöneberg. Wilhelm Dämmert, Karim-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breiterstr. 64.
Steglitz. G. Bernier, Alentstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Bornitzstr. 62.
Tropow. Robert Gramenz, Niebholzstr. 412. Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sebanstr. 105. Schillert, Berliner Allee 253.
Wilmsdorf. Paul Schubert, Wilmsdorfer 27.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.
E. G. m. b. H. - Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26,
Donnerstag
Seefische.
in sämtlichen Verkaufsstellen
Seelachs ohne Kopf per Pfd. 18 Pf. | **Kablau** ohne Kopf 22 Pf.
Schellfisch per Pfd. 26 „ | **Knurrhahn** per Pfd. 26 „
Schollen per Pfd. 22 Pf.
Ferner empfehlen wir aus unserer **Konditorei:**
Prima **Milchzwieback** pro Stück 1 Pf.
Delikateßzwieback in Paketen (10 Stück) 20 Pf.
Freitag u. Sonnabend: **Diverse Kuchen, Torten etc.**
Der Vorstand.
107/6
Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Deutscher Kürschner-Verband.
Filiale Berlin.
Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königsstadt 6789.
S e n t e Mittwoch, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
in den Musik-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:
**Große öffentliche
gemeinschaftliche Versammlung**
aller selbständigen Kürschnermeister und aller in der
Pelzbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Welches wären die Wirkungen gewesen, wenn die Selbst-
ständigen den Vorschlag: 10 Proz. und die Arbeiterchaft
1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung, angenommen hätten.
Referenten: Kollegen **Feldmann** und **A. Regge.**
2. Diskussion.
3. Verschiedenes. 100/13
Kollegen, Kolleginnen, selbständige Kürschnermeister!
erscheint in Massen in der Versammlung.
Die Herren Arbeitgeber sind freundlich eingeladen.
Bereinigung d. selbständ. Kürschner (Pelzbranche) Berlins u. Umgeg.
V. V. A. Feldmann.
Deutscher Kürschner-Verband (Filiale Berlin.)

Tanzlehrer-Verband „Solidarität“.
Den geehrten Vereinen, Gewerkschaften und Saalbesitzern zur
gef. Kenntnis, daß wir unsere **Geschäftsstelle** nach
Neukölln, Weichselstraße 8
Telephon: Neukölln 406 (Heinrich)
verlegt haben.
Wir empfehlen uns zur Erteilung von Tanzunterricht, Ein-
studierung von Quadrillen, speziell zur Leitung von Ballfestlich-
keiten. Bestellungen erbitten nach Neukölln, Weichselstraße 8.
Telephon: Neukölln 406 (Rich. Heinrich). 198/8*
Der Vorstand.

**Möbel-
Kredithaus Frankfurter Tor**
No. 1 Gr. Frankfurter Str. No. 1
(bitte auf meine Hausnummer zu achten)
Liefert bei kleinsten An- und Abzahlungen
Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche
15 Mark an.
Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Inserat ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark.
Sonntags geöffnet

**Mohrenstr. 37
Kolonnaden.
Gr. Frankfurterstr. 115**
**Trauer-
Magazin**
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise
**Farbige
Konfektion**
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen
Westmann

Schlafepatenf
Neuen dreifar- 198 senden gratis
bigen Katalog No. 1 und franko
R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik,
Berlin SW., Markgrafstr. 20.

**Orts-Krankenkasse
für Pankow.**

Der nachstehende Nachtrag hat die
Genehmigung des Bezirksausschusses
erhalten und tritt mit dem heutigen
Tage in Kraft.
Ziebenter Nachtrag
zu den
Satzungen der Ortskrankenkasse
für Pankow
vom 5. Oktober 1903
vom 19. Januar 1904

Beschlossen in der Generalversamm-
lung vom 15. September 1913.
§ 31 erhält folgende Fassung:
Die wöchentlichen Kaffebeiträge
betragen 5 Proz. des durchschnittlichen
Lagelohnes der Kaffeemitglieder und
sind:
a) für Mitglieder der 1. Klasse 135 Pf.
b) „ „ „ II. „ 105 „
c) „ „ „ III. „ 75 „
d) „ „ „ IV. „ 54 „
e) „ „ „ V. „ 30 „
Die Beiträge sind für jede Woche
innerhalb welcher der Berechnete der
Kasse angehört hat, ihrem vollen
Betrage nach zu entrichten, dabei gilt
als Woche der Zeitraum von Montag
bis Sonntag einschließlich.
Vorstandender Nachtrag tritt nach
erfolgreicher Genehmigung mit dem Tage
der Veröffentlichung durch den Vor-
stand in Kraft. 277/17
Berlin-Pankow, 8. Oktober 1913.
Der Vorstand.
Otto Rihmann, Vorsitzender.

**Allgemeine
Orts-Krankenkasse
für den Stadtkreis
Charlottenburg.**

Sie bringen hiermit zur Kenntnis
der Kaffeemitglieder, daß bei den
am 4. Oktober er. stattgefundenen
Auswahlwahlen der Berechneten die
auf der zugelassenen Wahllokal-
liste Nr. 1 benannten Vertreter und
Erfolgsmitglieder sämtlich gewählt worden
sind.
Die Gewählten erhalten noch eine
schriftliche Benachrichtigung.
Einspruch gegen die Gültigkeit der
Auswahlwahl ist innerhalb zwei
Wochen beim Versicherungsamt in
Charlottenburg einzuwenden.
Charlottenburg, den 7. Oktober 1913.
Der Kaffeenvorstand.
ges. H. Hren s. 279/11
Patentanwalt Prillwitz
Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

Heute abend 8 Uhr: Zahlabend in Groß-Berlin.

Opfer gewissenloser Auswanderungsagenten.

Einen Massenbesuch von Auswanderern erhielt gestern das hiesige Polizeipräsidium infolge einer unwarnten Wirkung der Anwendung des Auswanderungsgesetzes. Es ist bekannt, daß namentlich Brasilien unmittelbar oder mittelbar durch Gesellschaften, die von der Regierung unterstützt werden, eine lebhafteste Werbätigkeit unter Auswanderungslustigen entfaltet. Im Laufe der Zeit haben wir wiederholt über das Auftreten von Agenten berichtet, die außer in anderen Teilen Deutschlands auch in Berlin und Umgebung für die Auswanderung nach Brasilien mit allen Mitteln tätig sind, und auch vor dieser Auswanderung gewarnt. Um dieser Werbätigkeit, die für die Auswanderungslustigen oft nur bitterste Enttäuschung im Gefolge hat, Einhalt zu tun, bestimmt der § 23c des Auswanderungsgesetzes, daß Reichsangehörige an der Grenze angehalten werden können, falls sie auf Kosten eines auswärtigen Staates auswandern. Von dieser Bestimmung war bisher noch kein Gebrauch gemacht worden. Das Treiben der gewissenlosen Agenten veranlaßte aber jetzt eine Ministerialbefehlgung, in der die zuständigen Stellen auf ihre Befugnis aus den Bestimmungen des Auswanderungsgesetzes aufmerksam gemacht wurden. Jetzt ließ der Landrat von Bentheim 76 Männer, Frauen und Kinder aus Berlin und anderen Orten, die von dem Sammelort Rheine über die holländische Grenze nach Amsterdam und von dort mit dem Dampfer „Hollandia“ heute nach Brasilien ausfahren wollten, in Rheine anhalten und, ohne daß sie den Zug wieder verlassen durften, nach Berlin zurückbringen. Hier konnten nun aber die Leute, für die Brasilien die Ueberfahrt bezahlten wollte, und die alle ihre Habseligkeiten, soweit sie sie nicht vor der Abreise zu Geld gemacht hatten, schon auf dem Dampfer haben, nicht im Eisenbahngang bleiben. Deshalb mußte sich ihrer zunächst die Polizei annehmen und sie konnte das nur dadurch, daß sie sie in Schutzhaft nahm. Die ganze große Reisegesellschaft wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht und fand hier einstweilen Unterkunft in einem großen Zimmer, das für besondere Zwecke immer zur Verfügung gehalten wird. Damit konnte aber die Sorge für die Leute, die zum Teil gar keine Mittel mehr besitzen, nicht erschöpft sein. Die Kinder vor allem verlangten zu essen und schrien bald vor Hunger. Die Erwachsenen bedurften nicht minder der Speisung. Nach Kräften griff nun die Fürsorgebehörde des Polizeipräsidiums, Fräulein Margarete Dittmer, ein, indem sie Backwaren, Milch usw. soviel als möglich heranschaffen ließ. In Schutzhaft aber konnten die zurückgehaltenen Auswanderer auch nicht immer bleiben. Man mußte ihnen, weil ja sonst Nichts gegen sie vorlag, die Freiheit wiedergeben. Damit allein war jedoch den Leuten auch nicht geholfen. Sie erklärten, daß sie auswandern wollten, und daß man ihnen auch anstandslos Auswanderungspapiere verabsolgt habe. Die meisten haben bereits Angehörige drüben und wollten nun die Gelegenheit der freien Fahrt, die ihnen von auswärtig angeboten wurde, benutzen, ohne daß sie von den Schwierigkeiten, die unter diesen Umständen ihrem Beginnen erwachsen konnten, eine Ahnung hatten, um ebenfalls hinüberzukommen. Sie meinten, auf die Bestimmungen des Auswanderungsgesetzes hätte man sie vor der Aushändigung der Papiere doch wenigstens aufmerksam machen müssen. Darin haben die Leute zweifellos recht.

Nach dem ersten 76 trafen im Laufe des Vormittags noch 20 Mann ein, denen es an der Grenze ebenso ergangen war. Auch sie befinden sich in derselben unangenehmen Lage wie die anderen. Ihre Gepäc ist über die Grenze hinübergegangen und schwimmt vielleicht schon mit der „Hollandia“ auf See, während sie ohne Hab und Gut zurückgeschickt wurden. Die Schwierigkeiten wurden dadurch behoben, daß das Ministerium den Leuten Reisegeld nach dem von ihnen angegebenen Ziele bewilligt.

Die Leute sind Opfer gewissenloser Auswanderungsagenten geworden. Sie haben ihr Hab und Gut verkauft und sitzen nun vollständig mittellos da. Das Ministerium hätte aber die Pflicht gehabt, von der beabsichtigten Anwendung einer neuen Verfügung öffentlich Kenntnis zu geben und so vorbeugend zu wirken; dann hätte mancher von der Ausführung seiner Absicht Abstand genommen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Bezirke 107, 109, 114. Zahlabend bei Jungnickel, Mittenwalder Str. 13. Vortrag des Genossen Dr. Gramsch. Zweiter Wahlkreis, Friedrichshagen (3. Abteilung). Stille Kästle. Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7/8 Uhr, bei Witwe Augustin, Drantenstr. 108: Zahlabend. Zahlabend: 12 Uhr nachts. Vortrag des Genossen A. Müller: „Amerikanische Kulturbilder und Arbeitsverhältnisse.“ Zahlmorgen: Donnerstag, den 9. d. Mts., früh 5 Uhr. Vortrag des Genossen Dr. Rud. Breitscheid: „Die Frage des politischen Massenstreiks.“ Um rege Beteiligung erjudet Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis.

Die Vortragskurse über: „Die Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (Marx und Engels) werden abgehalten abends 8 1/2 Uhr im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75, am Montag, den 3., 10., 17. November und 1. Dezember. Vortragender ist Schriftsteller Genosse Emil Eichhorn. Im Lokal bei Boefer finden die Kurse statt am Freitag, den 21. und 28. November, und Freitag, den 5. und 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Vortragender ist Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Kühle. Teilnehmerkarten für den Kursus zum Preise von 20 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben. Die Kurse über: „Zur Einführung in die Gedankengänge des wissenschaftlichen Sozialismus“ müßten umständehalber auf einige Wochen später verlegt werden. Die Tage werden später bekannt gemacht. Der Bildungsausschuß.

Schster Wahlkreis.

Den Wünschen der Mitglieder Rechnung tragend, werden im Laufe des Oktober-November folgende vier wissenschaftliche Vortragskurse abgehalten mit dem Thema: Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung. Am Freitag, den 10., 17., 24., 31. Oktober und 7. November bei Puhlmann, Schönhauser Allee 147. Referent: Emil Eichhorn.

An denselben Tagen in den Pharusäfen, Müllerstr. 142. Referentin: Käthe Dunder. Am Donnerstag, den 9., 16., 23., 30. Oktober und 6. November bei Franke, Badstr. 19. Referentin: Käthe Dunder.

Durch besondere Umstände veranlaßt, wird der Kursus im Roabiter Gesellschaftshaus, Wictestr. 24, an folgenden Tagen abgehalten:

Am Donnerstag, den 9., Freitag, den 17. und 24., Donnerstag, den 30. Oktober und Donnerstag, den 6. November. Referent: Ernst Dämmig.

Die Teilnehmer erhalten an den Vortragsabenden gedruckte Dispositionen.

Beginn pünktlich abends 8 1/2 Uhr.

Ebenfalls wollen wir noch besonders auf die nächsten Veranstaltungen hinweisen:

Am Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr: Beethoven-Abend in den Pharusäfen, Müllerstr. 142. Eintritt 50 Pf.

Am Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr: Gelehrter Kunstabend im Roabiter Stadt-Theater. Eintritt 50 Pf.

Am Sonnabend, den 15. November, abends 8 Uhr: Kunstabend (Moderne soziale Dichter) bei Ballshnieder. Eintritt 60 Pf. inklusive Garderobe.

Billetts sind bei den Bezirksführern zu haben.

Schwargendorf. Die heutige Mitgliederversammlung findet, da uns das Restaurant Lindenbaum vom 1. Oktober d. J. nicht mehr zur Verfügung steht, im Restaurant Waldster, Warnemünder Straße 14-15 statt.

Friedrichshofe. Heute gemeinsamer Zahlabend bei Schulz, Lindenpark. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, Genosse E. Lehmann. 2. Vereinsangelegenheiten.

Johannisthal. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Arbeiterheim „Restaurant Lindenpark“. Vortrag des Genossen Lehner über Volksfürsorge.

Bogndorf. Die heute fällige Mitgliederversammlung findet nicht statt. Montag, den 13. Oktober: Beginn der Vortragskurse über den praktischen Teil des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr in „Villa Rahl“.

Zeuthen-Mierdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute bei Robert Barnack in Zeuthen statt.

Grüter. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Grund, Friedrichstraße 21: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Schwarzburger, Ober-Schöneweide.

Biesdorf. Der Zahlabend findet erst am Donnerstag, den 9. Oktober statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Wilhelm Schling.

Tegel. Am Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Tropps Festhale (Anh. Ziegls), Bahnhofstr. 1, der zweite Vortrag des Lichtbilderkursus: Entwicklung des Tierreichs und Abstammung des Menschen statt. Vortragender: Herr R. D. Baegle. Jeder Vortrag ist für sich abgeschlossen.

Königsental, Sepernieß, Buch. Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von August Lange, Königsental, Siemensstraße 19, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag in Jena. Referent Genosse Schwarzburger-Oberschöneweide. 2. Diskussion. 3. Halbjahrsbericht. 4. Bezirksangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Die Villa.

So oft ich an ihr vorüberkomme, bleibe ich stehen und umfasse sie mit einem Blick, in dem sich Schmerz mit Zingrimm vermischt. Still und vornehm, guckt sie, wie verträumt hinter Baum und Busch hervor — ein verwunschenes Schloß, ein Dornröschenheim. Immer wieder packt mich der Zauber dieses Hauses, das mit seinen ewig geschlossenen Fenstern aussieht, als schlafe es seit Jahrhunderten. Ich sah es im Winter, im Frühling, im Sommer und Herbst — immer verlassen, schweigsam, tot.

Ein prächtiger Rokobau, inmitten sattgrüner Flächen von weißstämmigen Birken, düsteren Tannen und Kiefern und hochragenden Pappeln umgeben. Und Rosen blühen, wenn der Sonne Strahlen warm vom Himmel fluten, und Vögel singen in diesem Paradiese, wo keine fremde Hand sie scheucht. Wie oft lausche ich in warmen mondclaren Frühlingnächten dem Schluchzen und Zaudern der schönen Nachtigall, die tief in den Büschen des Gartens sah und ihr Brunnlied sang. Auf der glühenden Wasserfläche zogen zwei Schwäne gravitätisch ihre Furchen und oben in den Kronen der Bäume sang der Nachtwind eine ferne vergessene Melodie.

Nie sah ich ein menschliches Wesen in Haus und Garten, und doch ließ nichts die peinliche Pflege vermissen. Es schien, als hielten geheimnisvolle Hände das Anwesen in Ordnung, das wecklos die Tage verträumt, niemanden zur Freude, niemanden zum Genuß. Das ist es, was meinen Grimm entfacht und mich die Faust ballen läßt, so oft ich da vorüberkomme.

Ich habe gehört, daß es einem kinderlosen Ehepaare gehört, das noch mehr solcher Besitztümer hat. Der Herr soll bald in Rußlands Wäldern, bald in Afrikas Dschungeln der Jagd obliegen und dazwischen in Monte Carlo spielen, während die Frau sämtliche fashionablen Bäder bereist, ihrer 27 Krankheiten wegen, unter denen die Langeweile die schlimmste sein soll.

Manchmal vergeht ein Jahr, manchmal auch mehrere, ehe der eine oder der andere von ihnen die Rokobvilla aufsucht, und auch dann nur auf wenige Stunden oder Tage. Sonst steht sie leer, nur ein alter Gärtner und dessen Frau haufen darin, im Souterrain. Die übrigen 20 Räume bleiben unbenutzt. All die großen und kleinen Zimmer, mit Balkons und Veranden und Erkern, mit kostbaren Tapeten- und Holzverkleidungen, mit den teuersten Möbeln, den Gold-, Silber- und Bronzegegenständen, den Gobelins, den teuern Gemälden — der Lohn der Zeit nagt an alledem. Kein Auge ruht entzückt darauf, keine müden Glieder räkeln sich wohligh in den schwellenden Polstern, kein menschlicher Körper sinkt nach getaner Arbeit in die weichen Daunendecken zum erquickenden Schlaf.

Zwanzig Zimmer stehen frei, unbenutzt. Ein ganzes Haus, ein Garten, in Luxus und Schönheit — viele Tausende von armen Menschen aber haben kein Dach über dem Kopfe oder hausen in erbärmlichen Löchern und Höhlen, wohnen zusammengepfercht im engen Räume, Kinder und Greise,

Männer und Frauen, Familienangehörige und fremde Schlafgänger, die weil das Wohnungselend ein gar schreckliches ist.

Ich sah einmal im Norden Berlins einen Menschenanlauf. Zwischen allerlei morschem Hausgerät und Gerümpel auf der Straße neben dem Bürgersteig, sah eine alte Frau und weinte. Ihr Gesicht war gramdurchfurcht und die arbeitsharten, gichtgekrümmten Finger stützten den müden Kopf. Der rauhe Abendwind zerzaute das graue Haar der Alten und ließ die Strähnen wir über die Stirn fallen. Zwei Kinder schmiegt sich angstvoll an die Seite der Mutter und heulten um die Wette. — Es war einer jener Novembertage, die grau wie das lebendige Elend sind, und der Regen rieselte fein, aber ausdauernd auf die Möbel, Kinder und Frau herab. Ermittelt! Die Extreme berührten sich am ehesten in der Großstadt.

Und andere Bilder steigen vor meinem Geiste auf. Menschen, die in starrer Frostnacht in irgendeinem Gausflur lauern, unter Brüdengewölben nächtigen oder planlos bis morgens einen Dauerlauf durch die Straßen vollführen, um sich warm zu halten. — So ist das Leben auf der besten aller Welten. Und die gottgewollte Ordnung spiegelt sich hier am drastischsten wider. Darum packt mich immer eine hümmute Wut, so oft ich an der Villa vorübergehe und so oft ich ihre toten Fenster sehe, hinter denen Räume und Werte nutzlos im Schlummer liegen.

Der Fahrkartenerverkauf am Ringbahnhof Trepow entspricht nicht den Anforderungen, die das Publikum stellen kann. An der Berliner Seite des Bahnhofes, die wenig in Anspruch genommen wird, sind Fahrkartenschalter vorhanden und geöffnet wie an allen anderen Ringbahnhöfen. Dagegen sind auf der Trepower Seite, die nicht mit der anderen Seite durch einen freien Tunnel verbunden ist und im Sommer sowie selbst noch in der kälteren Jahreszeit starken Verkehr aufweist, die vorhandenen vier Fahrkartenschalter während aller sechs Werttage ständig geschlossen. Nur an Sonn- und Feiertagen sind sie zeitweise geöffnet und dann auch nur für den Stadt- und Ringbahnverkehr, nicht für den Vorortverkehr. Als Ersatz dienen elf Automaten, die aber nur Fahrkarten bis zum Betrage von 30 Pfennig für die zweite Klasse abgeben. Der Fahrkarten für den Vorortverkehr haben will, muß den Umweg über die Trepower Schaulsee nach der anderen Bahnhofsseite machen. An der Fahrkartenschalterkontrolle im Schalterraum befindet sich ein amtliches Plakat, wonach hier ohne Vergütung Wechselgeld für die Automaten zu haben ist. Das ist ja ganz praktisch, bringt aber den weiteren Uebelstand, daß das geldwechselnde Publikum innerhalb des Kontrollganges stehen bleiben muß und den Durchlaß für andere Fahrgäste sperrt. Dadurch entstehen häufiger unliebsame Szenen. Der Eisenbahnstrich zieht auch aus dem Frierenverkehr nach Trepow so erhebliche Einnahmen, daß hier Sparanteile an den Schaltern sehr wenig angebracht erscheint. Mindestens ein Schalter für den Fahrkartenerverkauf sollte auch an Wochentagen auf der Trepower Bahnhofsseite, die auch viel Verkehr von Stralau empfängt, ständig geöffnet sein.

Dezerenate in der Armen- und Waisensplege.

Stadtrat Düring ist aus dem Kollegium des Berliner Magistrats ausgeschieden. Seine Dezerenate in der Berliner Verwaltung hat der neu eingetretene Stadtrat Döhnig übernommen. Dieser ist Vorsitzender der städtischen Waiserverwaltung und Mitglied der Gewerbe- und Armenverwaltung und der Armenverwaltung.

Den Vorsitz in der Berliner Armenverwaltung an Stelle des Stadtrats Kallisch führt nun Stadtrat Dosslein, der aus der Deputation für die Straßenreinigung, aus der Markthallenverwaltung und dem Kuratorium für das Turn- und Badewesen ausgeschieden ist. Stadtrat Kallisch ist in die Markthallen- und Hafendeputation eingetreten und hat den Vorsitz in dem Kuratorium der Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitsame übernommen, aus dem Stadtrat Jacoby ausgeschieden ist.

Es war schon längst notwendig, mit dem Amte des Vorsitzenden der Armenverwaltung einen Mann zu betrauen, der den Aufgaben mehr gewachsen ist und sich ihnen ganz widmen kann. Herr Dosslein ist gebildeter Stadtrat und war früher Oberbürgermeister in Rudolstadt. Es wird abzuwarten sein, ob Herr Dosslein die humane Gesinnung mitbringt, die ein Vorsitzender einer Armenverwaltung, insbesondere in Berlin haben muß.

Die Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.

Die gestern stattgefundenen Parteiverfassungen beschäftigten sich neben der Berichterstattung vom Parteitag auch mit den Stadtverordnetenandidaturen. Es kandidieren in:

- 7. Komm. Wahl. Dr. Alfred Bernstein,
8. " " Zigarettenhändler Gottfried Schulz,
9. " " Zeitungspediteur Paul Boehm,
10. " " Schmied Emil Basner,
11. " " Zeitungspediteur Robert Wengels,
12. " " Kürschnermeister Emil Bartowski,
13. " " Dr. Hermann Wehl,
14. " " Parteisekretär Theodor Fischer,
15. " " Eigentümer Paul Schulz,
16. " " Expedient Fris Zubeil,
17. " " Redakteur Karl Reid,
18. " " Parteisekretär Wilhelm Pfannkuch,
19. " " Gastwirt Hermann Heise,
20. " " Redakteur Hugo Kochsch,
21. " " Expedient Theodor Glode,
22. " " Schriftsteller Emanuel Wurm.

Freistellen in den Heimstätten.

In den Heimstätten der Stadt Berlin gibt es Freistellen für in Berlin ortsbekannt bedürftige Personen, die keiner Klasse angehören und auch nicht die Armenpflege in Anspruch nehmen wollen zur Deckung der Kosten, die durch Freistellen entstehen, werden die Mittel teils aus einigen hierfür bestimmten Stiftungen, teils aus dem alljährlich durch den Etat bereitgestellten Freistellenfonds hergegeben. Allen, die es angeht, empfehlen wir aufs neue, sich gegebenenfalls um solche Freistellen zu bewerben. Gesuche sind schriftlich oder mündlich an das Bureau der Heimstättenverwaltung (Stadthaus, Stralauer Straße) zu richten, doch ist ein ärztliches Attest beizufügen, zu dessen Ausfertigung das vorgegebene Formular kostenlos im Bureau verabsolgt wird. Die Gewährung

solcher Freistellen in Heimstätten gibt nicht als Unterstützung aus Armenpflegemitteln.

Es kommt leider vor, daß auch Personen, die einer Krankenkasse angehören, eigentlich auf Freistellengewährung antragen müßten. Manche Kassen wollen, wenn Heimstättenüberweisung gewünscht wird, zur Kostendeckung nicht mehr als den Betrag des Krankengeldes zahlen, und zu einem Reste können sie auch nicht gezwungen werden. Kann das Kassenmitglied nicht aus eigener Tasche das Fehlende dazugablen, so wird viellecht berührt, eine Übernahme der Mehrkosten auf den Freistellensfonds oder auf Stiftungsmittel zu erwirken. Aber leider wird durch die für den Fonds wie für die Stiftungen geltenden Bestimmungen es unmöglich gemacht, in solchen Fällen einen Zuschuß zu bewilligen. Die Freistellen sollen bestimmungsgemäß nur denjenigen Personen zugute kommen, für die überhaupt keine Kasse eintreten könnte. Sie werden gewährt nach dem Grundsatz „ganz — oder gar nicht“.

Für diejenigen, deren Besuche um Freistellen oder auch nur um Kostenzuschüsse aus diesem Grunde zurückgewiesen werden müssen, ist das sehr bitter. So wurde uns kürzlich mitgeteilt, daß eine herzleidende Näherin, Mitglied der Ortskrankenkasse der Schneider, vom Kassenarzt zur Überweisung in eine Heimstätte empfohlen worden war, aber von der Kasse nur 85 Pf. Kostenbeitrag pro Tag erhalten sollte. Ein dem Heimstättenbureau eingereichtes Gesuch um Bewilligung eines Kostenzuschusses wurde abgelehnt aus dem oben erwähnten Grunde. Die Ortskrankenkasse der Schneider gehört zu denjenigen Kassen, die mit 1. Januar 1914 in der Allgemeinen Ortskrankenkasse aufgehen. Es bleibt mithin der herzleidenden Näherin und anderen Mitgliedern, denen es etwa in letzter Zeit ebenso ergangen ist, noch die Hoffnung, daß dann die Allgemeine Ortskrankenkasse sie in eine Heimstätte schicken und die vollen Kosten tragen wird. Wir setzen voraus, daß jenes bei der Ortskrankenkasse der Schneider geübte Verfahren nicht von der Allgemeinen Ortskrankenkasse mitübernommen werden wird.

Die Berliner Stadtbibliothek hat eine wertvolle Briefsammlung zum Geschenk erhalten. Professor Dr. Rudolph Gené hat ihr eine umfangreiche Auswahl von Briefen, die er während seines langen Lebens — er steht kurz vor Vollendung des 89. Lebensjahres — und infolge seiner vielfachen literarischen und künstlerischen Beziehungen von einer ansehnlichen Reihe bedeutender Männer und Frauen erhalten hat, übergeben. Was den Wert dieses zwei Menschenalter umfassenden Corpus epistolarum noch erhöht, ist, daß Professor Gené ihm aus seinem untrüglichen Gedächtnis eine Fülle schriftlicher Erläuterungen gegeben hat, die nicht nur seine vielfachen persönlichen Beziehungen zu den Briefschreibern angehen, sondern ein allgemeines Interesse beanspruchen. Die Sammlung enthält u. a. Briefe von Hr. Bodensiedt, Bogumil Dawison, Emil Debrient, Franz Dunder, Georg Ebers, Theodor Fontane, Gustav Freytag, Karl Haglorn, Karl v. Holst, Joseph Joachim, Ernst Koshat, Karl Freiherr v. Perfall, Franz v. Rottenburg, Marie Seebach, Spielhagen, Max Maria v. Weber, Mathilde Wesendonck, Ernst Wichert, Ad. Wilbrandt, Ernst v. Wildenbruch, auch Genéses Verhältnis zu Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha als Redakteur der von diesem gegründeten „Koburger Zeitung“ findet in ein paar vom Herzog teils selbst geschriebenen, teils als Diktate Genéses zugesandten Anweisungen drastischen Ausdruck. Ferner hat Gené der Stadtbibliothek eine Sammlung von Briefen aus den Märztagen 1848 übergeben, die in der Stadtbibliothek aufbewahrt Friedlaender'sche Sammlung zur Geschichte der Bewegung von 1848 bereichern.

Zur russischen Fleischzufuhr.

Die gemischte Deputation zur Beratung über Maßnahmen gegen die Lebensmittelvergiftung hat bekanntlich in ihrer Sitzung vom 29. v. M. beschlossen, den Bezug des russischen Fleisches wieder aufzunehmen. Nachdem inzwischen der Landwirtschaftsminister die Genehmigung zur Einfuhr erteilt hat, fand gestern vormittag in dieser Angelegenheit im Berliner Rathaus eine Besprechung mit Vertretern der Berliner Vorortgemeinden statt. Die Besprechung hatte das Ergebnis, daß im großen und ganzen alle Gemeinden, die sich bisher an dem Bezug russischen Fleisches beteiligt hatten, auch diesmal ihre Beteiligung hieran zusagten.

Ihren 101. Geburtstag feierte eine Frau K. Heinrichs, Zionskirchstraße 46.

Ueber den angeblichen Selbstmord des künftigen Rechtsanwalts Bredered wird jetzt noch Angaben berichtet, die ein aus Brasilien heimgekehrter Berliner Geschäftsreisender gemacht hat. Hiernach soll der ehemalige Anwalt, der eine Zeilung in Curitiba ein Blumengeschäft hatte, sich im Hotel de l'Orse in Sao Paolo in Brasilien vergiftet haben, als ein anderer Reisender, ein Freund des Verstorbenen, die Behörden auf den von ihm erkannten Gesuchten aufmerksam gemacht habe. Hiernach müßte der Selbstmord doch schon geraume Zeit zurückliegen und es wäre auffallend, daß er in der Zwischenzeit noch nicht amtlich hierher gemeldet worden wäre. Jene eine amtliche Mitteilung ist aber bis jetzt noch nicht hierher gelangt.

Die Arbeiter-Bildungsschule,

Grenadierstr. 37, befindet sich mit ihren Kursen in der Eröffnungswöchle. Die etwaigen Teilnehmer an Literaturgeschichte werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Unterricht an heutigen Abenden nicht ausfällt. Die Vertreffenden wollen sich bei ihrem Abendeleiter entschuldigen. Am nächsten Abende, im November, fällt der Unterricht wieder aus.

Reise Nachrichten. Im Kleiderstranz erhängt hat sich der 35 Jahre alte Kleider Emil Rega aus der Vorjägerstr. 25. R. hatte seit längerer Zeit keine Beschäftigung. — Von einem Automobilunfall überfahren wurde an der Ecke der Hohenstaufen- und Martin-Luther-Straße eine Frau R. aus der Helmstädter Straße. Sie liegt an einem Schädelbruch in einer Klinik schwer danieder. — In den Lichtschacht geföhrt ist der 84 Jahre alte Schlosser Paul Riediger aus der Waldherstr. 6. An den Folgen der Verletzungen, die er sich hierbei zuzug, ist er gestern im Krankenhaus gestorben. — Nach der Rettung gestorben ist die 17 Jahre alte Schneiderin Gertrud Schulz, die bei ihren Eltern in Neukölln am Wasser wohnte. Das junge Mädchen sprang am Sonnabend in der Nähe der Kaiser-Friedrich-Brücke am Kupfergraben in den Kanal, wurde aber von Schiffen und Schwämmern gerettet und nach der Königl. Klinik gebracht. Hier ist die Gerettete jetzt an Herzschwäche gestorben.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. Die Ortskrankenkassenwahlen finden am Sonntag, den 26. Oktober statt. Es ist notwendig, daß sich sowohl die wahlberechtigten Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in die Wählerliste eintragen lassen. Die Eintragung geschieht im Kassentotal Weichselstraße 8 (Ideal-Passage). Eine besondere Benachrichtigung ergeht an die Wahlberechtigten nicht. Die Anträge zur Aufnahme in die Wählerliste können auch durch Beauftragte eingereicht werden. Für die Wahlangelegenheiten ist die Kasse geöffnet: Werktags von 8—3 und von 5—7 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Alle Funktionäre und Vertrauensmänner werden hiermit aufgefordert, in ihren Bezirken oder Betrieben darauf zu achten, daß die Eintragung geschieht.

Ueber Mangel an polizeilichem Schutz beklagt sich ein Leser des „Vorwärts“ in einer an uns gerichteten Zuschrift. Derselbe befuhrte am Sonntagabend in der Treptower Straße Verwandte. Als er 1/11 Uhr mit seiner Frau auf dem Rückwege begriffen die Ganghoferstraße passierte, wurde das Ehepaar von zwei Männern durch unflätige Redensarten belästigt. Die Beschimpfungen gingen jedoch weiter. Bald darauf erging es anderen desselben Weges daherkommenden Passanten ebenso. Als der Schreiber sich nunmehr noch einmal umschah, kam einer der Schimpfenden auf seine Frau zu und verfeigte ihr einen Stoß. Infolge Hinzukommens weiterer Passanten löschten die Rowdies. Nunmehr begab sich das Ehepaar nach dem einige Schritte entfernt liegenden früheren Denkmalplatz in der Berg- und Richardstraße, um einen Schutzmännchen von dem Vorgang zu unterrichten; sie suchten indessen vergeblich nach einem solchen. Ein in der Nähe der Hermannstraße stehendes Schutzmännchen erklärte den Fragenden: „Ja, dort steht kein Kosten, soll doch die Behörde mehr Leute einstellen“. Das jene Gegend, von der der Schreiber berichtet, zu so früher Zeit von der Polizei entblüht ist, scheint nicht an einem Mangel an Schutzelementen, sondern an der Art der Verteilung derselben zu liegen. Zudem werden erfahrungsgemäß Schutzelemente oft bei Gelegenheiten verwendet, bei denen sie völlig überflüssig sind.

Wilmerdors.

Der Vorsitzende des Vereins „Arbeiter-Jugendheim“, Herr Diezinger, Joachim-Friedrichstr. 28, nimmt Mitgliederanmeldungen entgegen. Der Monatsbeitrag ist auf 10 Pf. festgesetzt; doch steht es frei, auch höhere freiwillige Beiträge zu leisten.

Alt-Ortenie.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Danach gehören dem Verein 143 Genossen und 47 Genossinnen an. Vorwärtsleser sind 188 am Orte. Nachdem Genosse Diez den Kassenbericht und Genosse Bartel den Bericht der Gemeindevorstände erstattet hatten, wurden folgende Anträge Rodenbusch beraten und einstimmig angenommen: 1. Sämtliche Sitzungen sind im „Jugendheim“ abzuhalten. 2. Die Bibliothek wird im „Jugendheim“ untergebracht. 3. Vor jedem Bezirksabende hat eine lombinierte Vorstandssitzung stattzufinden. 4. Alle Parteimitglieder sind Ehrenämter; in Zukunft wird für Sitzungen keine Entschädigung gezahlt. Sodann gab Genosse Thielicke-Schöneberg den Bericht vom Parteitag. In der Diskussion sprach Genosse Kaufmann im Sinne des Referenten. Genosse Ullig wies nochmals auf den im November stattfindenden Vortragstag sowie auf den heiteren Abend am 15. November hin.

Spandau.

Der seit acht Tagen vermiste Genosse Löpfer Karl Fischer wurde vor einigen Tagen als Leiche am Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Turm aufgefunden. Der Verstorbenen litt seit mehreren Jahren an einer schweren Krankheit und er zeigte in der letzten Zeit Spuren großer Nierengeschwulst. Aus Verzweiflung über seinen Zustand ist er wohl freiwillig in den Tod gegangen. Die Partei und Gewerkschaft verliert in dem Verstorbenen einen langjährigen und treuen Anhänger und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung wird im Inzenratenteil bekanntgegeben; die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Berlin.

In der Stadtverordnetenversammlung erstatteten der Bürgermeister, der Vorsteher und Genosse Salzmann Bericht über den Städtetag. Die Magistratsvorlage betreffend die Beschlußfassung über den Bebauungsplan wurde auf Antrag des Genossen Knöschke mit 11 gegen 10 Stimmen bis zur Anhörung des Landmessers Röhrenmeister ausgelegt. Es hatte nämlich befragter Landmesser unter sämtliche Kartenblätter die Bemerkung gesetzt: „Auf Veranlassung des Herrn K. Bernike“. Nachträglich ist diese Bemerkung entfernt und dafür „Die Bebauungsdeputation“ gesetzt worden. Genosse Knöschke montierte diese Bemerkung; er gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß wohl der betreffende Landmesser mit den Angaben für den Bebauungsplan nicht einverstanden gewesen wäre und dafür die erste Bemerkung darunter gesetzt habe. Es dürfte daher die Anhörung des Landmessers Röhrenmeister sehr zur Aufklärung beitragen. Hiernach bewilligte die Versammlung 8388,50 M. unter Einbehaltung einer Kautions von 5180 M. dem Landmesser Röhrenmeister als Teilzahlung für den ausgearbeiteten Bebauungsplan, der 81 008,50 M. kostet. Ein Gärtner, der an einer noch nicht regulierten Straße ein eis Morgen großes Terrain zur Errichtung einer Gärtnerei erstanden hat, beabsichtigt auf seinem Grundstück ein Wohnhaus zum Selbstbewohnen zu errichten. Er hatte sich deshalb um Auskunft über die Genehmigung zur Errichtung des Wohnhauses an den Magistrat gewandt; dieser hatte die Genehmigung abgelehnt. In einer sehr langen Debatte, in der sich außer unseren Genossen auch mehrere Bürgerlichen für die Genehmigung ausgesprochen hatten, wurde mit 18 gegen 1 Stimme beschlossen, daß der Magistrat den Besitzer um die Einreichung einer Baugenehmigung ersuchen solle, und sofern daraus zu erhellen ist, daß das Haus nur für seine Zwecke, also nicht zum Vermieten errichtet gedacht ist, ihm Ungelegenheiten nicht entgegenzusetzen werden sollen. Es wurden dann noch Zusätze für Wasser- und Töpfearbeiten des alten Krankenhauses, das zu Wohnzwecken hergerichtet wird, sowie für Lieferungen von Fleisch- und Wurstwaren sowie Kartoffeln für das neue Krankenhaus erteilt. — In nicht-öffentlicher Sitzung wurden drei Polizeiverordnungen angefaßt. Es sollen, da die Nachwächterstellen eingehen, sämtliche Polizeiverordnungen von nun an abwechselnd Tag- und Nachtdienst versehen.

Potsdam.

Der Stadtrat Jänike ist zum zweiten Bürgermeister in Eßling gewählt worden. Jänike war u. a. Delegierter der Armenverwaltung. Unter seiner Leitung sind die Ausgaben für dieselbe ständig zurückgegangen, trotzdem von einer Verminderung der Armen in Potsdam nichts zu merken gewesen ist.

Eintragung über Beiträge zum Bebel-Fonds.

North Well, Berlin-Friedmann, Zehnerstraße 1.10. — R. H. Wiffa 10. — Hilfsarbeiter des Nordwärts, Verwaltungsstr. 30. — Franz Bachmann 1. — Kurt Rosenfeld 100. — Karl Weber, Br. Hamburger Straße 18/19 20. — Angestellte der Buchhandlung Bornarts 50. — North Jourdan, Pantan 20. — Sattlerwerkstatt Demuth, Mittelstr. 29. — Arbeiter und Arbeiterinnen der Rechenmaschinenfabrik Ludwig Schütz u. Co. für die Jugend 50. — Otto Krüger, Wendenstr. 89. — 1.50. Kollegen der Firma Kieseling, Wöbelfabrik, Waldemarstr. 59. — Von den Genossen der Erholungsstätte Jungensende durch Wittenberg 4.65. — M. Rosenbaum, Grammelstr. 200. — Von Kollegen und Kolleginnen der Dussabrig Verhies, Wollnerstraße 27a 5.90. — Eduard Röhnow, Neukölln 10. — Von den Schneidern der Firma Wolf u. Schulz 15. — Von den Buchdruckern der Firma Adde, Alexandrinenstraße 99 12.05. — R. D. 100. — Dr. H. Silberstein in Neukölln 10. — Zur Erinnerung an August Bebel 1000. — Hermann Ulrich 10. — R. B. 10. — Von den Gefellen der Werkstatt R. Behr, Schöneberg 23.5. — R. G. Pantan, Schmidtstr. 19. — 4. — W. 10. — 4. erste Rate 11. — Fr. Waras, Charlottenburg 3. — Von der Arbeiterschaft der Brandenburger Karosseriefabrik durch Wöbke 20. — Zweigverein der Kasse-Angestellten Berlin 100. — Sammlung der Schlichter v. B. 15.31. — Kolliezer der R. H. G. Oberkasseneid 15. — Personal der Buchdruckerei und Buchbinderei der Firma Juergens 10. — Scherfenteile der Elektrischen Zentrale, Kuer-Gesellschaft u. Co. 10. — Angestellte der Abteilung Multiplizierte Rotation Wilhelm 11.25. — Hilfsarbeiter der Kollegen der Firma Stock u. Co., Maßbranche 20.65. — Arbeiter der Weinsteller der Firma Brand u. Co., Berlin, Lindenstraße 3.10.50. — Zentralverband der Handlungsgewerlichen, Bezirk Berlin 25. — Das Verkaufpersonal der 4. Verkaufsstelle des Konsumgenossenschaft 4.50. — Hans Kelling, Lohaus, Böbmen 2. — Ueberbüch aus der Scherfenteile der Arbeiter des Betriebes H. Schubert, Alexandrinenstraße 110.10. — Gesamtamt des Halle u. Södn 10. — Schlosser Schille u. Deichen, 19 Pf.-Kasse. — R. A. — Hannemann 20. — Organisierte Metallarbeiter der Firma Götze, Pantan 10.50. — Organisierte Transportarbeiter bei Lantenstraße 16. — Von der Arbeiterschaft der Firma

Dr. Max Leub 18. — Dr. R. 3. — Personal der Firma Döhning u. Henning 17. — 2. Wählkreis, Bestandsliste 10. — Von Transportarbeitern der Firma Dr. R. Leub durch Schulz 5. — Otto Dannenberg 1. — Max Stahn, Neudorferstraße 3. — Von den Kollegen der Firma Hamann, Schöneberg, Penningsstr. 23. — Saal I 10.50, Saal II 13.50 24. — Von den Kollegen der Firma Esel u. Rohmann 10.05. — Otto Kallfeld, R. d. D. Melanstr.-Berb. 3.50. — E. und M. B. 50. — Kollegen R. Weimann, Charlottenburg 10. — Arbeiter der Firma Maggi 23.55. — Buchdruckerei Janiszewski 10. — Radruß f. Bebel Arbeiterjugend d. R. A. G. 20. — Rg. u. Genell, Wt. Revision 6.05. — Zwickel u. Co., Charlottenburg, Solzauer 118.25. — Personal der Firma Hans Dorn G. m. b. H. 11.40. — Personal der Hausdruckerei U. E. G. 5.70. — Tagelöhner Beel u. Glöppenburg 50. — Buchdruckerei und Buchbinderei Isidor Jagert 3.50. — Bechtelbühnen der Groß-Buchbinderei Heilmann 5. — Kollegen der Firma Neve durch Köhler 10. — Bezirk 383, 1. Teil, 4. Kreis 5. — Schlachtstaus Genf 25. — Krampfenüberbüch der Betriebsarbeiter der Brauerei Engelhardt, Charlottenburg 10. — Kupferstempel durch Köhler 25. — Rauschbüch „Fidelitas“, Neukölln, R. A. B. 5. — Personal der Buchdruckerei Gebrüder u. Reimers 10.50. — Kollegen der Firma Anon-Dremle, Wittenberg durch Köhler 89.70. — Heinz Bauer u. Co., Berlin, Boghagener Straße 17 a 23. — Aus der Scherfenteile des Hählhauses der Bergmann-Elektrizitätswerke 20. — Paul Kinner, Wittenberg, Grünberger Straße 11 17.50. — Von den Arbeitern der Firma Wendt u. Redlich, Unter den Linden 29.30. — Erwald Rabian, Wilmersdorf 3. — Von den Kollegen der Firma Albert Kurz 10. — Von den Arbeitern der Firma Zimmer u. Wöbner 8.55. — R. B. 70. — Kraftfahrersführer der Firma Oertl u. Ko. 5. — Sammelbüch von der Kasse der Kapazierer Simons 5. — Karosseriefabrik, Radlererei Franke 21.75. — Rotationsmaschinenmeister „Vorwärts“ 30. — Scherfenteile 4. Kreis, Wt. 30, Bezirk 343 10. — Scherfenteile 4. Kreis, Wt. 30, Bezirk 344 10. — Scherfenteile der 8. Gruppe, Charlottenburg 10. — Scherfenteile der Firma Oberstein 30. — Vom technischen Personal des Deutschen Druck- und Verlagsbaus, Lindenstr. 28 59.50. — Kontobucharbeiter und -arbeiterinnen der Firma Wiesenbach u. Junde, Holzmarktstraße 67 20. — Organisierte Kollegen der Firma Franz Schmidt u. Hönisch, Prinzessinnenstr. 16 10.05. — Von den Kollegen des Rammwerks der Firma Iler, Weihenfer 16. — Schneider und Schneiderinnen von Beck u. Glöppenburg, Kottbuser Ufer 41 30. — 2. Kreis, Bezirk 126 3. — 2. Kreis, Bezirk 88 10. — 2. Kreis, Funktionäre der 8. Wt. 14. — 2. Kreis, Funktionäre der 5. Wt. 12. — Durch Jakob 7. — Wöbelfabrikerei Bergmann 20. — Personal der Firma Bohnhag u. Apel 21. — E. E. 4. — R. G. 200. — Tischlerei Süssner, Schiller Ufer 8 10. — Vom Lesabend Eiden bei Frölich 10. — Maschinenmeister der Berliner Morgenpost 50. — Hilfspersonal der Druckerei Raud u. Hartmann 10. — Tischlerei Ridel, Remise u. Lehmann 20. — Personal der Buchdruckerei Julius Sittenfeld 54.20. — R. d. D. 10. — Lesabend der 19. Wt. 6. — Wählkreis 5. — Von den Kollegen der Firma Baer Sohn 50. — H. Schulz 5. — D. Levinger London G. u. G., Berlin 5.40. — Gen. p. d. Kollegen der Firma Klaus, Neukölln, Anefeldstr. 61 10.05. — Von der Scherfenteile Silbermann, Gründer, Blank u. Co. durch Glöppel 10. — R. G. Diäten 111. — Selbstamt von Familienorganisierten Kollegen der Firma H. Klemme, Friedenau, Waukloster, Schömergendorfer Straße 32 30. — Photo-Abteilung des Arbeiter-Verbands „Naturfreunde“, Neukölln 10. — Metallschleifer R. H. G. Oberkasseneid 10. — Tischlerei Karl Wehner, Stargarder Straße 2 6. — 2. Märten, Steglitz, Mühlstraße 72 3. — Aus der Großkassette der organisierten Kollegen der Nordst-Bergaler-Gesellschaft 5. — Sammlungs-Überschüß der Kollegen und Kolleginnen der Firma Schürdt 43.30. — Von den Kollegen der Firma Dammberg u. Cunnid 17.30. — 4. Kreis, 40. Abteilung, 2. Rate 25. — Stellanus „Waldhaus“ 5. — Lotteriekreis „Kammer Bach“, Rotebalkenstraße 1 15. — Hilfspersonal der „Buche“ 20. — Abteilung 6 8. — Wt. 7, Bezirk 145, 2. Teil 10. — Bauarbeiter des Konsumhauses Wittenberg 35. — Auf Witten 4024 und 4025 22.50. — Arbeiter der Tischlerei Riel, Rantzenstr. 18 8. — Frauenleseabend der 28. Wt. 10. — Frauenleseabend der 18. Wt. 6. — Das Zentralkomitee bei der Delegiertenwahl 5. — Reich und Herz 5. — Sektion der Farmarbeiter, Zentralverband der Fleischer, Erdbeermüllerei Berlin 26.10. — Siederle der Kollegen der Konsumgenossenschaft Garnitorm, Waldmannslust 10. — Scherfenteile der Sattler, Rabelmer Oberpreze 7.20. — Gesamtamt von den Kapazierern der Firma Reichelt 6. — Weitere Beiträge sind zu richten an Emil Doocke, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 I.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede und verwandten Gewerbe Deutschlands, Hilfsstelle Berlin 2, und Stettenerstraße für Mitglieder und deren Frauen. Begründet am 1. August 1892. Geschäftsstunden: Jeden Freitag und Sonnabend, abends von 7 1/2—9 Uhr, bei H. Paerff, Oldenburger Str. 10, vom im Laden.

Briefkasten der Redaktion.

Fr. 2. 21. Das Testament ist unglücklich. Für die Verantwortlichkeit der äbrigen Fragen reicht Ihre Darstellung nicht aus. — **H. O. Friedmann, Da. — Feinstr. 15.** 1. Nur für den Stadtbereich Berlin. 2. Rein. 3. 10 Jahre. — **R. W. 5.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Nach Familien. 4. Ja. 5. **Fr. 11.** 1. Für den Fall der Abwesenheit j. 2. Am zweckmäßigsten eine Erklärung bei einem zur Führung eines öffentlichen Dienstes berechtigten Beamten, z. B. Polizeirevier. 3. Das liegt im Ermessen des Richters. Strafentscheidungen kann auch nur gegen einen Teil gestellt werden.

Marktpreise von Berlin am 6. Oktober 1913, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Weiz (mitz), gute Sorte 00,00—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Weiz (runder), gute Sorte 00,00—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Gerst 0,00—0,00. Hafer 0,00—0,00. **Marktpreise:** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböden, weiße 35,00—60,00. Ansen 36,00—70,00. Kartoffeln (klein), 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karben 1,30—2,40. Kafe 1,40—2,80. Rander 1,30—3,20. Getreide 1,30—3,00. Barische 0,80—2,40. Schlete 1,00—3,20. Weiz 0,80—1,80. 60 Stück Reche 1,00—4,00.

Witterungsbericht vom 7. Oktober 1913.

Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenart	Temper. in C.	Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenart	Temper. in C.
Stolpen	761	OSO	4wolkl.	5	Kapranba	762	WS	4wolkl.	3
Hamburg	759	OSO	4bedekt	7	Petersburg	757	WS	3bedekt	1
Berlin	760	O	1bedekt	7	Scilly	742	O	5bedekt	12
Frankf. a. M.	758	SW	Dunst	12	Köpenick	759	WS	2bedekt	6
München	760	OSO	2heiter	10	Paris	753	SO	1bedekt	13
Wien	760	SO	1wolkl.	10					

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. Oktober 1913. Zunächst vielwolkig heiter, nachts etwas Nebel bei möglichen spärlichen Winden; später wieder zunehmende Erwärmung, Bewölkung und etwas Regen. — Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	6.10.	5.10.	cm	cm ¹⁾		6.10.	5.10.	cm	cm ¹⁾
Wemel, Mühl	102	—	—	—	Gaale, Großh	55	—	—	—
Wregel, Insterburg	18	—	—	—	Gaale, Spandau ²⁾	24	—	—	—
Wischel, Thorn	245	—	—	—	Rathenow ²⁾	2	—	—	—
Ober, Ratibor	292	+145	—	—	Spree, Spremburg ²⁾	73	—	—	—
• Krosen	154	—	—	—	Becklow	92	—	—	—
• Frankfurt	152	—	—	—	Beser, Rhoden	137	—	—	—
• Scharm	54	—	—	—	Rinden	178	—	—	—
• Landsberg	24	—	—	—	Rhein, Maximilian-Jau	380	—	—	—
• Regen, Verbanm	—	—	—	—	• Raub	169	—	—	—
• Elbe, Leimert	—	—	—	—	• Rön	151	—	—	—
• Dresden	—	—	—	—	• Wedar, Hellbrom	60	—	—	—
• Barby	85	—	—	—	• Rain, Qnanu	110	—	—	—
• Magdeburg	78	—	—	—	• Wosel, Trier	30	—	—	—

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelabrik von **A. Schulz, Reichsberger Straße 5.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung



Amol das Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Akoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrerlehre

Bade-Anstalten

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiller-Bad, Müllerstr. 153 a

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditoreien

Brot-Fabrik, Vorwärts

Beleuchtungsgegenstände

Beleuchtungsgegenstände

Bekleidung

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bäcker- u. Konditoreien

Bäckerei 'Nordstern'

Löwen-Brauerei

Schloßbräu-Flaschenbier

G. Jürgens, Winastr. 32.

F. Kullmann, Prinzen-Allee 87.

Otto Schreiber, Hohentried-

Paul Sonnabend, Crossoverstr. 25

Fr. Steinberg, Str. 29

Gustav Stolz, Hüstenstr. 44

T. Sommermann, Bahngasse 18

Tschernner, Straßmannstr. 8

Max Tilmann, Christburgstr. 24

H. Thomas, Köpenickerstr. 64a

Uhlir, Paul, Köpenickerstr. 28

G. Vettin, Grüner Weg 57 - 57

W. Wiese, Lichtberg, Kreuzstr. 1a

Paul Zwarg, Landberg, Allee 136

P. Zimmer, Fischl-Werke, Waldstr. 14

L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

F. Roland, Immanuel-

Glas, Porzellan

G. Krüger, Weidenburgerstr. 78

Grammophon, Sprechm.

Blindokplatten-Centr. Plab. v. 85 Pf

W. Becker, Ullrich, Wilmersdorferstr. 127

Haarartikel

Haus- u. Nüchengeräte

Fr. Kamerowsky, 1011, Besenweg

Mamiel, Spandau, Schönw. 95

A. Voß, Hüttenberg, Gerichthaus 25

Heilgehilfen u. Maßfahre

Express, alle Kassenzuggehörige

Herren-Artikel

G. Cohnheim, Reinkend. Str. 8

A. Löck, Markt 2, Reinkend. Str. 8

Paul Memel, Potsdamerstr. 139

W. Sandler, Wrangelstr. 45

Paul Wolff, Potsdamerstr. 139

G. Walters, Klosterstr. 30, Spand.

Herrn- u. Knabenmod.

J. Baer, Badstr. 26, Eke

A. Hennemann, Tegel, Berl. Str. 88

S. Kainer, Zinkasafabrik

Leck & Sipeck, Schick-Allee 70

J. Rosenburg, Reinkend. Str. 118

Julius Salomon, Brunnenstr. 25

Herren-Artikel

Hermann Fritscher

Nollendorferplatz 19

Hüte, Mützen, Pelzwar.

Belle, Rud., Chaussee 66

H. H. Basse, Tegel, Schloßplatz 13

Haut beim Hutmacher

Sobr. Seise, Müllerstr. 155

Haus Monopol, Müllerstr. 155

A. Lommatz, Wilmersd. 112

Rieck, Em., Badstr. 64

A. Ring, Joh. B. Ring, Besenweg 119

Schoer, Herm., Wilmersd. 44

Vester, E., Damm 1819

Zum Hutwinkel

S. Kohl, Chaussee 85

Kaufhäuser

Kaufhaus Britz, Chaussee 31

A. Zimmer, Tegel, Brunowstr. 8

P. Falkenstein

Hochstr. Str. 1

Kolonialwaren

G. Behrens, Schönberg, Akademiestr. 9

F. Belle, Schönberg, Tempelstr. 19

J. Bode, Pichelsdorferstr. 96, Spand.

C. Böse, Provinzialstr. 109, Reinkend.-Str. 8

Fr. Faust, Nkl., Weesstr. 4

Fr. Fleischer, Heidenfelderstr. 6

Wirtschaften, Etablissements. Dresdener Bierhalle. Hagenbeck Cafe und Restaurant. S. Lehmann. Patzenhofer Ausschank. Cafe-Restaurant. O. Rohloff.

O. Rönfeldts Hackepeter, Müllerstr. 159. Zahnateller. Max Alm, Franseckstr. 15. M. Dresler, Gräberstr. 701.

E. Sager, K. Killa, Bergstr. 81. Hermann Schulze, Beusselstr. 15. Emil Sann, Große Frankfurterstr. 4.

O. Galle, Kolonialw., Bismarckstr. 36. W. Werdermann, Kolonialwaren. R. Wilke, E. Stark, Bäckerei.

Rich. Scholz, Bäckerei u. Konditor. W. Werdermann, Kolonialwaren. R. Wilke, E. Stark.

Schöneberg. W. Hübner, Bülowstr. 61. O. Kurzweg, Schuhm. Feinreparatur.

Fr. Pannek, Bergstr. 195. Spandau. W. Lutter, Fahrz., Fichtelbergstr. 98.

Kaol. Drei Tropfen. geben schmutzigstem Metall Dauerglanz. Unentbehrlich für Autos. Man verlange überall „Kaol“ in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.

PROBLEM "MOSLEM" Cigarettes. Illustration of a man in a turban smoking a pipe. H. R. ERDT.

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie Milo - Schnupftabak schnupfen. Weiter russischer Augentabak.

Verkäufe. Teppich-Thomas, Drantenstr. 44. Floristischer Teppich-Handlung. Wandbildhaus Hermannplatz 6.

Teppichgeschäft, alles, anderen Unternehmen halber zu verkaufen. Kolonialwarengeschäft, gut eingerichtet.

Zigarrengeschäft, alles, anderen Unternehmen halber zu verkaufen. Kolonialwarengeschäft, gut eingerichtet.

Auf Teilzahlung komplette bürgerliche Wohnschränke in einfacher und besserer Ausführung. Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben wir Kredite.

Konkurrenzlos preiswerte Möbel in großer Auswahl. Auf Teilzahlung komplette bürgerliche Wohnschränke.

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache. Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Göttingerstr. 16.

Der Mord im Tiergarten.

Vierter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Dr. Schlichting tritt der Sachverständige Major a. D. Berger noch einmal vor, um sein gestriges Gutachten zu ergänzen.

Er habe gestern sagen wollen, daß, wenn ein Mord angenommen werden sollte, es unwahrscheinlich sei, daß hier ein Mörder die Waffe nach dem Kopf des Getöteten gerichtet hat. Der Sachverständige begründet dies mit der Entfernung, in welcher die Waffe gehalten sein muß, denn der Mörder würde sich sagen, daß bei einer solchen Entfernung die kleinste Seitwärtsbewegung des Opfers ein Verfehlen des Ziels zur Folge haben würde. ... Vorst. (unterbrechend): Herr Major, wenn Sie nicht neue Momente vorführen wollen, würde ich weitere Ausführungen nicht zulassen können, denn ich möchte dann jeden der anderen Sachverständigen wieder zur Wiederholung ihrer Ausführungen das Wort geben müssen. ...

Ein Geschworener wünscht zu wissen, was eigentlich der Gut des getöteten Reimann geblieben ist, den er doch bei dem Zusammenstoßen im Tiergarten auf dem Kopf gehabt habe.

Staatsanwaltshauptkassator Dr. Gysae erklärt, daß bisher auf den Gut von der Anklagebehörde keinerlei Wert gelegt worden sei. ... Der Zeuge Sibel kann sich nicht bestimmen, ob der Gut neben der Leiche gelegen hat oder nicht. ... Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen.

Schuldfragen.

die auf Mord oder Totschlag lauten und für den Fall der Verjahung eines Totschlages die Unterfragen hinzufügen und ob der Totschläger ohne eigene Schuld durch Mißhandlung oder schwere Verletzung von dem Getöteten zum Tode gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingetrieben worden ist (§ 213) oder ob andere mildernde Umstände vorhanden sind.

Plaidoyers.

Staatsanwaltshauptkassator Dr. Gysae führt u. a. aus: Es handelte sich wieder um ein Opfer der verhängnisvollen Nebenberufshetze, von der die Spalten der Zeitungen und die Gerichte jetzt so häufig widerhallen und mit der auch Sie sich in der arbeitslosen Sitzungsperiode sehr viel zu beschäftigen hatten. ... Sie werden vielleicht einen anderen Antrag von mir erwarten haben mit Rücksicht vielleicht auf das Gutachten des Sachverständigen Dr. Lohy Cohn. ...

Die Herren Psychiater, die gewiß sehr gründlich und sehr gewissenhaft ihres Amtes walten, sehen eben fast nur Kranke und vergehen ganz, daß Gott sei Dank, ein größerer Prozentsatz der Menschen noch normal ist. Der Sachverständige hat ja auch die Angeklagte nach der Tat nicht gesehen, sondern nur die Darstellung gehört, die die drei braven Männer, die als die ersten hinzugezogen waren, nach ihrem besten Wissen gegeben haben. ...

möglichlich. Diese Herren Psychiater, die gewiß sehr gründlich und sehr gewissenhaft ihres Amtes walten, sehen eben fast nur Kranke und vergehen ganz, daß Gott sei Dank, ein größerer Prozentsatz der Menschen noch normal ist. Der Sachverständige hat ja auch die Angeklagte nach der Tat nicht gesehen, sondern nur die Darstellung gehört, die die drei braven Männer, die als die ersten hinzugezogen waren, nach ihrem besten Wissen gegeben haben. ...

Ganz anders lautet doch das Gutachten des Geheimrats Dr. Kortum, der als Voraussetzung hinstellt, daß die Angaben der Angeklagten wahr sind und bei Wegfall dieser Voraussetzung die Verantwortlichkeit der Angeklagten besiedeln läßt. ...

machen, der sich unschuldig fühlt, selbst wenn man einen guten Prozentsatz von den schuldigen Berliner Redensarten in Bezug bringt. Alles, was die Angeklagte über die Vorgänge bei der Tat gesagt hat, ist nach meiner festen Überzeugung nicht wahr. ...

Verteidiger Rechtsanwält Dr. Ledermann setzte seinen Ausführungen das Wort voraus: „de mortuis nil nisi bono“ (Nur Gutes von Toten), meinte aber, daß dieses Wort auch Maßnahmen zulasse und daß der aus dem Leben geschiedene Reimann zu einer solchen Ausnahme zwingt. ...

Verteidiger Justizrat Friedmann: Nicht bloß Sie werden erkannt sein, daß der Staatsanwalt heute einen Antrag auf schuldig stellt, sondern von diesem Erkenntnis werden weitere Kreise erfaßt werden ebenso wie die Ränker auf der Verteidigerbank. ...

Die am Schlusse des Plaidoyers ertönenden vereinigten Beifallsgelände des Publikums unterlag der Vorsitzende als völlig unzulässig. ...

Die Beratung der Geschworenen dauert über 2 Stunden. Am 5/10 Uhr verkündet der Obmann, Professor Dr. Kühne, den Spruch der Geschworenen; er lautet auf Schuldig des Totschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ghas: Die mildernden Umstände fließen aus zwei Quellen. Einerseits aus der Erwägung, daß die Angeklagte infolge ihrer Veranlagung minder zurechnungsfähig bei der Ausführung der Tat war; andererseits, daß die Angeklagte sich in einer Lage befand, nicht ganz ohne ihre Schuld, aber doch nicht ganz durch ihre Schuld, von der sie nicht wollte, wie sie anders enden sollte. Andererseits handelt es sich um ein Menschenleben, man muß aber berücksichtigen: um welches Menschenleben; um einen Menschen, der sie bis aufs Blut gepeinigt und verfolgt hat. Unter Berücksichtigung auch der Jugend der Angeklagten beantrage ich 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Anrechnung eines Teils der Anrechnungshaft.

Justizrat Friedmann: Falls der Gerichtshof nicht den § 317 der Strafprozeßordnung anwenden will (Verweisung an ein anderes Schwurgericht wegen einseitiger Ansicht des Gerichts, daß die Geschworenen sich zu ungunsten der Angeklagten geirrt haben), so habe ich keine Ausführungen zu machen. Das Gericht wird wissen, welche Strafe es nach dem Spruche der Geschworenen zu finden hat. Jedenfalls beantrage ich die Haftentlassung der Angeklagten.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verhandelt der Vorsitzende folgendes

Urteil:

Innerhalb des Rahmens, den der Spruch der Herren Geschworenen gezogen, hat das Gericht die Strafe festzusetzen. Da hat das Gericht folgendes geurteilt: Die Angeklagte hatte vom Vater nicht nur die Intelligenz, sondern auch den Verstand geerbt und so war es für sie notwendig, daß sie eine besonders starke moralische Stütze durch ernste und sorgfältige Erziehung erhielt, ihr fehlte das gute Elternhaus, die sorgfältigen Eltern, die einem jungen Mädchen einerseits eine gewisse Freiheit lassen, andererseits aber auch mit Strenge darauf sehen, daß die Grenzen dieser Freiheit nicht überschritten werden. So kam sie in die Großstadt, wo die Verlockungen an sie herantraten und wo eine besondere Kontrolle durch zuverlässige Freundinnen besonders notwendig gewesen wäre. So war der Boden für sie vorbereitet; sie ging ein Liebesverhältnis ein, mit einem Manne, der in anderen Kreisen wie sie lebte. So ideal das gewesen sein mag, so bestand doch eine Kluft zwischen ihnen und bei der sinnlichen Natur und der ihr innewohnenden Erotik blieb noch ein Platz für einen Zweiten. Georg Reimann war das Gegenstück von Dr. Sternberg und wenn er etwas Lafterhaftes an sich hatte, so war dies vielleicht das, was die Angeklagte reizte. „Einen Kuß auf Deinen locken, frechen Mund!“ so schrieb sie und dies beweist, daß sie sich nicht immer so brav und gebildet unterhalten wollte, wie mit Dr. St. Sie jagt selbst: Eine Doppelnatur wohne in ihr, wie ja wohl in jedem Menschen etwas von einer solchen steckt. Sie liebte es, sich mit Reimann etwas nachlässiger und weniger ernst zu unterhalten. So kam eine gewisse Neigung zu ihm. Bei Dr. St. hatte sie einen gewissen Respekt zu bewahren, bei dem jungen Menschen war sie die Königin allein. Dieses Doppelspiel war eine Lage, der sie nicht gewachsen war. Denn nun zeigte sich Reimann von der schlechten Seite. Er hatte sie, nach dem letzten Brief zu urteilen, auf alle Art bedroht und geängstigt. So kam es bei ihrer hysterischen Natur, daß sie sich zu dem Schritt entschloß, der sie von dieser Fessel befreien sollte. In dieser Verfassung hat sie die Tat begangen, die die Herren Geschworenen als Totschlag erkannt und für die sie ihre mildernden Umstände bewirkt haben. Danach hat der Gerichtshof in Erwägung, daß sie trotz ihrer Intelligenz eine mangelhafte moralische Bildung besaß, sich in einer Kollage befand, da sie einen Erpresser in ihre Gewalt gebracht hatte, in fernerer Erwägung, daß sie geistig dem Dr. St. nahe, moralisch aber dem Reimann näher stand, gemeint, eine Strafe mittlerer Art verhängen zu sollen. Da ein großer Teil der mildernden Umstände schon in dem Wahrspruch der Geschworenen selbst liegt, so hat das Gericht auf

2 Jahre und 6 Monate Gefängnis

erkannt, 6 Monate auf die Unterbringungshaft angerechnet und die Einziehung des Revolvers verfügt.

Die bei der Urteilsverkündung total zusammengebrochene Angeklagte erklärte, die Strafe noch nicht annehmen zu wollen. Ein Bild des Jammers bot die Mutter der Angeklagten, die in sich zusammengefallen schluchzte und jammerte. Mit Erlaubnis des Vorsitzenden wurde ihr Gelegenheit gegeben, nach der Verhandlung noch mit ihrer Tochter Rücksprache zu nehmen.

Das Urteil ist gefällt auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen. Es ist härter als der Antrag des Staatsanwalts. Aus der Begründung des Urteils klug ebenso wie aus der gesamten Verhandlungsbildung heraus, daß das Gericht der Ueberzeugung zugeneigt habe, es liege vorläufige Lösung vor, die mit Ueberlegung auszuführen ist, also Mord, nicht nur ohne Ueberlegung, aber mit Vorbehalt ausgeführte Tötung (Totschlag). Ist diese Annahme gerechtfertigt oder ist nicht sie und auch der Wahrspruch der Geschworenen ein Fehlurteil? Hat wirklich die Angeklagte im Augenblick der Tat das Bewußtsein ihres Tuns gehabt? Selbst wenn der Sachverständige nicht auf das Bestimmteste diese Frage verneint hätte, liegen eine große Reihe von Umständen vor, die auf den Mangel an Bewußtsein zur Zeit der Tat schließen lassen. Dem Gericht und den Geschworenen war die außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt, das Seelenleben der Angeklagten zu erfassen. Sind sie dieser Aufgabe gerecht geworden? Haben sie nicht übersehen, daß die Angeklagte, wo sie Unwahrheit gesagt haben mag, nur sagte, was sie für wahr hielt? Ein Mädchen, das im Alter von 17 Jahren mit einem Gehalt von 45 M. sich und ihre Mutter ernährt, dabei des Abends Stenographie und Schreibmaschine erlernt, schließlich mit einem Gehalt von 60, zuletzt von 75 M. sich und ihre Mutter unterhält, denkt anders, als eine sorgsam vor jeder Ausgleitung behütete „höhere Tochter“. Und doch sind all die Reflexionen des Staatsanwalts und des Gerichts nur einem Vergleich mit einer solchen entnommen. Der lebensfröhliche, übermütige, mit Berliner Ironie und Schnoddrigkeit gemischte Humor scheint die Richter irregeführt zu haben. „Wachen Sie Haderpeter aus mir; vergessen Sie aber nicht das Gewürz dazu“, diese freilich nicht von übermäßiger Autorität durchsetzte Worte der Polizei zeugende Bemerkung zu dem Kriminalkommissar und andere Neugierigkeiten scheinen die Richter zu der wohl durchaus irrigen Ansicht verleitet zu haben, die Angeklagte sei leichtfertig und unglaubwürdig. Sonst hätte schwerlich, da die Schuld zum mindesten nicht voll nachgewiesen war und außerdem das ärztliche Gutachten die Zurechnungsfähigkeit verneinte, der Spruch auf Schuldig lauten können. Nicht die Angeklagte hatte ihre Unschuld, die Verhandlung hatte ihre Schuld nachzuweisen.

Soziales.

Aus Ostelbien!

Die Behandlungsweise, denen die Landarbeiter des öfteren ausgesetzt sind, haben wir an einer großen Reihe von Beispielen gekennzeichnet. Daß aber auch Gutsbesitzer nicht gerade auf Rosen gebettet sind, zeigt folgende Schilderung:

Bar da auf dem Gute des Herrn Walter Kaul in Dichte bei Friesack ein Inspektor beschäftigt. Er hatte sich vertragsgemäß vom 22. Dezember 1912 bis 1. April 1913 verbunden. Der Grund des außergewöhnlichen Einstellungstermins lag darin, daß der Vorgänger dieses Inspektors seinen Posten auf etwas ungewöhnlichem Wege verlassen hatte, — er war ausgerückt. Das Ausrücken scheint auf dem Gute des Herrn Kaul zu den üblichen Arten, den Dienst zu verlassen, zu gehören. Denn außer diesem Vorgänger des Inspektors hat auch eine Stütze während der Tätigkeit des Inspektors den Dienst auf diesem Wege verlassen, ebenso die Stütze, die unter der Tätigkeit des Nachfolgers in Diensten der gnädigen Frau stand. Der Grund ist in der angenehmen Behandlung zu suchen, der die Angestellten auf dem Gute ausgesetzt sind. Wie die beschaffen ist, lehrt die von Herrn Kaul angewandte Erziehungsmethode. So hat er im vorigen Jahre einem Leben nach Verabfolgung von Schlägen einen Eimer an den Kopf geworfen, daß das Gesicht des jungen Mannes blutete.

Infolge eines Wortwechsels, bei dem der Herr Gutsbesitzer dem Inspektor vorwarf, er habe ihm 50 Zentner Hafer und 10 Zentner Roggen gestohlen, suchte er diese Erziehungsmethode auch auf diesen anzuwenden. Erst durch das energische Auftreten des Inspektors wurde er davon abgehalten. Nach diesen und anderen Annehmlichkeiten zog es der Inspektor vor, seinen Dienst, der mit dem gewaltigen Gehalt von 720 M. nebst freier Station dotiert war, zu kündigen. Das hatte nun augenscheinlich den Herrn Gutsbesitzer erst recht in Harnisch gebracht. Er schickte ihm durch den Kutscher ein „Zeugnis“, worin in lakonischer Kürze verzeichnet stand, daß R. vom 1. Januar bis zum 31. März bei ihm in Stellung war, und daß er gegen den Herrn Gutsbesitzer und seine Frau stets unhöflich war. Infolge dieser Abfertigung und dieses Zeugnisses war es in der Folge dem Inspektor natürlich nicht möglich, eine andere Stellung zu erlangen. Ja, Herr Kaul gab auch einem anderen Gutsbesitzer, der den Inspektor bereits engagiert hatte, auf dessen Anfrage eine Auskunft, wonach dieser sich gemüht sah, den Vertrag aufzuheben. Die Zeugnisse des Inspektors aus früheren Dienststellen zeigen, daß es sich in der Tat um einen außerordentlich tüchtigen Landwirt handelt, der sich überall in seinem Benehmen sowohl wie in seinen Leistungen der weitgehendsten Zufriedenheit erfreute. Nichtsdestoweniger ist er durch das Vorgehen dieses Agrariers in ähnlicher Weise geschädigt, wie Landarbeiter in ihrem Fortkommen geschädigt zu werden pflegen. Darüber, wie weit der Gutsbesitzer dem Inspektor Schadenersatzpflichtig ist, wird das Gericht zu entscheiden haben. Zur Veranschaulichung der Zustände auf dem Lande aber glaubten wir auch diesen Fall registrieren zu sollen, und können den Landarbeitern und Gutsbeamten, die Sehnsucht nach ostelbischer Behandlung haben, das Gut des Herrn Walter Kaul in Dichte bei Friesack angelegentlichst empfehlen.

Die Konkurrenzklause gegen den auf Probe angestellten Provisionsreisenden.

Wie dringend notwendig eine gesetzliche Neuregelung der Konkurrenzklausebestimmungen ist, zeigt ein Urteil des Berliner Landgerichts, das jetzt vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Verlesung kam. In dem zur Entscheidung gekommenen Falle trat das Wach- und Schließ-Institut „Groß-Berlin“ als Kläger gegen den Reisenden J. auf. Letzterer war von der klägerischen Firma als Reisender gegen Provision eingestellt worden, auch war das Engagement nur zur Probe abgeschlossen worden. Bei diesen Bedingungen mußte sich J. noch schriftlich verpflichten, innerhalb eines Jahres nach Austritt für kein ähnliches Institut innerhalb Groß-Berlins tätig zu sein. Das Berliner Kaufmannsgericht hielt diese Konkurrenzklause für ungültig, weil es gegen die guten Sitten verstoße, einen nur auf Probe angenommenen Provisionsreisenden dazur zu binden. Dieses gewiß verständliche Urteil hob die 33. Zivilkammer des Landgerichts merkwürdigerweise auf. Es könne in der Verpflichtung zur Unterlassung von Konkurrenz für ein Jahr auch für einen auf Probe Angestellten keine unbillige Erziehung gefunden werden.

Dies Urteil beweist, daß die schlimmsten Folgen der Konkurrenzverbotsverträge nur durch eine Gesetzesänderung abgemindert werden können.

Ein Druckfehler ist zu berichtigen in dem Artikel über den „Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands“ (in Nr. 232, Beilage 1). Nach dem Satz über die halbe Million Arbeitsloser ist fortzufahren: „Sollen die alle (nicht aber) einwilligen auf Obdank beschäftigt werden, bis sie anderswo wieder Arbeit und Brot finden?“

Aus aller Welt.

Eine Stadt durch Unwetter vernichtet.

Die Stadt Rome in Alaska ist durch einen gewaltigen Wollenbruch fast vollständig zerstört worden. Fünfhundert Häuser, barackenartige Gebäude, sind eingestürzt, und eine große Anzahl anderer sind vom Untergang bedroht. Die Straßen sind vollständig überschwemmt, und trotz des fortwährend strömenden Regens wird der Verkehr mit Hilfe von Canoes aufrecht erhalten. Männer und Frauen versuchen in ihre Häuser zu gelangen, aus denen sie sich Hals über Kopf auf eine benachbarte Hügelkette flüchten mußten, um dem Tode des Ertrinkens zu entgehen. Die Verbindung mit der

Außenwelt kann nur durch Schiffe aufrecht erhalten werden, da die Landwege völlig unter Wasser sind. Die Lebensmittel sind ungeheuer im Preise gestiegen. Das Pfund Brot wird mit fünf Dollar bezahlt, während Fleisch überhaupt nicht mehr aufzutreiben ist. Unter der ärmeren Bevölkerung ist bereits eine Skorbut-epidemie ausgebrochen. Das Elend droht sich noch zu steigern, da der Winter vor der Tür steht und die Lebensmittelzufuhr zu Wasser eingestellt werden muß. Der durch die Fluten angerichtete Schaden wird auf nahezu sechs Millionen Dollar geschätzt.

Rome City ist ein Ort an der Nordwestküste von Alaska und zählt 1900 circa 13 000 Einwohner, die im Goldfieberjahre 1898 durch die Nachfrist von den Goldreichtümern des Komenditrits angelockt wurden. Nach dem Abflauen des Goldfiebers ist die Einwohnerzahl stark zurückgegangen.

Goch mit dem Drotkorb!

Frau Toselli, die ehemalige sächsische Kronprinzessin, hat, wie bereits gemeldet, eine Operette geschrieben, die in Rom ihre erste Aufführung erleben soll. Das Stück heißt: „Die bizzarre Prinzessin“. Glücklicherweise erfuhr das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ etwas von dem Inhalt des Stückes, der für jedes gute patriotische Herz, namentlich sächsischer Bauart, einfach unentzählich sein soll. Das Leipziger Blatt fühlte sich deshalb berufen, Vorn zu schlagen, das Stück als „eine einzige Gemeinheit“ zu denunzieren und die Regierung aufzufordern, Schritte zu tun, um die Erstaufführung in Rom zu verhindern. Gleichzeitig wurde dem sächsischen Hausministerium nahegelegt, der ehemaligen Kronprinzessin den Drotkorb höher zu hängen, ihr die Rente zu beschneiden, wenn die Aufführung in Rom dennoch erfolgt.

Das „Tageblatt“ kann nun einen Erfolg buchen. Denn in seiner Abendausgabe vom Montag teilt es mit, daß sein Artikel dem sächsischen Hausministerium vorliege. Doch hätte dieses bisher nicht die Absicht, gegen Frau Toselli einzuschreiten. Das Ministerium könne dies erst dann tun, wenn es erfährt, daß in der Operette Angriffe gegen Mitglieder des königlichen Hauses enthalten seien (s. S. gegen den ehemaligen Mann der jetzt wiederum geschiedenen Frau Toselli, den König von Sachsen, R. d. S.). Es würde dann wahrscheinlich in finanzieller Hinsicht gegen die Prinzessin vorgegangen und ihre Rente, die schon einmal von 40 000 auf 20 000 M. herabgesetzt ist, erneut beschneitten werden.

Das nationalliberale Blatt kann also einen schönen Erfolg seiner lieblichen Denunziation buchen.

Kleine Notizen.

Aus der Zwangsfürsorge entwichen. Die aus Bromberg gemeldet wird, sind aus der evangelischen Erziehungsanstalt Zerkwitz 15 Fürsorgezöglinge in der Anstaltskleidung entflohen.

Zwei Kinder vom Zuge überfahren. Von einem D-Zuge wurden bei Ringsheim in Baden zwei Kinder auf dem Bahnübergang überfahren und getötet. Schuld an dem Unglück soll der Bahnwärter tragen, der die Bahnweiche offen gelassen haben soll.

Reiche Beute. In das Goldwarengeschäft von Schubert in Breslau drangen in der Nacht zum Dienstag Diebe, die wahrscheinlich einer internationalen Bande angehören, durch den Keller ein. Sie sprengten zwei Panzerthüren und raubten für 70 000 Mark Gold und Juwelen.

Bekanntmachung

betreffend die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin aus dem Kreise der Versicherten.

Das Ergebnis der am 28. September 1913 stattgefundenen Wahlen ist gemäß § 14 der Wahlordnung durch den Vorstand wie folgt festgestellt worden:

Insgesamt sind abgegeben 38 475 Stimmen, wovon 105 Stimmen für ungültig erklärt wurden.

Von den verbleibenden 38 369 Stimmen sind die auf jede Liste entfallenden Stimmen in der nachstehenden Uebersicht des Wahlergebnisses bei den einzelnen Listen vermerkt, dabeist auch die Zahl der Vertreter und Ersatzmänner, sowie die Stimmen angegeben, unter denen die Gewählten in der betreffenden Vorwahlliste verzeichnet stehen.

Uebersicht des Wahlergebnisses.

Bezeichnung der Vorwahlliste	Gesamtzahl der erhaltenen gültigen Stimmen	Als Vertreter der Versicherten im Ausschuss sind gewählt die Bewerber der Liste				Als Ersatzmänner der Versicherten im Ausschuss sind gewählt die Bewerber der Liste			
		I	II	III	IV	I	II	III	IV
Nr. I: Liste der freien Gewerkschaften und Angestellten Berlins	35 934					Nr. 58-171			
Nr. II: Liste des Verbandes der deutschen Gewerbetreibenden	830		Nr. 1			Nr. 2 u. 3			
Nr. III: Liste des Wahlvereins der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins	888			Nr. 1		Nr. 2 u. 3			
Nr. IV: Liste der Berliner Geschäftsbetriebe u. Pader-Bereimigung, freie unabhängig. Berufsorganisation	717				Nr. 1			Nr. 2 u. 3	

Die Wahlzeit aller Gewählten dauert 4 Jahre, also bis Ende 1917. Ansetzungen gegen die Gültigkeit der Wahl der Versicherten sind bis zum 23. Oktober 1913 bei dem unterzeichneten Vorstand oder beim Versicherungsamt der Stadt Berlin, Abteilung für Kranken- und Unfallversicherung, anzubringen.

Berlin, den 6. Oktober 1913.
Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.
Der Vorstand:
W. Diehl, Vorsitzender.

GRATIS Quaker Oats LÖFFEL

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind.

Aus bestem Metall hergestellt und schwer versilbert sind diese Quaker Oats Löffel von gosserr Haltbarkeit.

Sie brauchen nicht zu warten, bis Sie sämtliche Gutscheine beisammen haben, senden Sie uns per Postanweisung M. 125, und wir werden Ihnen den Löffel sofort zugehen lassen. Dieser Betrag wird Ihnen zurück-erstattet, wenn uns bis 31. Dezember 1914 die erforderliche Anzahl Gutscheine zugesandt wird.

QUAKER OATS COMPANY, m. b. H., Abt. A. C., HAMBURG.